

Tagebuch 1961/62

Koalitionsbildung

Dienstag, den 19. September 1961

Vier Stunden berieten heute vormittag Bundesvorstand und alte wie neue Fraktionsmitglieder die Wahlkonsequenzen. Unter den 109 (!) frohgestimmten Parteifreunden herrschte Einmütigkeit über das weitere Verfahren und Entschlossenheit, Adenauer als Kanzler einer neuen Koalitionsregierung nicht zu akzeptieren. Dessen überraschende Pressekonferenz gestern mittag stärkt bei uns nur den Widerstand gegen eine erneute Kandidatur des rheinischen Patriarchen¹. Mende und Döring plädierten allerdings dafür, bei Äußerungen über dieses Thema nach außen hin Zurückhaltung zu üben. Mende: „Falsch wäre es zu sagen: der Alte muß weg! Das wäre eine unkluge Parole. Überlassen Sie das klugen Verhandlungen!“ Und damit wurde eine siebenköpfige Delegation unter Mendes Leitung beauftragt².

Auch für eine Übergangslösung, also einen „Adenauer auf Zeit“, sind Vorstand und Fraktion nicht zu haben – weil niemand daran glaubt, daß A. nach der gesetzten Frist auch tatsächlich zurückträte.

Mende hat übrigens in der anschließenden, überfüllten Pressekonferenz im CDU/CSU-Fraktionssaal die verabredete Zurückhaltung in Sachen Adenauer bereits wieder aufgegeben. Auf Müggenburgs Frage, ob denn die Fraktion heute definitiv beschlossen habe, in kein Kabinett einzutreten, dessen Kanzler Adenauer ist, meinte unser Vorsitzender, ohne eine direkte Antwort zu geben, M. liege durchaus richtig mit seiner Frage. Flau war dagegen Mendes Antwort auf eine Frage zur künftigen Ostpolitik einer von uns mitgetragenen Regierung. Hier hätte er m. E. entschiedener auftreten sollen³.

¹ Am 18.9.1961 hatte Adenauer völlig überraschend in einer Pressekonferenz erklärt, daß weiterhin mit seiner Kanzlerschaft zu rechnen sei.

² Der Verhandlungsdelegation gehörten neben Mende Edgar Engelhard, Wolfgang Haußmann und Willi Weyer für den Bundesvorstand an. Die Fraktion wurde durch Wolfgang Imle, Oswald Kohut und Siegfried Zoglmann vertreten.

³ Auf die Frage eines Journalisten, ob die FDP in einer neuen Bundesregierung (ihren Wahlaussagen entsprechend) für die Aufnahme von Beziehungen zu den Ostblockstaaten eintreten werde, meinte Mende lt. Protokoll der Pressekonferenz: „Genau so wenig, wie wir es von der CDU/CSU hinnehmen würden, daß man uns zur Unterwerfung zwingt, so würden wir es der CDU/CSU als dem größeren Partner unsererseits nicht zumuten, sich unseren Auffassungen zu unterwerfen, sondern

Noch immer sind wir begehrte Gesprächspartner von Besuchern aus aller Welt. Gestern mittag besuchte mich ein Mitarbeiter von Vizepräsident Johnson, am Nachmittag kamen vier japanische Parlamentarier sowie Alain Clément. Alle wollen wissen, wie es in Bonn nun weitergeht. Da konnte auch ich nur spekulieren ...

Freitag, den 22. September 1961

Im Jubel über das Wahlergebnis vom Sonntag sollten Entwicklungen nicht übersehen werden, die außerhalb Deutschlands Anlaß zur Sorge geben. Der Tod Hammarskjölds dürfte dabei für uns Deutsche noch am wenigsten problematisch sein, so schlimm er auch für die Weltorganisation sein mag. Beklemmender sind die Folgen des 13. August, die nun allmählich im Kreise der Westmächte deutlich geworden. Zwar attackierte ich am Mittwoch in der fdk die Konzeptionslosigkeit des Westens in der Berlin- und Deutschlandpolitik, die erneut auf der Außenministerkonferenz in Washington deutlich ist. Doch ist dies nur die eine Seite der Medaille. Denn gleichzeitig mehren sich die Nachrichten über deutschlandpolitische Planspiele, die gegenwärtig bei unseren angelsächsischen Verbündeten angestellt werden⁴. Besonders fatal ist eine Entscheidung des Parteikongresses der britischen Liberalen, der sich für eine de-facto-Anerkennung der Sowjetzonenregierung ausgesprochen hat⁵. Der Irrglaube, daß eine Legalisierung des Ulbricht-Staates einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens darstellen würde, scheint im Westen immer mehr Anhänger zu gewinnen. Daran aber ist die bisherige Bundesregierung nicht ganz unschuldig: ihre völlige Einfallslosigkeit bei den nationalen Fragen unseres Volkes provoziert bei unseren Bundesgenossen geradezu solche Gedankenspielerien.

Die Presse ist inzwischen dazu übergegangen, die FDP vor allzu weitreichenden Forderungen bei den kommenden Koalitionsverhandlungen zu warnen. Offenbar paßt vielen Journalisten das Verlangen der Liberalen nach einer Ablösung Adenauers durch Erhard nicht. Ausländische Gesprächspartner halten sich in dieser Frage zurück. Diplomaten und Jour-

Fortsetzung Fußnote von Seite 15

das ist die Frage der kollegialen Zusammenarbeit, sich für dieses oder jenes zu entscheiden.“

⁴ Vgl. *Der Spiegel* Nr. 39 vom 20.9.1961, der berichtet, die US-Regierung wolle u. a. grundsätzlich die Hoheitsrechte der DDR über die Zugangswege nach Berlin anerkennen, sowie *RIAS* schließen, wenn die Sowjetunion die Anwesenheit der Westmächte in Berlin sowie freie Zufahrtswege garantiere.

⁵ Die britischen Liberalen hatten sich mit Mehrheit dafür ausgesprochen, die DDR de facto anzuerkennen, wenn dafür die Freiheit Berlins und der freie Zugang zur Stadt garantiert werde (ADG 1961, S. 9365).

nalisten aus Osteuropa dagegen verhehlen gelegentlich ihre Genugtuung über den Wahlerfolg der FDP nicht⁶.

Montag, den 25. September 1961

Wir müssen aufpassen, daß wir nicht ins Schlittern geraten! Während sich in der Union jene Kräfte durchgesetzt zu haben scheinen, die der FDP den alten Adenauer erneut aufs Auge drücken wollen, rühren die Sozialdemokraten schon fleißig die Trommeln für eine Regierung der „nationalen Konzentration“. Auf diesem Wege möchten sich Wehner und seine Leute eine Regierungsbeteiligung erschleichen. Wobei, wie „Onkel Herbert“ am Samstag treuherzig versicherte, die Person des künftigen Kanzlers eine „zweitrangige Frage“ sei. Also Regierungsbeteiligung der SPD um jeden Preis?⁷

Mende hat nun gestern abend im Rundfunk – und wie mir scheint, ein wenig voreilig – versichert, die FDP werde sich „dem Anruf zu einer Dreiparteien-Zusammenarbeit nicht verschließen“ – sofern nur Lübke und diese Bundesregierung dieses wünschten. Offenbar hat unser Vorsitzender nicht mehr allzu viel Hoffnung, bei den Christdemokraten die Kanzlerschaft Erhards noch durchsetzen zu können. Heute abend, vor der Arbeitsgruppe „Regierungsprogramm“, machte M. jedenfalls auffallend in Pessimismus. Die Lage sei recht schwierig, die Presse „gekauft“ und die Wirtschaft vom Alten auf die FDP angesetzt, um uns zum Umschwenken in der Kanzlerfrage zu veranlassen. Man drohe uns mit einer CDU/SPD-Koalition, und der Kanzler verbreite das Gerücht, es gäbe 20 FDP-Abgeordnete, die Adenauer ihre Stimme geben wollten. Starke hieb in die gleiche Kerbe: Erhard und Strauß wollten keine „Erfüllungspolitiker“ werden. Und: „Wir haben keinen Kanzler außer dem, den wir nicht wollen!“⁸

Zuvor war eine von Genscher vorgelegte Arbeitsunterlage für ein gemeinsames Koalitionsprogramm beraten worden. Es sind Mindestforderungen, denen die CDU/CSU – auch in der Außenpolitik – eigentlich ohne Schwierigkeiten zustimmen könnte.⁹

⁶ Vgl. *FAZ* vom 21.9.1961, die das Festhalten Adenauers an der Kanzlerschaft begrüßte. Nach einer Notiz Schollwers hatte dagegen der Bonner Korrespondent der jugoslawischen Parteizeitung *Borba* den Wahlerfolg der Liberalen hervorgehoben.

⁷ Am 19.9. hatte der CDU-Bundesvorstand einstimmig für eine erneute Kandidatur Adenauers votiert. Der SPD-Pressedienst hatte am 22.9. für eine „Regierung der nationalen Konzentration“ plädiert, während Wehner in Reden immer wieder die Bereitschaft seiner Partei angedeutet hatte, u. U. mit der CDU zu koalieren (Vgl. *ADG* 1961, S. 9052).

⁸ Die Äußerungen Mendes in: „Woche in Bonn“ vom 24.9.1961 sowie vor der Arbeitsgruppe „Regierungsprogramm“. Dieser Arbeitsgruppe gehörten 12 Mitglieder aus Bundesvorstand und Bundestagsfraktion an, und zwar Mende, Kohut, Lenz, Schneider, Rubin, Bucher, Mischnick, Leverenz, Ilk, Döring, Flach und Genscher.

⁹ Zu den außenpolitischen Mindestforderungen gehörten u. a. die konsequente Er-

Inzwischen zeigt sich die deutsche Öffentlichkeit über die Nachrichten aus Washington zunehmend alarmiert. *Bild* kam heute mit einer Schlagzeile heraus, die für unsere amerikanischen Bundesgenossen schockierend sein muß. Ob man so gefährlichen Tendenzen bei unseren Verbündeten wirksam begegnen kann? Ich bezweifle das¹⁰.

Donnerstag, den 28. September 1961

Gestern hat sich nun auch die CDU/CSU-Fraktion geschlossen hinter Adenauer gestellt. Erhard, Strauß und Gerstenmaier wollen von ihrer „Rebellion“ gegen den Alten nichts mehr wissen. Der Kanzler hat seine Leute wieder fest im Griff, jetzt wird bei den Unionschristen wie in alten Zeiten „Order pariert“.

Für die FDP bedeutet dieser Beschluß eine „milde Aufforderung zur Übergabe“, meinte heute der *General-Anzeiger*. Dazu versucht uns die Presse, von der *FAZ* bis zur *Welt*, in der Tat seit Tagen zu ermuntern. Was heißt ermuntern? Wir werden zur Zeit unter ein publizistisches Trommelfeuer genommen, als gelte es nicht, einen längst überständigen und die deutschen Interessen nur noch belastenden Politiker in den Ruhestand zu schicken, sondern das Vaterland vor unsittlichen Forderungen der Liberalen zu schützen. Ich bin gespannt, wie morgen Bundesvorstand und Fraktion auf diese Entwicklung reagieren werden.

Samstag, den 30. September 1961

Die Frage: „Zum vierten mal Adenauer?“ bewegte am Freitag nachmittag viereinhalb Stunden lang Vorstand und Fraktion auf einer gemeinsamen Sitzung im Bundestag. Mendes Bericht über die Ereignisse seit der letzten Zusammenkunft war ebenso detailliert wie aufschlußreich¹¹. Dehler zeigte

Fortsetzung Fußnote von Seite 17

füllung aller von der Bundesrepublik geschlossenen Verträge sowie die Lösung der Deutschland- und Berlinfrage im Rahmen des Grundgesetzes.

¹⁰ Anspielung auf die Schlagzeile der *Bild* vom 25.9.1961: „Alarmierende Berichte aus Washington und Berlin: Wird Deutschland jetzt verkauft?“

¹¹ Mende stellte die letzten Ereignisse so dar: Am 22.9. sei er bei Lübke gewesen, der ihn gefragt habe, ob die Anti-Adenauer-Entscheidung der FDP definitiv sei. Mende habe geantwortet: kein FDP-Abgeordneter sei bereit, im 1. Wahlgang (sic!) Adenauer die Stimme zu geben. L. habe eine „große Neigung“ zur Allparteienregierung gezeigt. – Danach habe es ein 45-Minuten-Gespräch mit Pferdenges in Mendes Büro gegeben. Pf. habe einen „honorigen Abgang“ Adenauers verlangt und behauptet, A. trage sich ohnehin mit dem Gedanken, zu einem früheren Zeitpunkt aus dem Amt auszuscheiden. Mende habe daraufhin die Bildung eines „geheimen Staatsrats“ mit A. vorgeschlagen bzw. zu erwägen gegeben, Adenauer als „Altbundeskanzler“ Sitz und Stimme im Kabinett zu geben (!). Er, Mende, sei jedoch nicht bereit, unter A. in ein Kabinett einzutreten. – Am 24.9. habe er in Hamburg mit Blumfeld gesprochen. Der habe dringend darum gebeten, daß die FDP an ihrem harten Standpunkt festhält. Die FDP solle sich dabei der Solidarität weiter Kreise

angesichts des gegenwärtig gegen die FDP geführten Nervenkrieges deutliche Wirkung und schob die Verantwortung für Mendes Pressekonferenz am 19. den „Herren von der Pressestelle“ zu. Im übrigen sah D. keinen Anlaß, „etwas an unseren Beschlüssen zu ändern“.

Auch Weyer suchte die Schuld für die prekäre Lage bei der Pressestelle, Achenbach plädierte für ein Gespräch mit der SPD über ein Allparteienkabinett und Döring stellte fest: mit der CDU/CSU würden wir Adenauer nie wegbekommen – das sei nur durch ein konstruktives Mißtrauensvotum möglich. Adenauer habe gestern Minister Schröder gegenüber erklärt, er werde auf jeden Fall drei Jahre im Amt bleiben, solange, bis ein neuer Bundespräsident gewählt sei. Das Fazit dieser ziemlich verworrenen Sitzung: Bei Koalitionsverhandlungen Sachfragen in den Vordergrund stellen (das hatte vor allem Dehler gefordert), keine Einigung über Adenauer, keine Auskünfte an die Presse, abgesehen von einem nichtssagenden Kommuniqué¹². Dieses Verfahren hat heute in den Tageszeitungen vielfältige Spekulationen über den tatsächlichen Verlauf der Sitzung hervorgerufen, zumal sich einige Teilnehmer zu Korrespondenten über die gegenwärtige Haltung der Führungsgremien sehr unterschiedlich geäußert haben sollen. Unter ihnen auch Dehler, der nun hoffentlich das wenig erfreuliche Presseecho nicht wiederum uns Parteijournalisten anlasten wird.

Montag, den 2. Oktober 1961

Ob der Ochse, den wir am Samstag auf der Eltviller Au¹³ verzehrten, tatsächlich die „fettriende Henkersmahlzeit der bundesdeutschen Freidemokraten“ war, wie die sozialdemokratische *Freiheit* heute schrieb, ist

Fortsetzung Fußnote von Seite 18

der CDU/CSU sicher sein. – Tags darauf sei er – Mende – in Stuttgart mit Kiesinger und Scheufelen zusammengetroffen; an diesem Gespräch hätten auch Maier und Haußmann teilgenommen. Mende habe erklärt, die FDP habe den Eindruck, daß der Kanzler die Liberalen mit der SPD „überspielen“ wolle. Die CDU-Politiker hätten jedoch versichert, eine schwarz-rote Koalition nicht mitmachen zu wollen. Am selben Tage habe sich Wehner in Nürnberg in der bekannten Weise geäußert. – Am 26.9. habe er mit Strauß gesprochen, der erklärt habe: „Adenauer wird Sie fallen lassen, der ist zu allem bereit.“ – Am 27.9. ein Dreistunden-Gespräch mit Brandt. B. habe für eine Dreiparteien-Regierung plädiert und eine schwarz-rote Koalition nicht völlig ausgeschlossen. – In der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am Mittwoch habe eine „mörderische Stimmung gegenüber der FDP“ geherrscht. Gerstenmaier habe erklärt, ein Beschluß, Adenauer zum Kanzler zu nominieren, sei nicht erfolgt. Erhard sei in der Sitzung aufgestanden und habe sich hinter den Vorstandsbeschluß vom 19.9. gestellt, Adenauer zum Kanzler vorzuschlagen. Dennoch hätten Gerstenmaier und Erhard Mende am 28.9. versichert, sie seien bereit, im zweiten Wahlgang zu kandidieren.

¹² Vgl. fdk vom 29.9.1961; hier wird die Kanzlerfrage mit keinem Wort erwähnt.

¹³ Am 30.9.1961 trafen sich Mitglieder des Bundesvorstandes, der Bundestagsfraktion und der Wahlkampfkommission zu einer Klausur auf der Rheininsel Eltviller Au, an der zeitweise auch Journalisten teilnahmen.

nach dem, was uns Weyer heute mittag über das vorangegangene Gespräch mit Adenauer und Strauß mitteilte, zumindest noch zweifelhaft. Dabei soll es nämlich – nach W. – zu harten Kontroversen zwischen den beiden christdemokratischen Parteifreunden gekommen sein; zudem habe Strauß oft mehr den Standpunkt der FDP als den Adenauers vertreten¹⁴.

Dennoch war unser Fest auf der Rheininsel so sorglos nicht. Die Stimmung – mehr laut als lustig – erschien mir kennzeichnend für unsere gegenwärtige Gemütsverfassung. Besonders Mende zeigte vor den Kameras und Journalisten nicht nur beim Anschneiden des am Spieße gebratenen Rindviehs so forciert „gute Laune“, daß dahinter unschwer ein tief verletztes Selbstbewußtsein auszumachen war. Aber E. M. hat es dieser Tage ja auch „knüppelhageldick“ bekommen, nicht nur von deutschen Zeitungen und ihren Karikaturisten, sondern z.T. auch von der Auslandspresse.¹⁵ Wer hätte vor vierzehn Tagen diese Wendung der Dinge geahnt?

Freitag, den 6. Oktober 1961

Noch immer Ungewißheit über den Ausgang des Falles Adenauer. Dafür Sitzungen am laufenden Band: Mittwoch Verhandlungskommission, Donnerstag Außenpolitischer Arbeitskreis und ein neues Gespräch mit Adenauer. Und heute: Programmkommission am Vormittag, gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion nachmittags. Das Ganze nach wie vor begleitet von einer entnervenden Rundfunk- und Presse-Berichterstattung über die Zukunft unserer Partei bzw. unseres Vorsitzenden.

Im Arbeitskreis Beratung eines außenpolitischen Memorandums (Verfasser Flach und Genscher) als Gegenentwurf zu einem uns zugeleiteten, recht unbefriedigenden Papier des Auswärtigen Amtes¹⁶. Eiertänze bei der Formulierung des Kapitels „NATO und WEU“: wie kann die FDP ihre bisherige Haltung in der Frage einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr mit den Wünschen Adenauers, der CDU/CSU und der NATO vereinbaren? Dafür ziemlich nachdrückliche FDP-Formulierungen bei der

¹⁴ Am Montag vormittag (2.10.) waren Mende und Weyer mit Adenauer und Strauß im Bundeskanzleramt zu einem zweieinhalbstündigen Gespräch zusammengetroffen. In einem gemeinsam herausgegebenen Kommuniqué wurde lediglich mitgeteilt, das Gespräch habe in „sachlicher Atmosphäre“ stattgefunden, dabei seien auch „außen- und sicherheitspolitische Fragen“ behandelt worden. Nach einem Bericht der *Welt* vom 3.10.1961 erklärte einer der Gesprächspartner dazu ergänzend, „daß über die wichtigste personelle Frage, die Person des Regierungschefs, nicht gesprochen worden sei“.

¹⁵ So z.B. *NRZ* am 30.9.1961 („Erich Mende vollzog den Umfall der FDP in Raten“), der *Tages-Anzeiger* (Zürich) am 29.9.1961 („FDP-Chef Mende fällt um“), *Die Tat* am 2.10.61 („Mende als Gummilöwe“) oder *Bild* vom gleichen Tage („Erich Mende hofft auf ein Wunder – Umfallen – Reinfallen – ausfallen?“)

¹⁶ Es handelt sich um ein „vertraulich“ gekennzeichnetes Papier von Rauch: „Gedanken zur außenpolitischen Wahlplattform der FDP“ (ADL, Nachlaß Dehler, N 1–2852).

„Deutschlandpolitik“¹⁷. Adenauer soll dem angeblich zugestimmt haben – was Dehler und Schneider heute in der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion zu der Feststellung veranlaßte: diese Postulate hingen doch „im luftleeren Raum“, da Adenauer ganz andere Vorstellungen habe, wie solche Prinzipien in die Tat umgesetzt werden könnten. Dehler: Adenauer lüge, wenn er behaupte, daß er diese unsere Prinzipien anerkenne. Flach und Daub wiesen darauf hin, daß unser Papier das Optimum dessen sei, was man sachlich habe herausholen können. Wie weit es die CDU mit ihrer Zustimmung ehrlich meine, das sei eine ganz andere Frage. Grollte Dehler: „Ich bin erstaunt, daß Adenauer zustimmte; das macht mich stutzig!“

Montag, den 9. Oktober 1961

Das jüngste Gespräch zwischen Kennedy und Gromyko hat, wie das US-Außenministerium mitteilte, „noch keine annehmbare Grundlage für Verhandlungen“ über Berlin und Deutschland geboten. Der Eindruck fortwährender Ratlosigkeit auf westlicher Seite bleibt und damit auch die Sorge um die Zukunft dieser Stadt. Mende hat heute morgen in der Abteilungsleiterbesprechung sogar behauptet, die USA würden eine Kontrolle des zivilen Luftverkehrs nach Berlin durch das Zonenregime konzedieren. Flach, Genscher und ich vertraten übereinstimmend die Auffassung, eine solche Entwicklung würde das Ende Berlins bedeuten. M. scheint diesen seinen Eindruck bei einem Gespräch mit Humphrey gewonnen zu haben, der die Fraktionsvorsitzenden des Bundestages in die USA zu Gesprächen über das Deutschland- und Berlin-Problem eingeladen hatte¹⁸.

Nach einer weiteren Mitteilung unseres Vorsitzenden ist für den 21./22. Oktober die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages oder des Hauptausschusses zur Beratung und Entscheidung über die Koalitions-

¹⁷ Der ursprüngliche, am 5. 10. vorgelegte Entwurf wurde nach den Beratungen des Arbeitskreises, dem am gleichen Tage stattfindenden zweiten Adenauer-Mende-Gespräch sowie nach der Fraktionssitzung am 6. 10. in einigen Punkten abgeändert. Die ursprüngliche Fassung des Flach-Genscher-Entwurfs der Aussage zur atomaren Rüstung lautete: „Das NATO-Bündnis kann gestärkt werden: ... c) durch die waffentechnische Integrierung der NATO-Streitkräfte. Dazu gehört auch die Ausrüstung aller NATO-Partner mit *allen* modernen Träger-Waffen. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich einer Entscheidung der NATO über die Ausdehnung der Verfügungsgewalt über atomare Sprengsätze an die Partner des NATO-Bündnisses nicht widersetzen. Sie hält bei einer Ausdehnung der Verfügungsgewalt die Bildung einer integrierten NATO-Sonder-Truppe, die dem besonderen zentralen Befehlssystem der NATO untersteht, für die beste Lösung.“ Die Fraktion änderte diesen Passung wie folgt ab: „Die Bundesrepublik Deutschland wird eine Entscheidung der NATO über die Ausdehnung der Verfügungsgewalt über atomare Sprengsätze an die NATO-Partner zur Bildung einer integrierten NATO-Sonder-Truppe annehmen.“ (Beide Fassungen bei den Handakten Schollwers, ADL, 6952/31).

¹⁸ Senator Hubert H. Humphrey war am 6. 10. 1961 in Bonn mit Mende zusammengetroffen.

frage geplant. M. will begreiflicherweise die Gesamtpartei bei der bevorstehenden schwierigen Entscheidung mit in die Verantwortung nehmen, zumal dieser Tage schon einige Vorstandsmitglieder damit begonnen haben, von Mende und seiner Verhandlungstaktik abzurücken.

Freitag, den 13. Oktober 1961

Die Ungeduld der deutschen Öffentlichkeit über das Fortdauern der Koalitionsverhandlungen ist vielleicht begreiflich – der gegen die FDP erhobene Vorwurf der „Verschleppungstaktik“ dagegen ungerechtfertigt. Wir haben bisher kein einziges Gespräch abgesagt und jeden Vorschlag der CDU/CSU in kürzester Frist beantwortet. Seit dem 19. September tagen die Parteigremien sozusagen in Permanenz, die eigentlichen Verhandlungen dauern jetzt gerade zehn Tage. Alle vorangegangenen Regierungsbildungen haben nachweislich wesentlich mehr Zeit beansprucht als die gegenwärtige bis heute. Also, was solls?

Gestern nachmittag wurde auf einer Sitzung der Landesvorsitzenden mehrheitlich die Einberufung des Hauptausschusses für den 21.10. beschlossen. Hamburg und Bremen sprachen sich für einen a.o. Bundesparteitag aus, ebenso Heinrich Schneider. Schleswig-Holstein hat sich sein Votum noch vorbehalten. Doch Mende, der sich inzwischen für den Hauptausschuß entschieden hatte, setzte sich durch.

Inzwischen kommt Störfeuer auch aus der Ecke der CDU. Rasner hielt es gestern für angebracht, die FDP mit der Bemerkung zu provozieren, daß die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung auch in der vierten Legislaturperiode „in allen ihren Elementen unverändert fortgeführt werde“¹⁹. Gottlob wird das Herr Rasner nicht zu entscheiden haben.

Dienstag, den 17. Oktober 1961

Das hatte uns gerade noch gefehlt! Mit unglaublicher Ungeschicklichkeit hat sich die FDP heute nachmittag vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit blamiert. Noch gestern hatte die Fraktion beschlossen, mit der SPD gemeinsam für die Wahl von nur zwei Vizepräsidenten des Bundestages einzutreten. Heute schlug sich die Fraktion zur allgemeinen Überraschung plötzlich auf die Seite der Unionsparteien, die sich seit längerer Zeit für vier „Vizes“ stark macht. Das haben wir wohl vor allem Mende zu verdanken, der sich mit forschen Sprüchen über Adenauer bei den Unionsparteien so in die Nesseln setzte, daß er – gestern abend während der Fraktionssitzung zu Krone zitiert – Wiedergutmachung leisten mußte²⁰. Aber

¹⁹ Zitiert nach *Frankfurter Rundschau* vom 13.10.1961.

²⁰ Nach einem Bericht der *Welt* vom 16.10.1961 soll Mende in einem Interview mit der norwegischen Zeitung *Dagbladet* zur Bedingung für eine Koalition mit der CDU/CSU den Rücktritt Adenauers bis spätestens Frühjahr 1963 gemacht und er-

schon zuvor hatte E. M. der Fraktion berichtet, Krone sei über die Absicht der FDP, mit den Sozialdemokraten für die Zweier-Lösung zu stimmen, „tief betroffen“ und habe Mende gebeten, den Fraktionsbeschluß zu revidieren. Die Union betrachte ein Festhalten der Freien Demokraten an diesem Beschluß als eine „Brüskierung“, als einen Testfall auch für die künftige Zusammenarbeit der Koalitionsparteien.

So bereitete Mende denn schon in der Sitzung den Umfall vor, als er eine Zusammenkunft der Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen für Dienstag zur erneuten Beratung der Vizepräsidentenwahl vorschlug. Als dann heute nach einer halbstündigen Unterbrechung der Bundestagssitzung (vor der Wahl der Vizepräsidenten) die FDP ihre Absicht kundgab, sich dem Votum der CDU/CSU anzuschließen, gab es auf der linken Seite des Hauses schallendes Gelächter. Mende verschlimmerte die ohnehin peinliche Situation noch durch die Bemerkung, die FDP trete aus „Loyalität gegenüber der größten Fraktion des Hauses“ für vier Vizepräsidenten ein. Wieso eigentlich haben wir gegenüber den Unionsparteien „Loyalität“ zu üben? Sind wir denn schon deren Koalitionsgenossen?

Freitag, den 20. Oktober 1961

Volle sieben Stunden redeten sich heute die Fraktionsmitglieder die Köpfe heiß. Thema: das bisherige Verhandlungsergebnis, die künftige Besetzung des Außenminister-Postens und – noch immer – ob die FDP überhaupt in eine Koalition mit der CDU/CSU unter unbefristeter Kanzlerschaft Adenauers eintreten soll. Schließlich ließ Mende – gegen den Protest von Dehler – geheim darüber abstimmen, ob die Fraktion unter den gegebenen Voraussetzungen koalitionsbereit sei. Das Ergebnis der Abstimmung behielt Mende für sich. Wie Vorstandsmitglieder jedoch unter der Hand mitteilten, hatten 30 Abgeordnete mit Ja, 20 mit Nein gestimmt.

Weitgehende Übereinstimmung herrschte dagegen in dem Wunsche, daß Brentano endlich den Hut nehmen möge. Döring, Dehler und Achenbach plädierten dafür, daß Mende an die Spitze des Auswärtigen Amtes trete. Dieses Ansinnen wies Mende jedoch mit Schärfe zurück – er halte es nicht für zumutbar, unter Adenauer Minister zu werden. Aber anderen Parteifreunden mutet er das durchaus zu.

Sonntag, den 22. Oktober 1961

Die Schlacht ist geschlagen, die Entscheidung gefallen. Nach elfeinhalb Stunden leidenschaftlicher und zermürender Debatten im Kammermusiksaal der Beethovenhalle billigte die Mehrheit der Delegierten des Bundeshauptausschusses am Samstag abend einen Antrag Mendes. Der emp-

Fortsetzung Fußnote von Seite 22

klärt haben: „Adenauer ist heute so alt wie Hindenburg, als er uns Hitler bescherte.“

fehlt der Bundestagsfraktion, „auf der Grundlage der bisher erzielten Übereinkunft über die personellen Fragen der Beteiligung der FDP an der vierten Bundesregierung weiterzuverhandeln, insbesondere über eine die FDP befriedigende Besetzung des Außenministeriums“²¹.

Bis es zu dieser Abstimmung kam, gab es zum Teil knallharte Auseinandersetzungen. Mende referierte zunächst eine Stunde und vierzig Minuten (!); das war eher ein Rechtfertigungsversuch als eine Tatsachenschilderung. Seine Argumente für eine Koalition mit der CDU/CSU unter einer befristeten Kanzlerschaft Adenauers waren zum Teil vernünftig, zum Teil aber auch recht fragwürdig. So, als er die Behauptung aufstellte, mit den Berlin- und Deutschlandfragen sei heute keine Politik mehr zu machen, zudem seien heute die „kältesten Krieger“ Willy Brandt und Herbert Wehner, nicht aber Adenauer. Bei seiner Auseinandersetzung mit der verheerenden Presseberichterstattung über die FDP brüllte Mende fast vor Wut.

Maier, der als erster in der Diskussion das Wort ergriff, hatte ein vorbereitetes Referat mitgebracht, das er an einem extra für ihn aufgebauten Pult verlas. Er unterstützte Mendes Verlangen, die Koalition mit Adenauer zu machen, dabei diskret auf entsprechende Wünsche seines Freundes Heuss verweisend, die Haußmann später artikulierte²². Etwa 38 Diskussionsredner meldeten sich zu Wort. Manche sprachen so ausführlich und lange, daß schließlich die Redezeit begrenzt werden mußte. Gegen eine Koalition unter Adenauer erklärten sich u. a. Ehrich, Kohut, Dehler, Engelhard, Daub, Molter, Lüders, Rademacher, Bucher, Bortscheller, Schneider und Müller-Link. Dehlers besonders emotionsgeladener Diskussionsbeitrag löste zeitweise Tumulte aus. Doch die Gruppe der Befürworter war zahlreicher, hatte taktisch auch gelegentlich die besseren Argumente. Besonders eindrucksvoll der abgewogene Beitrag Dörings. Er beschönigte nichts, wies sogar manche der haarsträubenden Argumente Mendes zurück, gab dann aber doch zu verstehen, daß nun ein Zurück

²¹ Mit 67 gegen 18 Stimmen bei 5 Enthaltungen billigte der Hauptausschuß einen drei Punkte umfassenden Antrag, in dem es unter Pkt. 2 zum Adenauer-Problem hieß: „Die CDU/CSU hat sich der Forderung der FDP versagt, die Verantwortung des Kanzleramtes auf andere Schultern zu legen. Sie hat vielmehr fast einstimmig beschlossen, Dr. Adenauer dem Bundespräsidenten für eine neue Nominierung vorzuschlagen. Dr. Adenauer hat Erklärungen über seine Vorstellungen von der Dauer der Amtszeit abgegeben, die Gegenstand der Koalitionsvereinbarungen sind.“

²² Haußmann erklärte u. a.: „Ich habe in der letzten Woche Fühlung mit Heuss gehabt. Und er hat am vergangenen Montag mir als das Ergebnis seiner Überlegungen erklärt, im parteiinternen Kreis sozusagen, man möge ihn nicht in die Diskussion öffentlich hineinziehen. Es läßt sich die Auffassung von Heuss dahin zusammenfassen: das Risiko, das darin liegt, daß die Partei sich unter deutschen Gesichtspunkten und vom Standpunkt der FDP der Verantwortung versagt, ist größer als eine Koalition auch mit Adenauer.“

nicht mehr möglich sei, es sei denn, die CDU/CSU halte an ihrem bisherigen Außenminister fest.

Mittwoch, den 25. Oktober 1961

Jetzt geht das ganze Theater noch einmal von vorn los! Gestern noch hatte sich die Fraktion fast sechs Stunden mit unseren Ressortwünschen in der kommenden Bundesregierung beschäftigt. Sie war dabei zwar noch zu keiner Einigung gelangt, jedoch davon ausgegangen, daß wenigstens die Sachfragen zwischen den künftigen Koalitionspartnern endgültig erledigt seien. Das erwies sich jedoch als Trugschluß! Denn inzwischen hat die Union den vom Hauptausschuß gebilligten Koalitionsvertrag erneut in Frage gestellt bzw. wesentliche Änderungswünsche angemeldet²³. M. hatte, wie er heute nachmittag der Fraktion berichtete, bereits gestern abend dem Bundeskanzler erklärt, daß es nicht möglich sei, „den Wesensgehalt des Koalitionsvertrages anzutasten“. Obwohl heute Haußmann für eine Annahme des geänderten Vertragstextes plädierte, stimmten ihm während der stundenlangen Diskussion lediglich Supf und Rieger zu, während alle anderen Adenauers jüngstes Ansinnen mehr oder minder scharf zurückwiesen. Mende, der gestern abend nach Aussagen Zoglmanns²⁴ für die FDP-Fassung des Vertrages nicht ernsthaft gekämpft haben soll, faßte kurz vor 20 Uhr die Diskussion mit den Worten zusammen: „Die Vertrauensgrundlage ist nicht mehr gegeben. Meine Entscheidung ist gefallen. Ich würde es unter der nicht mehr gegebenen Vertrauensgrundlage niemandem mehr zumuten, ins Kabinett zu gehen.“ Die Fraktion nahm dann einstimmig eine EntschlieÙung an, in der die von der CDU/CSU nachträglich verlangten Änderungen abgelehnt wurden²⁵. Mit diesem Papier und einem entsprechenden Brief Mendes fuhren Flach und

²³ Der Arbeitnehmerflügel der CDU kritisierte die finanzpolitische Seite des Entwurfs. Strittig war auch der Wunsch der FDP, mehr Einfluß auf die Außenpolitik zu nehmen. (Vgl. H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 689).

²⁴ Zoglmann war anstelle von Engelhard in die Verhandlungskommission eingetreten.

²⁵ Punkt 1 der EntschlieÙung der FDP-Bundestagsfraktion enthielt den Satz: „Die Bundestagsfraktion sieht sich nicht in der Lage, die von der CDU/CSU nachträglich verlangte Änderung der von den beiden Verhandlungskommissionen am 12.10.1961 grundsätzlich gebilligten und am 20.10.1961 endgültig formulierten Koalitionsvereinbarungen hinzunehmen.“ Punkt 2 der EntschlieÙung, deren voller Wortlaut übrigens in der fdk nicht abgedruckt worden ist, lautete: „Das am 25.10.1961 vorgetragene Ergebnis der Koalitionsverhandlungen im personellen Bereich läßt der Fraktion der FDP eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und die Möglichkeit der Übernahme gemeinsamer Verantwortung, insbesondere auf dem Gebiet der Außenpolitik, nicht gesichert erscheinen.“ Im Tagesdienst der fdk wurde lediglich eine allgemeine Mitteilung über den Verlauf der Fraktionssitzung sowie über die Tatsache einer einmütig gebilligten EntschlieÙung veröffentlicht („Mende zu den Koalitionsverhandlungen“ in fdk Nr. 164/61 (T) vom 26.10.1961).

ich gegen 23 Uhr nach Kessenich in die Wohnung Krones. K. hatte sich bereits zur Ruhe begeben – eine Haushälterin nahm das Kuvert entgegen, von uns beauftragt, diese Botschaft sogleich dem CDU-Fraktionsvorsitzenden vorzulegen. – Mit der für kommenden Montag vorgesehenen Kanzlerwahl wird es nun wohl nichts werden.

Donnerstag, den 26. Oktober 1961

Da auch das heutige Mittagsgespräch zwischen Adenauer und Mende zu keinem die FDP befriedigenden Ergebnis führte, wurde die Kanzlerwahl vorerst auf unbestimmte Zeit verschoben. Heute morgen hatte – wie Mende der Fraktion mitteilte – Dr. Krone unseren Fraktionsgeschäftsführer Genscher angerufen und um Auskunft darüber gebeten, ob die Punkte 1 und 2 der Fraktionsentschließung von gestern abend für die FDP eine *conditio sine qua non* seien. Zoglmann wurde von der Fraktion zur Erteilung einer mündlichen Antwort an Krone ermächtigt: keinen Schritt zurück – *conditio sine qua non*!

Mende hatte Adenauer zunächst unsere gestrige Resolution vorgelesen. Dann sei es zu einem „scharfen Dialog“ zwischen den beiden Parteiführern gekommen, an dem sich später auch die anderen Mitglieder der Verhandlungsdelegation beteiligt hätten. Diesmal scheint Mende die Wahrheit gesagt zu haben, denn auch Zoglmann bestätigte, M. habe sich „herausragend geschlagen“. Adenauer habe klarstellen wollen, daß die FDP mit ihm außenpolitisch nicht einig sei. Das habe M. sehr geschickt aufgefangen. „Diese Herren haben zu uns kein Vertrauen, es gibt keine Vertrauensbasis“, habe A. erklärt und gefragt: „Was haben Sie gegen Brentano, charakterlich, moralisch etc?“ (Nach politischen Qualitäten B.s hat der Kanzler vorsichtshalber gar nicht gefragt, wie sollte er auch). A. sagte: „Sie verlangen einen Staatsminister, Sie verlangen einen Kontrolleur!“ Darauf Mende: „Wir gehen in eine furchtbar schwere Lage hinein – wir müssen mitsehen, mithören und mitentscheiden können.“ Meinte daraufhin der Kanzler (immer nach Zoglmann): „Sie können mir doch keine Daumenschrauben anlegen. Das läuft doch darauf hinaus, daß ich meinen Freund Brentano entlassen muß, damit ich gewählt werde!“ – Mendes Resümee: Wir sind in einer guten Verhandlungsposition. Hoffentlich!

Am Vormittag eine längere Diskussion über die Ministerposten. Döring hatte einen detaillierten Vorschlag mitgebracht, der Alternativlösungen vorsieht²⁶. Dehler plädierte noch einmal – vergebens – dafür, daß Mende das AA übernimmt. Lenz lehnte aus gesundheitlichen Gründen das Finanzministerium ab. Bucher deutete eine Revision seiner bisherigen Hal-

²⁶ Dörings Vorschlag sah nach den Notizen Schollwers vor: Innen (Stammberger), Finanzen (Lenz), Entwicklung (Scheel), Vertriebene (Mischnick), Schatz (Dahlgrün), Verkehr (von Kühlmann), Justiz (Bucher), AA (Mende oder Dehler). Außerdem bzw. alternativ für den Posten des Außenministers einen Staatsminister mit Kabinettsrang als Vertreter des AA-Chefs (Achenbach oder Bucher).

tung (in der Koalitionsfrage) an. Und schließlich erklärte sich Mende bereit, gegebenenfalls das Finanzministerium zu übernehmen. Man war sich im übrigen einig: fünf Ministerien für die FDP – und nichts darunter!

Donnerstag, den 2. November 1961

Am Schluß einer achttündigen Sitzung hat die Fraktion am späten Abend die von Strauß konzipierte und von Mende bereits konzedierte Präambel des Koalitionsvertrages mit großer Mehrheit abgelehnt, da sie den Gehalt der Vereinbarungen praktisch wieder aufhebt²⁷. Erst ab 17.15 Uhr (Sitzungsbeginn 15 Uhr) durften wir Mitarbeiter aus Bundesgeschäftsstelle und Fraktion dabei sein, weil angeblich die Fraktion zuvor intern personelle Fragen erörtern wollte. Wie Genscher uns mitteilte, war es fast die ganze Zeit nur um jene ominöse Präambel gegangen. Zehn Diskussionsredner hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt gegen das Strauß-Mende-Opus ausgesprochen, nur drei dafür (u. a. Rieger und Zoglmann). Als wir den Sitzungsraum betraten, war diese Debatte noch in vollem Gange. Die Gegner waren nach wie vor in der Überzahl. Mende versuchte, seine Haltung zu rechtfertigen und das Papier zu retten, indem er den Teufel einer Allparteienregierung an die Wand malte, als Konsequenz des Scheiterns der heutigen Verhandlungen. Lenz, Döring und Haußmann wurden kurz vor 18 Uhr zu Krone mit dem Auftrag geschickt, der CDU/CSU mitzuteilen, daß die Fraktion die in dieser Präambel vorgesehene Erweiterung der Koalitionsgrundlage nicht akzeptiere, an der Koalitionsabsicht indessen festhalte. Um 19.20 Uhr kam Döring zurück und berichtete, Strauß habe behauptet, vor dem 20.10. unsere Koalitionsvereinbarungen nie gesehen zu haben; es sei unmöglich, daß diese Vereinbarungen lediglich auf dem Papier vom 20. Oktober basieren könnten.

Nun gab es ein erneutes Hin und Her. Mende kämpfte weiter für die Präambel, aber der Hinweis Dehlers, daß nach der Strauß-Mende-Formel dann ja auch das unmögliche Papier Brentanos zur Außenpolitik Grundlage der Koalition sein müßte, gab den Ausschlag. Mende ließ abstimmen. Auf die Frage, ob die Fraktion mit der von Strauß vorgeschlagenen Interpretation der Koalitionsgrundlage einverstanden sei, stimmten 50 Abgeordnete mit Nein und acht mit Ja. Mende zu den wartenden Journalisten: „Der Herr Bundespräsident muß nun entscheiden, was er aus dem Ablauf

²⁷ In dem von Strauß vorgelegten Präambel-Entwurf hieß es: „Gegenstand der Politik der Koalition ist die von den Beauftragten der beiden Parteien gemeinsam redigierte Aufzeichnung vom 20. Oktober 1961. Diese Aufzeichnung stellt zusammen mit den anderen während der Koalitionsverhandlungen vorgelegten Papieren Grundlage und Ziel der gemeinsamen Arbeit dar.“ Die FDP befürchtete, daß die Unionsparteien sich bei der Koalitionszusammenarbeit ständig auf „während“ der Koalitionsverhandlungen vorgelegte Papiere (z. B. der CDU/CSU) berufen würden, die jedoch keineswegs alle Bestandteil der vom FDP-Hauptausschuß gebilligten Koalitionsvereinbarung waren.

des heutigen Tages für Konsequenzen zieht.“ Morgen kommen wir erneut zusammen. Das Koalitionskarussell dreht sich weiter ...

Samstag, den 4. November 1961

Die Kämpfer sind müde. Am Freitag nachmittag hat die Fraktion in der Frage des Koalitionsvertrages einem Kompromiß zugestimmt und damit den Weg für die Regierungsbildung freigemacht. Die „Vernunftfehe“ kann nun ihren Anfang nehmen. Es gab noch eine lebhaft Auseinandersetzung zwischen Döring und Zoglmann über das Verfahren, wie Adenauer sich zu befristeter Kanzlerschaft verpflichtet. Wann muß der Adenauer-Brief in den Händen der FDP sein? Döring war für ganz harte Bedingungen, doch er setzte sich nicht durch. Dann sprach man über die Minister. Stammberger, Starke, Scheel, Lenz und Mischnick wurden vorgeschlagen. Nur Starke hatte einen Gegenkandidaten, Dahlgrün, der aber unterlag.

Am Freitag abend teilte mir Ehrlich (*DPA*) mit, daß der bisher geheimgehaltene Koalitionsvertrag bereits über den „Ticker“ laufe, von *UPI* verbreitet und am Samstag in der *FAZ* abgedruckt werde. Mende gab mir den Auftrag, diese Vertragsfassung als bereits überholt herunterzuspielen. Die Presse ist noch immer schlimm, selbst FDP-freundliche Zeitungen machten uns in den letzten Tagen die Hölle heiß²⁸.

Mittwoch, den 8. November 1961

Habemus Opapam – auf diese kurze, einprägsame Formel brachte Augstein die politische Essenz der Wiederwahl Adenauers zum Bundeskanzler²⁹. 51 Tage nach der Bundestagswahl und fünf Wochen nach Beginn der Koalitionsverhandlungen wurde gestern abend das Startzeichen für das neue Kabinett Adenauer gegeben. Als Gerstenmaier um 18.05, eine Stunde nach Beginn des Wahlaktes, das Ergebnis bekanntgab (258 Ja, 206 Nein und 26 Enthaltungen) und Adenauer erklärte, er nehme die Wahl an, applaudierten nur die Abgeordneten der CDU/CSU und einige unserer Fraktionsmitglieder. Von Begeisterung war indessen weit und breit nichts zu spüren. Dazu war allerdings auch kein Anlaß.

In den letzten Tagen vor der Wahl hatte es noch einiges Hin und Her über die Ministerposten gegeben, vor allem, weil Erhard sich mit ungewohnter Tatkraft dafür ins Zeug legte, uns Freie Demokraten vom Entwicklungsministerium wieder abzubringen³⁰. Er drohte zeitweilig sogar

²⁸ Anspielung auf einen Leitartikel von Conrad Ahlers („Ist Bonn Weimar?“) in der *Frankfurter Rundschau* vom 4. 11. 1961.

²⁹ *Der Spiegel* vom 8. 11. 1961. Der Artikel erschien unter Augsteins Pseudonym Jens Daniel. Dieser Artikel enthielt übrigens den prophetischen Satz, daß Erich Mende eines Tages Mitglied der CDU sein werde.

³⁰ Nach Schollwers Notizen teilte Mende der Fraktion am 7. 11. 1961 mit, Erhard habe als Ersatz für das von ihm abgelehnte Entwicklungsministerium das Bundes-

mit seinem Rücktritt. Doch Adenauer, Strauß und Krone unterstützten unser Petition, so blieb Erhard auf seinen Alternativangeboten schmolend sitzen. Offen ist bisher noch die Besetzung des Innenministeriums, auf das offenbar die CDU/CSU selbst reflektiert. Auch muß noch über die Staatssekretäre, Parlamentarischen Staatssekretäre und höheren Verwaltungsbeamten verhandelt werden.

Ich habe inzwischen auf Wunsch Flachs eine chronologische Darstellung der Ereignisse gefertigt, die zur Bildung der Koalition mit den Unionsparteien geführt haben. Dieses Papier beweist m. E., daß die Schuld für die Irrungen und Wirrungen der vergangenen Wochen keineswegs einseitig bei der FDP liegt. Christdemokraten und Sozialdemokraten sind daran in beachtlichem Maße beteiligt. Nur an uns, den kleinsten, bleibt die Geschichte eben hängen.

Mittwoch, den 15. November 1961

In Hamburg bekam Mende am vergangenen Wochenende einen Vorgesmack dessen, was sich in der Bevölkerung an Unmut über die FDP in den letzten Wochen angestaut hat. Mende, der durch Buh-Rufe der Versammlungsteilnehmer in der Ernst-Merck-Halle sichtlich irritiert gewesen sein soll, erging sich nach Presseberichten gegenüber seinen Kritikern in einem Maße in verbalen Aggressionen, wie man es selbst bei diesem leicht verletzbaren Mann bisher nicht erlebte. M., seit der Bundestagswahl um Jahre gealtert, ähnelt immer mehr einem schwer angeschlagenen Boxer im Ring: er sucht den „Infight“ und schlägt, so oft er kann, unter die Gürtellinie, um sich Luft zu verschaffen.

Am Tage zuvor konnte ich selbst einen ersten Eindruck über die Stimmung bei den Parteifreunden an der Basis gewinnen. Auf einer Mitgliederversammlung in Hachenburg (Westerwald) versuchte ich am Freitagabend anhand meiner Dokumentation Argumente für ihre Diskussionen über die Irr- und Abwege der Regierungsbildung zu liefern. Die hörten mich stumm und geduldig an, gingen dann aber in der Diskussion auf die vorgetragenen Fakten kaum ein. Dafür konfrontierten sie mich mit ihren persönlichen Problemen: der Tatsache, daß man sich am besten gar nicht mehr als Freier Demokrat in der Öffentlichkeit zu erkennen gebe, wenn man nicht beschimpft oder verhöhnt werden wolle. Ganz so schlimm hatte ich mir die Situation draußen im Lande nicht vorgestellt. Hier helfen offenbar keine Argumente, sondern nur noch gute Arbeit in der Regierung. Das aber setzt zumindest ein faires Verhalten unseres Koalitionspartners voraus, dessen Bereitschaft auch, die eigene Politik weiterzuentwickeln.

Fortsetzung Fußnote von Seite 28

ratsministerium oder ein neu zu schaffendes Ministerium für den zivilen Bevölkerungsschutz oder für wissenschaftliche Forschung angeboten.

Das Adenauer-Interview in der Panorama-Sendung am Montag stimmte mich da nicht sehr hoffnungsfroh³¹. Auch gab es inzwischen Ärger über die Berufung Krones ins Bundeskabinett, womit sich dort das Kräfteverhältnis weiterhin zugunsten der Union verschoben hat.

Sonntag, den 19. November 1961

Drei Tage Westberlin: zum ersten Male seit dem 13. August in der alten Reichshauptstadt. Am Freitag abend referierten Marx und ich im Studentenhaus am Steinplatz vor den Berliner LDP-Flüchtlingen. Auch hier Skepsis gegenüber der gegenwärtigen Linie unserer Parteiführung. Am Samstag Besichtigung der „Mauer“, ein erschreckendes, deprimierendes Bauwerk politischer Psychopathen. Nahe dem „Checkpoint Charly“ noch immer amerikanische Panzer, offenbar in Bereitschaft, erneute Übergriffe der Vopos abzuwehren. Von der Kochstraße her ein Blick auf das Verlagsgebäude des Ost-CDU-Zentralorgans *Neue Zeit* – wie sich so die Kommunisten eine neue Zeit vorstellen, mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl³²!

Mein fdk-Artikel zur Kanzlerwahl hat das Mißfallen des sozialdemokratischen *Vorwärts* gefunden. In dem dazu erschienenen Leitartikel spricht aus jeder Zeile die Enttäuschung darüber, daß es zu der Allparteienregierung mit SPD-Beteiligung nicht gekommen ist. Das Parteiblatt sieht eine „zielbewußte Konsequenz“ der Koalitionsparteien bei der „Ausschaltung der Sozialdemokratie“. Das gilt jedoch m.E. nur für Mende und Adenauer, kaum für die übrige Prominenz der Koalitionsparteien.

Doch die Öffentlichkeit beschäftigt gegenwärtig vor allem der „Fall Kroll“. Dessen letztes Gespräch mit Chruschtschow soll in der Bundesregierung zu Erwägungen darüber geführt haben, ob der Botschafter nicht von seinem Moskauer Posten abberufen werden müsse. Daß Kroll bei seiner Begegnung mit Ch. eigene Vorstellungen unterbreitete, ist doch wohl vor allem der Bundesregierung anzulasten, die bislang noch keinen ver-

³¹ In seinem Interview mit Rüdiger Proske und Gerhard von Paczensky in der Magazin-Sendung *Das Panorama* des Deutschen Fernsehens am 12.11.1961 versicherte Adenauer: „Diese Koalition wird dieselbe Außenpolitik treiben, die bisher getrieben worden ist“. Auf eine Frage Proskes, ob Adenauer sich zu dem Brief an Krone bezüglich seiner Amtszeit äußern wolle, erwiderte der Kanzler: „Mir ist davon nichts bekannt“.

³² Der Streit über das Recht der Volkspolizei, Alliierte, die in Zivil die Berliner Sektorengrenze überschritten, zu kontrollieren, begann am 22.10.1961 am Übergang Friedrichstraße und dauerte bis zum 28. Oktober. Am 25.10. wurden die amerikanischen Truppen in Berlin sechs Stunden lang in Kampfbereitschaft versetzt, amerikanische Patrouillen drangen wiederholt auf Ostberliner Gebiet vor, um das Recht der amerikanischen Besatzungstruppen auf freie Bewegung in ganz Berlin unter Beweis zu stellen. Am gleichen Tage rückten zehn amerikanische M-48-Panzer und britische Panzer an die Sektorengrenze vor.

nünftigen Beitrag zur gegenwärtigen Berlin-Diskussion geliefert hat³³. Erstaunlich ist nur, daß sich Adenauer am vergangenen Donnerstag vor seinen Botschafter gestellt hat. So kamen also die Schüsse gegen Kroll nicht aus dem Kanzleramt, sondern von der Unionsfraktion oder aus dem AA?

Mittwoch, den 22. November 1961

Am Montag, auf einem Informationsabend für die Presse in der Parlamentarischen Gesellschaft, hielt Mende es für angebracht, den Bonner Journalisten zu versichern, es sei nicht so entscheidend, wieviele Stimmen CDU/CSU oder Freie Demokraten bei den Bundestagswahlen 1965 bekämen. Wichtig sei, daß sie zusammen eine ausreichende Mehrheit erhielten, um die SPD auch weiterhin von der Macht fernzuhalten. Als unsere Gäste gegen Mitternacht verschwunden waren, äußerte Flach gegenüber Mende offen seine Bedenken gegen diese Formulierungen. Ob das M. sehr beeindruckt hat, weiß ich nicht.

Zuvor hatten die Landesgeschäftsführer im Bonner Talweg harte Kritik geübt an mangelnden Führungsqualitäten Mendes und am „völligen Versagen“ der Partei bei der Besetzung des Unterbaus der von der FDP verwalteten Ressorts. Rieger gab eine drastische Schilderung der Zustände an der Basis: Partei total „ausgelaugt“, Versammlungen „miserabel schlecht besucht“, eine Anzahl von Gemeindevertretern davongelaufen, einige unter Mitnahme ihres Mandats. Die Partei sei keineswegs in Ordnung, wenn auch inzwischen eine gewisse Beruhigung eingetreten sei.

Mittwoch, den 29. November 1961

Der Auftakt des neuen Kabinetts war wenig beeindruckend. An Stelle Adenauers, der mit einer Grippe zu Bett liegt, trug Erhard heute nachmittag die Regierungserklärung vor. Das war ein ziemlich farbloses Regierungsprogramm, das durch des Vizekanzlers monotones Ablesen noch inhaltsärmer wirkte als es ohnehin war. Die SPD spendete wiederholt ironischen Beifall, besonders für jene Punkte der Erklärung, die auch im sozialdemokratischen Regierungsprogramm enthalten sind. Zwischenrufe, wiederholte Unruhe und Gelächter auf der linken Seite des Hauses kennzeichneten wohl auch die Enttäuschung der Sozialdemokraten, erneut auf die Oppositionsbänke verwiesen worden zu sein. Nur einmal rang sich der

³³ Entgegen der wiederholten, ausdrücklichen Bonner Weisung, zur Zeit kein Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten zu suchen, hatte Kroll Nikita Chruschtschow beim Empfang zum 44. Jahrestag der Oktoberrevolution dringend um eine offizielle Unterredung gebeten. Zwei Tage später entwickelte Kroll im Kreml eigene, originelle Vorstellungen eines Ost-West-Arrangements, die in den Tagen darauf als angeblicher Chruschtschow-Plan, später als Kroll-Plan in verschiedenen Versionen beträchtliches internationales Aufsehen erregten (Arnulf Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! H. v. Brentano im Briefwechsel mit K. Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 378).

Redner einen spröden Witz ab, als die Opposition bei Erhards Ausführungen zur Frage der Bodenpreise besonders enthusiastisch applaudierte. Erhard: „Das verspricht ja eine gute Zusammenarbeit.“ Ich möchte das bezweifeln.

Letzte Woche traf ich mit Schtscherbakow zusammen. Ich fragte ihn nach dem Kroll-Chruschtschow-Gespräch, doch dazu wollte sich der sowjetische Diplomat nicht äußern. Er habe noch keinen ausführlichen Bericht über diese Begegnung erhalten. Im übrigen hoffe er jedoch, daß sich die Vier Mächte auf eine Formel einigten, die für jede Seite, auch die Bundesrepublik, zumutbar sei. Schtscherbakow deutete in diesem Zusammenhang vier Verhandlungspunkte an:

1. Keine Veränderungen in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin;
2. Eine Vereinbarung über die Verbindungswege zwischen Berlin und dem Westen;
3. Keine Änderung des politischen Systems in Westberlin;
4. Bonn darf keine Administration mehr in Berlin unterhalten, Westberlin erhält eine eigene Verfassung.

Samstag, den 2. Dezember 1961

In den letzten beiden Tagen zwei Rundfunkaufnahmen³⁴. Es ging beide Male nicht sehr kontrovers zu, speziell nicht bei der Runde mit Erler, es war eher ein Schattenboxen. Ich wiederholte „meine Theorie“ der bedingten Rechtfertigung zunächst auf die Berlin-Frage beschränkter Ost-West-Verhandlungen, der Erler zustimmte. Martin versuchte – nicht ungeschickt – den offensichtlichen Kurswechsel der Union nach Adenauers Washingtoner Gesprächen in dieser Frage zu begründen³⁵. Ob die Zuhörer allerdings aus dieser Diskussion klug geworden sind, steht zu bezweifeln.

Zum Thema Berlin hat sich Kennedy dieser Tage in bemerkenswerter Weise gegenüber Adschubej geäußert³⁶. K.s Program für Berlin nimmt

³⁴ Am 30.11. im Bonner Studio des NDR mit Ernst Majonica (CDU) und Franz Barsig (SPD). Thema: Fraktionsgespräch zur Deutschlandfrage und zum Berlin-Problem. – Am 1.12. im Bonner Studio des Südwestfunks mit Fritz Erler (SPD) und Berthold Martin (CDU). Thema: Die außenpolitische Lage der Bundesrepublik.

³⁵ Adenauer und Kennedy hatten nach bilateralen Gesprächen am 22.11.1961 ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es hieß, daß eine friedliche Lösung der Berlin-Krise durch Verhandlungen erreicht werden solle, sofern die UdSSR eine „vernünftige Haltung“ zeige. Außenminister Schröder hatte ergänzend dazu mitgeteilt, daß die Ablehnung eines neuen Berlin-Abkommens kein Hindernis für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion sei (ADG 1961, S. 9500).

³⁶ Den vollen Wortlaut des Interviews des amerikanischen Präsidenten vom 25.11.1961 mit dem Chefredakteur des sowjetischen Regierungsblattes *Iswestija* und Chruschtschow-Schwiegersohn, Alexej Adschubej, veröffentlichte die *Welt* am 2.12.1961 („Deutschland – das zentrale Problem“). Danach erklärte Kennedy zur Berlin-Frage u. a.: „Alles, was wir wünschen, ist, eine sehr begrenzte Zahl von Sol-

sich bescheiden aus, insbesondere, wenn Chruschtschow nicht bereit sein sollte (und er ist es wohl auch nicht), mit dem Westen über Berlin hinaus nach einem vernünftigen Arrangement für Gesamtdeutschland zu suchen. Die Sorgen um Deutschlands ehemalige Hauptstadt nehmen kein Ende.

Dienstag, den 5. Dezember 1961

Die Fraktion hat heute – von unwesentlichen Änderungen abgesehen – meinen Entwurf für Mendes morgige Bundestagsrede (außenpolitischer Teil) gebilligt. Selbst Achenbach lobte überraschend das Papier. Habe ich da etwas falsch gemacht? – Wir tagten heute erstmals (zehn Stunden lang!) im neuen Fraktionssaal, was, wie man sieht, die Beratungen auch nicht beschleunigt.

Donnerstag, den 7. Dezember 1961

Die Debatte verlief sachlich. Mende trug seine Rede in der Mittagsstunde vor, wie immer mit etwas zu starken Betonungen, im außenpolitischen Teil vom Beifall der Regierungsparteien begleitet, beim innenpolitischen durch wiederholte Zwischenrufe der SPD gestört. Doch damit kann man bekanntermaßen unseren Vorsitzenden nur aus dem Konzept bringen, wenn die Zwischenrufer ausgesprochen persönlich werden³⁷. M. war übrigens von der Resonanz seiner Rede sehr angetan. Besonders der außenpolitische Teil wurde in der heutigen Presse viel und ausführlich zitiert. Dabei stellte man speziell die Berlin-Passagen heraus und auch eine „bemerkenswerte Betonung der Bereitschaft zu europäischen Sicherheitslösungen“.

Sonntag, den 10. Dezember 1961

Personelle und organisatorische Fragen beherrschten vorgestern die letzte Bundesvorstandssitzung. Wie Mende berichtete, sind wir bislang mit unseren Staatssekretärskandidaten noch immer nicht zu Pott gekommen. Die Unionsminister scheinen alle Hebel in Bewegung zu setzen, um „FDP-Aufpasser“ von ihren Ressorts fernzuhalten³⁸. Einen Bundesparteitag in Berlin wird es 1962 nicht geben. Nur Hoppe sprach sich für ein solches

Fortsetzung Fußnote von Seite 32

daten der drei Mächte in Westberlin zu unterhalten – und sie ist sehr begrenzt – und zum Beispiel eine internationale Verwaltung der Autobahn zu haben.“

³⁷ Auf der 6. Sitzung des Deutschen Bundestages fand am 6.12.1961 die Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung vom 29.11. statt. An der Debatte beteiligten sich 10 Abgeordnete (darunter 3 der FDP). Der Bundeskanzler schwieg während der elfstündigen Aussprache.

³⁸ Nach Auffassung Genschers „bestand immer Klarheit, daß wir fünf Staatssekretäre bekommen“ (*Der Spiegel* Nr. 53 vom 27.12.1961). Aus diesem Grunde nominierte die FDP Bucher, Effertz, Sonnenhol, Klaus Dehler und Kienbaum für diesen Posten.

Unternehmen ohne Einschränkungen aus, Lüders und Mende sind dagegen³⁹. Ihre Argumente überzeugten. Rubin vertrat eine abwartende Position und behauptete, in Berlin sei die Stimmung für die FDP „ins Rutschen“ geraten, weil durch Presseberichte „eine aufgeweckte Haltung der FDP in der Berlin-Frage“ zu erkennen sei. Als Ersatz für den nicht stattfindenden Berliner Parteitag ist eine gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion in Westberlin für Februar kommenden Jahres vorgesehen, der Bundesparteitag wird in Düsseldorf sein.

Noch zu den Personalien: M. teilte dem Vorstand mit, daß Flach demnächst aus seinem Amte ausscheiden werde, um den Posten des stellvertretenden Bundespressechefs zu übernehmen. Gentner werde vorläufig die Geschäfte weiterführen.

Donnerstag, den 14. Dezember 1961

Gestern, bei einem Forumgespräch in Herchen, gab es heftige Diskussionen zwischen den Parteienvertretern über Regierungsbildung und Rentenprobleme. Rommerskirchen und vor allem ich hatten einen schweren Stand, uns der vehementen Attacken des Bundestagsneulings und schwäbischen Studienrats Erhard Eppler zu erwehren. Doch die zwielichtige Rolle der SPD während der Koalitionsbildung und die mitgeführte Chronik gaben genügend Stoff für Gegenangriffe. Nur hatte ich den Eindruck, daß das Publikum dem FDP-Sprecher wenig Glauben schenkte.

Am Mittwoch, während der nachmittäglichen Fraktionssitzung, lieferte Mende noch einen interessanten Beitrag zur Geschichte der jüngsten Regierungsbildung: Am Abend des 26. Oktober (an diesem Tag war die Kanzlerwahl auf unbestimmte Zeit verschoben worden) habe Erhard ihm (Mende) gegenüber erklärt, er werde morgen Lübke darüber informieren, daß er nun doch für das Amt des Bundeskanzlers kandidieren wolle. Am nächsten Tag habe Erhard seinen Entschluß wieder umgestoßen mit der Begründung, daß er aus Loyalitätsgründen nicht gegen Adenauer „aufstehen“ könne. Inzwischen scheint E. seinen Frieden mit Adenauer so weit zu treiben, daß er die schlägt, die ihn auf den Kanzlerstuhl hieven wollten. Denn das jüngste Auftreten des Bundeswirtschaftsministers war, wie Effertz zu Recht vor der Fraktion feststellte, „eine einzige Spitze gegen die FDP“⁴⁰.

Montag, den 18. Dezember 1961

Wenige Tage vor dem Herbstende brach der Winter aus. Klares, sonniges Frostwetter auch in Bonn. Das belebt den Geist und beflügelte samstags meine Arbeit an der neuesten Mende-Rede. Da fiel mir einiges zum

³⁹ Frau Lüders wandte sich gegen einen FDP-Parteitag in Berlin u. a. mit dem Argument, daß dieser vom Osten „generell als eine Demonstration“ gewertet würde.

⁴⁰ Vgl. *Der Spiegel* Nr. 52 vom 20. 12. 1961: „Erhard – Scharfe Optik“.

Thema „Probleme in Ost und West“ ein, was M. hoffentlich am 6. verwenden wird⁴¹.

Freitag, den 29. Dezember 1961

Das alte Jahr tut bald seinen letzten Schnaufer. Ich weine ihm keine Träne nach. Es war überwiegend mies, brachte mehr Böses als Gutes, politisch und zum Teil freilich auch persönlich. Mit Moersch komme ich gut zu recht, mit Mende sind die Beziehungen wechselhaft (gegenwärtig bin ich wegen meines Entwurfs für seine Bundestagsrede persona gratissima, doch morgen kann's schon wieder ganz anders sein).

Gespannt schauen wir Liberalen den kommenden Landtagswahlen entgegen. Wie werden unsere Wähler vom 17. September dann votieren? Auch in Mendes Weihnachtsrundschriften klingen hier vorsichtig Zweifel an.

Und wie wird es mit Berlin weitergehen? Wehners Weihnachtsspruch „Die Mauer überwinden“ ist gut und schön – aber was tun?

Samstag, den 6. Januar 1962

Das neue Jahr beginnt mit einer deutsch-amerikanischen Verstimmung. Streitobjekt ist Botschafter Kroll, dem unzulässiges Eingreifen in die Thompson-Gromyko-Gespräche vorgeworfen wird⁴². Wie weit in diese Intrige auch persönliche Gegner Krolls im Auswärtigen Amt verwickelt sind, ist zur Stunde undurchsichtig. Die Verteidigung der Tätigkeit des Botschafters durch die fdk dürfte einige westliche Kommentatoren zu erneuten Attacken gegen die FDP animieren. Ein von mir zu Beginn der Woche zusammengestellter Spiegel der Auslandspresse ist für unsere Partei noch immer bedrückend negativ. Am schlimmsten ist Lawson vom *Daily Express*. Was der so über uns schreibt, ist mit Verleumdung noch höchst unzureichend gekennzeichnet⁴³.

⁴¹ Auf der Schlußkundgebung der 10. Tagung der Deutschen Burschenschaft setzte sich Mende kritisch mit der westlichen Berlin-Politik auseinander und gab eine vergleichsweise differenzierte Darstellung der sowjetischen Außenpolitik.

⁴² Am 2.1.1962 hatten in Moskau zwischen US-Botschafter Llewellyn Thompson und dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko Sondierungsgespräche über Berlin begonnen. Sechs Tage zuvor, am 27.12.1961, hatte sich Botschafter Kroll auf sowjetischen Wunsch ins Außenministerium der UdSSR zu einer Besprechung mit höheren sowjetischen Beamten begeben. Bei dieser Gelegenheit war dem Botschafter eine Denkschrift zur Deutschland- und Berlin-Frage übergeben worden. Westliche Presseorgane hatten daraufhin gegen Kroll den Vorwurf erhoben, er habe unzulässigerweise in die von den USA geführten Berlin-Gespräche eingegriffen. Diesen Vorwurf wies die Bundesregierung am 4.1.1962 zurück.

⁴³ Der damalige Bonner Korrespondent des *Daily Express*, Colin Lawson, hatte am 3.1.1962 in seiner Zeitung Erich Mende unterstellt, er wolle „mit den Mitteln der Geheimdiplomatie einen Pakt mit der Sowjetunion eingehen“. Außerdem sei der FDP-Vorsitzende „für eine Konföderation mit Pankow“ und werde über kurz

Dienstag, den 9. Januar 1962

Bei einem Mittagessen mit Sweet und Mouser bekamen Flach und ich heute deutlich das Mißtrauen der Amerikaner über Krolls Moskauer Aktivitäten zu spüren, das durch das heute veröffentlichte Sowjetmemorandum nur noch verstärkt zu sein scheint. Wir hatten den Eindruck, daß inzwischen auch unsere amerikanischen Gesprächspartner vom Rapallo-Komplex befallen sind. Aber auch die Franzosen haben „Bauchschmerzen“: ihre Sorge gilt jedoch im Augenblick mehr der EWG-Politik der FDP, wie Monsieur Jacques mir gegenüber gestern durchblicken ließ⁴⁴.

Donnerstag, den 11. Januar 1962

Vergeblich bemühte ich mich heute, Schtscherbakow zur Erläuterung des jüngsten Sowjetmemorandums zu veranlassen. Besonders darüber, wie die dort zum Ausdruck kommende Doppelzüngigkeit sowjetischer Deutschlandpolitik zu verstehen sei. Unser Gesprächsklima war heute ausgesprochen frostig. Offenbar ärgern sich die Sowjets über die sehr negative Reaktion des Westens einschließlich Bonns auf das jüngste propagandistische Machwerk aus Moskau. Aber haben sie wirklich etwas anderes erwarten können?

Samstag, den 13. Januar 1962

Flach geht nun doch nicht ins BPA. Wie Mende gestern nachmittag auf einer Landesgeschäftsführertagung im Bonner Talweg mitteilte, könne in Bonn niemand Ministerialrat werden, bevor er 35 Jahre zähle. Darum hätte Flach auf einen Regierungsposten verzichtet⁴⁵. Nun müsse man also nach einem anderen „dritten Mann“ im Bundespresseamt Ausschau halten. Mende kritisierte scharf Weirauchs Initiative, mit der Druck auf die Parteiführung ausgeübt werden sollte. Es sei „schrecklich“, daß 46 FDP-Beamte in Bonn zusammengekommen seien und man danach alles in PPP

Fortsetzung Fußnote von Seite 35

oder lang auf Verhandlungen darüber dringen, daß die Sowjets Ostdeutschland verlassen und die Bundesrepublik aus der NATO ausscheidet.

⁴⁴ Im Zusammenhang mit den Verhandlungen des EWG-Ministerrats über den Übergang zur zweiten Stufe des Gemeinsamen Marktes hatte sich die FDP entschieden gegen das französische Verlangen ausgesprochen, diesen Schritt davon abhängig zu machen, daß zuvor die künftige gemeinsame Marktpolitik für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse endgültig festgelegt werden müsse. Die Freien Demokraten waren der Meinung, diese Forderung Frankreichs laufe praktisch auf eine Vertragsänderung hinaus.

⁴⁵ Vgl. die Darstellung des gleichen Vorganges bei Erich Mende. Die FDP. Daten, Fakten, Hintergründe, Stuttgart 1972, S. 182.

und im *Spiegel* habe nachlesen können⁴⁶. W. habe sich damit keinen Gefallen getan.

Brentano, so berichtete M. weiter, habe am Freitag in der Sache Ausschußvorsitz Mende (Außenpolitischer Ausschuß) einen Brief an den FDP-Vorsitzenden geschrieben und darin über ein Gespräch mit Ollenhauer berichtet. Für O. sei der Anspruch der SPD auf diesen Ausschuß eine Grundsatzfrage und darum keine Änderung in der Haltung seiner Fraktion möglich. Die FDP wolle sich gegebenenfalls mit dem wirtschaftspolitischen Ausschuß zufriedengeben, meinte M.

Relativ optimistisch äußerte sich M. zur Deutschland- und Berlin-Frage. Zwar sei man bei den Thompson-Gromyko-Gesprächen noch nicht viel weitergekommen, doch habe die Sowjetunion in ihrem jüngsten Memorandum erstmals politische Verbindungen zwischen Bonn und Westberlin konzidiert⁴⁷. Im Rahmen der Berlin-Verhandlungen seien Bemühungen, „Ulbricht loszuwerden“, bereits im Gange; es deute vieles daraufhin, daß Ulbricht verschwinde. Dagegen liefen die EWG-Verhandlungen in Paris schlecht. Die Franzosen verlangten weitgehende Konzessionen. Wenn Starke nicht am 27. Dezember im Kabinett entsprechende Beschlüsse durchgesetzt hätte, wären die Verhandlungen in Brüssel bisher nicht im Sinne der deutschen Landwirtschaft verlaufen. Die FDP sei nicht bereit, am EWG-Vertrag etwas zu Ungunsten der deutschen Landwirtschaft zu ändern. Doch die Tage de Gaulles seien so oder so gezählt. Man rechne mit einem Putsch. Darum müsse eine engere Zusammenarbeit zwischen England und Deutschland vereinbart werden.

Donnerstag, den 18. Januar 1962, Igls/Tirol

Seit drei Tagen zum Winterurlaub in Tirol: wolkenloser Himmel, leichter Frost und wenig Schnee. Aus Bonn gute – und noch mehr schlechte Nachrichten. Eine Brandkatastrophe in Nürnberg, das Scheitern unserer Bemü-

⁴⁶ Nach einem Bericht des *Spiegel* Nr. 53 vom 27.12.1961 hatten sich in der Adventszeit im Bahnhofshotel Müller in Bonn „vier Dutzend Herren und eine Dame aus der bundeshauptstädtischen Ministerialbürokratie versammelt, sämtlich Mitglieder der Freien Demokratischen Partei Erich Mendes“. Die FDP-Kreisvorstände Bonn-Stadt und Bonn-Land hätten dieses Treffen arrangiert, „um dem Unmut ihrer staatsbediensteten Parteibuchträger ein Ventil zu öffnen“. Der Initiator dieses Treffens, Ministerialdirigent Lothar Weirauch, hatte lt. *Spiegel* bei dieser Gelegenheit gefordert, bei den Stellenbesetzungen „müssen FDP-Mitglieder so stark berücksichtigt werden, daß in den Bonner Ministerien die Gleichwertigkeit mit den Beamten der CDU erreicht wird“.

⁴⁷ Das Sowjetmemorandum vom 27.12.1961 enthielt zum Berlin-Problem folgende Passage: „Wir haben nichts gegen regste Verbindungen der Bundesrepublik Deutschland mit West-Berlin auf wirtschaftlichem, *politischem* und kulturellem Gebiet. Diese Verbindungen aber müssen auf entsprechender rechtlicher Grundlage aufgebaut werden, unter Respektierung der Souveränität und der Rechte anderer Staaten, unabhängig von dem Charakter der Beziehungen, die sich bei der Bundesrepublik zu ihnen herausgebildet haben.“

hungen um den Vorsitz im Außenpolitischen Ausschuß und die Resignation Klaus Dehlers in der Staatssekretärsfrage gehören zur zweiten Kategorie, die Einigung der EWG-Staaten auf eine gemeinsame Agrarpolitik, aber auch Schneiders Rücktritt vom Amt des Landesvorsitzenden zur ersten⁴⁸.

Sonntag, den 28. Januar 1962, Igls/Tirol

Heute fuhren wir zusammen mit einem jungen französischen Ehepaar im Mietwagen nach Brixen. Bei der Rückfahrt Kaffeepause in Sterzing. Dort kam es zu einem peinlichen Zwischenfall. Ein offensichtlich betrunkenener Südtiroler setzte sich an unseren Tisch und schilderte lautstark und in seinem schwer verständlichen Dialekt die Drangsalierungen, denen seine Leute durch die Italiener ausgesetzt seien. Am Schluß trug mir der Mann auch noch eine ebenso unverständliche Botschaft an Adenauer auf (!). Dieser Ausbruch reflektiert wohl die gegenwärtig auf hoher Ebene zwischen Wien und Rom laufende heftige Auseinandersetzung um makabre Zustände in Südtiroler Gefängnissen⁴⁹.

Die Presse berichtet über einen Vorschlag Mendes, Bonn solle diplomatische Gespräche mit Moskau führen. Warum eigentlich nicht? Doch die Bundesregierung scheint da anderer Meinung zu sein, wie einer Sprechererklärung zu entnehmen ist. Aus Bonn also immer noch nichts wirklich Neues ...

Montag, den 5. Februar 1962

Gestern am späten Abend nach Bonn zurückgekehrt. Die Bundeshauptstadt hat ein neues Thema: nach Mende und seiner ostpolitischen Initiative jetzt F. J. Strauß und dessen „Fibag“-Geschäfte. Ein dicker Hund, wenn das stimmt, was der *Spiegel* berichtet⁵⁰.

Erste deutschlandpolitische Studie. Fibag-Affäre

Dienstag, den 13. Februar 1962

Seit gestern wieder im Dienst. Im Bonner Talweg gibt's zur Zeit nur kleine Besetzung. Viele meiner Kollegen sind in Berlin zur bereits im Dezember verabredeten gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion. In den Nachrichten wird von einer neuen Forderung der Freien Demokraten

⁴⁸ Am 15.1. hatte Heinrich Schneider sein Amt als Vorsitzender der Demokratischen Partei Saar niedergelegt.

⁴⁹ In Bozener Gefängnissen waren auf ungeklärte Weise zwei Südtiroler gestorben. Zusammen mit Vorwürfen gegenüber italienischen Soldaten, Südtiroler zu foltern, hatte dies zu Verstimmungen zwischen Rom und Wien geführt (vgl. ADG 1962, S. 9649 ff.).

⁵⁰ Vgl. *Der Spiegel* Nr. 5 vom 31.1.1962.

nach Friedensverhandlungen gesprochen. Brentano hat dieses Ansinnen bereits barsch zurückgewiesen. Der Koalitionsvertrag scheint seine Tücken zu haben!¹

Montag, den 19. Februar 1962

Mindestens 250 Todesopfer hat die Flutkatastrophe in Hamburg bisher gefordert, 40 000 Menschen sind obdachlos. Wie in Völklingen wird nun auch in Hamburg sofort nach den „Schuldigen“ gesucht. Der Ruf nach einem wirksamen Katastrophenschutz wird laut. Mende hat am Wochenende auf einer FDP-Kundgebung in Mönchengladbach behauptet, in der Bundesrepublik seien die primitivsten Voraussetzungen für die Abwehr von Katastrophenfällen nicht gegeben. Die Antwort der Verantwortlichen wird wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Ungeachtet der einstweiligen Verfügung hat Augstein heute in seinem Magazin die Enthüllungen über Strauß und die Fibag-Affäre fortgesetzt – diesmal sogar als Titelgeschichte. Was der *Spiegel* da auf 16 Seiten an Dokumenten anbietet, ist beeindruckend. Nach diesem Schuß wird es Strauß schwerfallen, weiterhin den gänzlich Unschuldigen zu spielen².

Die FDP erhielt inzwischen unerwartete Schützenhilfe aus Großbritannien. Am 13. Februar hatte – Rundfunkmeldungen zufolge – der britische Außenminister Lord Home unserem Botschafter mitgeteilt, seine Regierung habe nichts gegen deutsch-sowjetische Kontakte einzuwenden³. Na also!

In unserer neuesten Zusammenstellung über das Echo der FDP-Politik in der Auslandspresse spiegelt sich deutlich die Unsicherheit der mit uns verbündeten sowie der neutralen Länder hinsichtlich der weiteren Behandlung der deutschen Frage wieder. Die östliche Reaktion zeichnet sich nach wie vor durch die bekannte Schwarz-Weiß-Malerei aus. Erst Sondierungen auf diplomatischer Ebene werden zeigen, ob vorsichtige Zustimmung Moskaus zu unserem jüngsten Schritt in der Deutschlandfrage mehr ist als der Versuch, das im westlichen Ausland noch immer vorhandene Mißtrauen gegenüber solchen Aktivitäten wachzuhalten – oder noch zu steigern.

Donnerstag, den 22. Februar 1962

Nun hat – Presseberichten zufolge – auch Kennedy gestern Botschafter Grewe mitgeteilt, daß die USA deutsch-sowjetischen Gesprächen grünes Licht geben werden. Damit sollten die von der Bundesregierung geäußer-

¹ Am 13.2. hatte der in Berlin tagende Bundesvorstand eine Presseerklärung herausgegeben, deren entscheidender Satz lautete: „Die Bundesregierung muß versuchen, die Initiative für die Deutschlandpolitik für sich und den Westen zu gewinnen und die Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage durch Friedensverhandlungen für ganz Deutschland anzustreben“.

² Vgl. *Der Spiegel* Nr. 8 vom 21.2. 1962.

³ Schollwer bezieht sich hier auf eine Meldung des NDR/WDR-Korrespondenten in London vom 14.12. 1962.

ten Befürchtungen eigentlich aus dem Weg geräumt sein. Auch die Attacken Brentanos, die unser *Tagesdienst* bereits in der vergangenen Woche detailliert zurückwies, erweisen sich als abwegig. Denn unsere Führungsgremien zitierten lediglich den Wortlaut des Koalitionsvertrages sowie die gemeinsame EntschlieÙung des Bundestages vom Oktober 1958. Der *Spiegel* bemerkt dazu in seiner neuesten Ausgabe zutreffend, das einzig Neue an der Berliner EntschlieÙung sei die Feststellung gewesen, es genüge nicht, die Forderung zu stellen: Die Mauer muß weg! Das scheint die Christdemokraten tief getroffen zu haben, was ein bezeichnendes Licht auf ihre Deutschlandpolitik wirft.

Dienstag, den 27. Februar 1962

Ob mein heutiger Versuch, die in Rengsdorf versammelten Parteifreunde zum Nachdenken über unsere Deutschlandpolitik anzuregen, gelungen ist? Die Zuhörer nahmen meine vorsichtigen „Ketzereien“ relativ gelassen auf, gingen zumeist auf die von mir gestellten Fragen nicht direkt ein oder machten mir – wie Kaschke – sogar den leisen Vorwurf, daß Flach noch weiter gegangen sei als ich: der habe sogar eine Konföderation gefordert. Nur ein Augsburger Parteifreund bezeichnete einige meiner Formulierungen als „gefährlich oder gar abwegig“. – Immerhin bewies die Diskussion, daß man heute schon in der Deutschlandpolitik eingetretene Pfade verlassen kann, ohne damit sofort unter Parteifreunden Proteste auszulösen⁴.

Gestern informierte ich Vorstand und Fraktion mit einem neuen Auslands-Pressespiegel über Kommentare zu Mendes Vorschlag für deutsch-sowjetische Verhandlungen. In Großbritannien mehren sich die Stimmen,

⁴ Schollwer hatte die Frage gestellt, ob man angesichts der Unmöglichkeit einer Wiedervereinigung in absehbarer Zeit „nicht wenigstens versuchen sollte, die Situation in der Zone etwas aufzulockern und damit zugleich auch Fakten zu schaffen, die eine weitere Entfremdung der beiden deutschen Teilstaaten verhindern, also Ansatzpunkte zu einer allmählichen Wiedervereinigung zu einem späteren, günstigeren Zeitpunkt schaffen ... Wir kommen heute nicht mehr mit den alten, liebge gewordenen Begriffen und Vorstellungen aus ... Wir können nicht länger davon träumen, ein großes Heer, Atomwaffen und mächtige Verbündete zu unserer Sicherheit, einen noch nie dagewesenen Lebensstandard zu unserem Wohlleben und dann noch dazu ein einiges Deutschland von der Maas bis an die Memel unser eigen zu nennen ... Wir werden .. die Frage zu beantworten haben, die heute uns Deutschen gestellt ist: Die Frage nach dem Preis für die Sicherheit und Lebensfähigkeit West-Berlins und die Frage nach dem Preis für die Humanisierung der Lebensverhältnisse von 17 Millionen Landsleuten jenseits der Zonengrenze ... Werden wir .. weiterhin darauf beharren, daß, was auch immer dafür geboten werden mag, eine Anerkennung der Zone als eines selbständigen Staates unmöglich sei – auch wenn sich dafür die Zuchthäuser der „DDR“ öffnen, die Menschen in Leipzig, Erfurt und Rostock frei leben, die Verwandten und Freunde aus beiden Teilen Deutschlands sich wieder treffen dürften und – nicht zu vergessen – Berlin mit garantierten Zugangswegen nach dem Westen einer Epoche relativer Sicherheit entgegengehen könnte?“

die sich offen für direkte deutsch-sowjetische Gespräche aussprechen. Doch auch in anderen westlichen Hauptstädten wird die Reaktion allmählich positiver. Da war unsere Bonner Presse und vor allem die Bundesregierung mit ihren Warnungen offenbar wieder einmal etwas voreilig.

Samstag, den 3. März 1962

Wieder Wirbel um Kroll. Abenteuerliche Pressemeldungen über angebliche Deutschlandpläne des Botschafters und heftige, ziemlich undiplomatische Reaktionen des Angegriffenen haben zu einem Eklat geführt, der Kroll nun wohl den Posten in Moskau kosten wird. Jedenfalls hat Adenauer gestern unseren Mann in Moskau nach Bonn zurückgerufen, damit er sich hier verantworten kann. Die Presse hält es heute für höchst unwahrscheinlich, daß K. noch eine Rückfahrkarte in die sowjetische Hauptstadt bekommt. Zumal das Auswärtige Amt mit seinem Spitzenbeamten „fertig“ zu sein scheint. Das ganze sieht freilich eher nach einer Bonner Intrigue aus, mit der direkte deutsch-sowjetische Kontakte verhindert werden sollen. Dabei haben die Thompson-Gromyko-Gespräche bisher offenbar noch zu keinem Fortschritt geführt⁵.

Am Donnerstag, bei einem ausgedehnten Essen mit Monsieur Jacques und einem jüngeren Herrn der britischen Botschaft, trug ich meine jüngsten Überlegungen zur Deutschland- und Ostpolitik vor und fand bei meinen Gesprächspartnern lebhaft Zustimmung.

Freitag, den 9. März 1962

Was unser Public-Relation-Berater heute auf einer Klausurtagung in Hainbuchennest über das gegenwärtige miese Erscheinungsbild der FDP in der deutschen Öffentlichkeit berichtete, hat wohl nicht nur Mende schockiert. Das Sympathiebarometer für die FDP habe noch niemals so tief gestanden wie in diesen Tagen, und Mende sei gegenwärtig der unbeliebteste Politiker (!). Die Wähler seien enttäuscht, man diskutiere nicht mehr mit den Freien Demokraten, „man lächelt und winkt ab“. Man nehme in der Wählerschaft „die Dinge nicht mehr ernst“. Die FDP sei Mende und Mende die FDP. Darin liege Macht und Gefahr zugleich. Die persönlichen Angriffe gegen Mende hätten das Ziel, den Parteivorsitzenden lächerlich zu machen. Dabei täten sich insbesondere Nannen und der *Spiegel* hervor. Verheerende Wirkungen habe auch das Fernsehen, so z. B. bei der Übertragung des Mainzer Karnevals, als man den „Umfall-Mende“ auf die Schippe nahm.

Dieser Analyse entspricht leider auch das Ergebnis der letzten Ernid-Umfrage: lag unsere Partei im Dezember noch bei 11%, so ist sie jetzt auf 7 abgerutscht. Flach, der für diese Klausurtagung und die nächste Anfang

⁵ Vgl. ADG 1962, S. 9711.

April ein Positionspapier vorgelegt hatte, plädierte dafür, jeder Drohung mit einer schwarz-roten Koalition durch eine Koalition mit der SPD zuvorkommen. Es sei falsch, unser Verhältnis zu den Sozialdemokraten sich ständig verschlechtern zu lassen, während die CDU/CSU ihre Kontakte zur SPD dauernd verbessere. Flachs Papier enthält noch weitere, m. E. durchaus beherzigenswerte Feststellungen, insbesondere über das Selbstverständnis der FDP. Es schlägt eine „gründliche Überprüfung und Weiterentwicklung der außenpolitischen Konzeption der FDP“, die Präzisierung unseres gesellschaftspolitischen Programms sowie eine Profilierung unserer Kulturpolitik vor. Darüber wird dann auf der nächsten Klausur zu sprechen sein.

Dienstag, den 13. März 1962

Was Dehler gestern abend im Fernsehen bot, war bestürzend. Durch Journalistenfragen offensichtlich gereizt, erging sich unser Parteifreund in wilden Anklagen. Sein Wort vom „dreißigjährigen Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion“⁶ schlug inzwischen in der Presse haushohe Wellen. Nicht minder stürmisch ging es heute in der Fraktion zu. Doch Dehler zeigte sich wenig einsichtig. So wird uns der Fall wohl noch weiter beschäftigen.

Beim Mittagessen mit Schtscherbakow stand als Gesprächsthema der andere „Fall“ im Mittelpunkt: die Affäre um Kroll. Diese scheint die Sowjets verstimmt zu haben, dennoch war den Bemerkungen des Botschaftssekretärs zu entnehmen, daß zumindest die Botschaft in Bonn der Rückberufung Krolls keine dramatische Bedeutung zumißt. Schtscherbakow zeigte vielmehr offensichtliches Interesse an dem z. Zt. in der deutschen Öffentlichkeit diskutierten Plan, Botschafter Lahr nach Moskau zu schicken. Dieser Mann habe zweifellos einige Erfahrungen auf dem Gebiet der deutsch-sowjetischen Beziehungen⁷. Mein vorsichtiges Sondieren, wieweit bzw. unter welchen Bedingungen Moskau bereit wäre, eine Wiederherstellung der Freizügigkeit zwischen beiden Teilen Deutschlands sowie eine Normalisierung der politischen Verhältnisse auch in der Zone zuzulassen, meinte der Diplomat, das hätte eine Verbesserung der deutsch-sowjeti-

⁶ „Unter uns gesagt“ am 12.3.1962, 21,35 Uhr. Unter dem Thema „Zwischen Washington und Moskau – Die Politik in Bonn“ wurde Thomas Dehler von Moderator Kurt Wessel sowie den Journalisten Conrad Ahlers, Jens Feddersen und Jürgen Reiss befragt. Nachdem Dehlers These, das neue Sowjetmemorandum enthalte die Bereitschaft Moskaus, „Schritt für Schritt ... die deutsche Frage zu behandeln“, von den Journalisten bezweifelt worden war, erklärte Dehler, damit zugleich ein Wort des sowjetischen Botschafters Smirnow bestätigend: „Seit dreißig Jahren führt Deutschland den Krieg – heißen und kalten Krieg – gegen Rußland. Das ist doch die Tatsache.“

⁷ Nachfolger Krolls wurde im Oktober 1962 Horst Groepper.

schen Beziehungen sowie die Anerkennung der Zweiteilung Deutschlands durch Bonn zur Voraussetzung.

Freitag, den 16. März 1962

Hitzig ging es heute im Bundesvorstand bei der Debatte über Dehlers Fernsehauftritt zu. Das stand zwar nicht auf der Tagesordnung, und sogar Mende hatte in seinem Einleitungsbericht darauf verzichtet, diesen Vorfall anzuschneiden. Aber auf Haußmanns Verlangen wurde dann doch des langen und breiten darüber diskutiert. Döring, der sich zunächst von Dehlers Thesen distanzierte, wies auf dessen erfolgte „Klarstellung“ in der Presse hin, so daß „die Sache jetzt an sich erledigt“ sei. Zumal die CDU auf ihre Forderung nach einem Rücktritt D.s als Bundestagsvizepräsident nicht zurückkommen werde. – Nun aber kam Mende auf das Telegramm Dehlers an Kiesinger zu sprechen und goß damit neues Öl ins Feuer⁸. Mende: „Dieses Telegramm hat eine Härte, die ich in dieser Form für ungehörig halte.“ Als dann Haußmann auch noch Kiesinger verteidigte und berichtete, Baden-Württemberg habe K. gegenüber das Bedauern des Landesverbandes über Dehlers Attacke ausgesprochen, verlor Dehler seine Selbstbeherrschung. Er überschüttete Haußmann mit Vorwürfen und drohte, bei weiteren „Kränkungen“ die Sitzung zu verlassen. Leuze und von Berghes konnten den Erzürrten schließlich zum Bleiben überreden.

Morgen fliegt Mende mit Flach und Genscher in die USA. Er wird dort voraussichtlich auch Gelegenheit haben, mit Kennedy zusammenzutreffen. Da paßt ihm Dehlers außenpolitisch äußerst brisanter Fernsehbeitrag begreiflicherweise überhaupt nicht ins Konzept. Ich habe für Mendes Auftritte in Amerika ein Standard-Referat entworfen, das dazu beitragen soll, das schiefe Bild unserer Partei in den USA wieder etwas gerader zu rücken.

Zu Beginn der Woche brachte der „Rote Dienst“ der *DPA* eine interessante Analyse der Moskauer Berlin- und Deutschlandpolitik, die in etwa das bestätigt, was mir auch Schtscherbakow dieser Tage sagte. Die Analyse läßt auch den vom *Observer* im vergangenen Monat veröffentlichten angeblichen Berlin- und Deutschlandplan Moskaus in neuem Licht er-

⁸ Nach einem Bericht der *Stuttgarter Nachrichten* vom 19.3.1962 hatte Ministerpräsident Kiesinger am 14.3. vor der Landespressekonferenz die Äußerungen Dehlers im Fernsehen als ein „nationales Unglück“ gewertet und hinzugefügt, Dehler habe sich damit selbst disqualifiziert. Dehler wies diese Kritik in einem Telegramm als „ungerechten und unritterlichen Angriff“ zurück und betonte, er habe dem Volk und der deutschen freiheitlichen Demokratie ein Leben lang nach Kräften gedient, „auch in einer Zeit, in der Sie sich auf die Seite der Todfeinde der Freiheit und unserer Nation gestellt hatten.“

scheinen. Wäre es nicht an der Zeit, diese Signale auf ihre politische Substanz hin einmal gründlich zu prüfen?⁹

Montag, den 19. März 1962

Mende hat am Samstag, kurz vor seinem Abflug in die USA, Dehler noch schnell als Außenseiter der Partei abqualifiziert. Dieser Angriff hat D. wiederum zu der zweifellos unzutreffenden Feststellung veranlaßt, die Fraktion habe seine Fernseh-Aussagen gebilligt. Schwere Tage für Pressefunktionäre dieser Partei!¹⁰

Angesprochen auf eine mögliche Wiedervereinigung erwiderte Faix in einem Gespräch heute: natürlich seien Fortschritte auf diesem Wege nicht zu erwarten, solange Adenauer und „vielleicht auch Ulbricht“ regierten. Der Weg zur Einheit gehe nur über die Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands und über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Bevor ich Faix in meinem Büro empfing, begann ich mit einer schriftlichen Fixierung meiner Gedanken zur Deutschlandpolitik der FDP. Es wird eine umfänglichere Bestandsaufnahme und Analyse mit Optionen. Das Papier soll bis spätestens Ende dieses Monats fertig sein.¹¹

⁹ „Moskauer Berlin- und Deutschlandpolitik“ im „Roten Dienst“ der DPA vom 12.3.1962, Nr. 255. Darin hieß es u. a.: „Ein Hauptgedanke Chruschtschows in seinem Bestreben nach einem zweiseitigen Gespräch mit der Bundesrepublik ist die Dauerhaftigkeit einer Lösung, die nicht dadurch gegeben erscheint, daß den Deutschen über ihren Kopf hinweg alliierte Lösungen aufgezwungen werden ... Für politische Beobachter in Moskau scheint es auf der Hand zu liegen, daß Möglichkeiten, die sich unter dem Stichwort ‚Annäherung beider Teile Deutschlands‘ zusammenfassen ließen, von den Sowjets aufgegriffen würden.“ Dieser vom Moskauer DPA-Korrespondenten Igor Witsinos verfaßte und der Bundestagsfraktion sowie den Mitgliedern des Außenpolitischen Arbeitskreises vom Verfasser zugeleitete Bericht gab den letzten Anstoß für die erste Deutschlandstudie vom März 1962.

Am 25.2.1962 veröffentlichte die britische Zeitung *Observer* einen angeblichen Berlin- und Deutschlandplan Moskaus, in dem für eine Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands durch Bonn u. a. die Abberufung Ulbrichts, eine Liberalisierung des politischen Systems in der DDR sowie die teilweise Wiederherstellung der Freizügigkeit in Deutschland und Berlin angeboten wurde.

¹⁰ Mende erklärte am 17.3. auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt, Dehler sei nach Art. 38 des Grundgesetzes nur seinem eigenen Gewissen verantwortlich, jedoch weder Sprecher der Fraktion noch eines Arbeitskreises der FDP; er trage für seine Äußerungen ausschließlich die persönliche Verantwortung. In einem Zeitungsinterview erklärte Dehler: „Die FDP-Fraktion hat meine Ausführungen über die sterile deutsche Außenpolitik, die ich vor der Fernsehkamera gemacht habe, gebilligt“. (Beide Zitate aus *Die Zeit* vom 19.3.1962)

¹¹ „Gedanken zur Deutschlandpolitik der Freien Demokraten“, 19 Seiten, datiert vom 21.3.1962 („abgeschlossen am 22. März 1962“). Dieser erste Entwurf war auf einem Zehnerblock geschrieben und diente als Unterlage für die Klausurtagung am 9.4. Die Gedankenskizze wurde später überarbeitet und Mitte Juni 1962 unter dem Titel „Verklammerungen und Wiedervereinigung – Denkschrift zur deutschen Frage“

Donnerstag, den 22. März 1962

Am späten Abend des Mittwoch eine recht unbefriedigende Arbeitskreissitzung. Rauch referierte wenig differenziert über das Thema „Aktualisierung des Deutschland-Plans der FDP“¹². Im Grunde ein Festhalten an der alten Linie des Winters 1958/59, nur ein paar kosmetische Korrekturen. Und dann auch noch die verblüffende Feststellung, dieser Plan habe reale Chancen, von der Sowjetunion akzeptiert zu werden. Ist das etwa auch die Meinung des Auswärtigen Amtes? Auch in der anschließenden Diskussion keine neuen Gedanken, die veränderte Lage wird nicht zur Kenntnis genommen.

Heute nachmittag meine Arbeit am Deutschlandpapier beendet. Ich werde morgen das Elaborat erst einmal Mende zuleiten, der mag entscheiden, was damit weiter geschehen soll. Aus den USA hört man noch nicht viel über die Gespräche des Vorsitzenden, nur ganz kurze Berichte über seine Begegnung mit Kennedy. Dafür schmückte gestern den *General-Anzeiger* ein dreispaltiges Foto des Präsidenten und seines deutschen Gastes. Es soll ein „sehr gutes Gespräch“ (Mende) gewesen sein.

Montag, den 26. März 1962

Gestern abend erlebte das deutsche Fernsehpublikum ein seltenes Schauspiel: die Versöhnung zweier arg zerstrittener Politiker vor der Fernsehkamera. Unter behutsamer Moderation von Eugen Kogon machten sich Dehler und Kiesinger gegenseitig – sichtlich gerührt – Komplimente. Die Initiative zu dieser spektakulären Aussöhnung hatte D. ergriffen.

Ärgern wird sich Mende über das Echo, das seine Reise bisher bei den Sozialdemokraten gehabt hat. Der SPD-Pressedienst hat ihn am vergangenen Mittwoch gehörig angepinkelt. Daraufhin hat Moersch diese Rüpeleien im Pressedienst gleich zweimal zurückgewiesen. Nach allem, was bisher aus den USA zu erfahren war, ist diese Kritik auch keineswegs berechtigt. Mende scheint drüben „gut angekommen“ zu sein, so berichten jedenfalls die Washingtoner Korrespondenten deutscher Zeitungen. Das paßt offenbar der Opposition nicht in den Kram.¹³

Inzwischen sind in Genf die Verhandlungen über die Einstellung von

Fortsetzung Fußnote von Seite 44

in 50 nummerierten Exemplaren einzelnen Parteimitgliedern, später auch einigen Diplomaten als persönliches Papier des Verfassers zur Verfügung gestellt.

¹² Ruprecht Rauch kam in seinem Referat vor dem Arbeitskreis zu dem Schluß, der alte Deutschlandplan der FDP sei „inhaltlich noch voll anwendbar, aber in der Form revisionsbedürftig“. Dem widersprach im Arbeitskreis niemand.

¹³ Der SPD-Pressedienst hatte am 21.3. behauptet, Mende sei in den USA ausgelacht worden, als er die großartige Verhandlungstaktik Adenauers lobte. Brentano sei ausersehen, seine guten Beziehungen in den USA einzusetzen, um den verheerenden Eindruck zu beseitigen, der durch die Reisen Mendes entstanden sei („SPD: Mende wurde ausgelacht“ in *Düsseldorfer Nachrichten* vom 22.3.1962).

Kernwaffenversuchen gescheitert – offensichtlich an der Weigerung Moskaus, internationale Kontrollen zuzulassen. Auch die am Rande der Konferenz geführten Berlin-Gespräche haben nicht weitergeführt. Diese Gelegenheit hat Ulbricht zu einem neuerlichen wenig originellen Vorstoß in der Berlin- und Deutschlandfrage genutzt. Auch da bewegt sich noch immer nichts, genau so wie bei uns.

Donnerstag, den 5. April 1962

Poljanows Artikel in der *Iswestija*¹⁴ gab heute beim Mittagessen mit Schtscherbakow reichlichen Gesprächsstoff. Meine Bemerkungen über die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Zone mißverstand der Diplomat als Aufforderung an die Sowjetunion, der DDR materielle Hilfe zukommen zu lassen. Die Sowjetunion sei nicht in der Lage, ihrem deutschen Staat die gleiche Hilfe zu leisten, die seinerzeit die USA der Bundesrepublik zukommen ließ. Als ich entgegnete, ich meine die politischen, nicht die materiellen Verhältnisse in der Zone, erklärte Schtscherbakow ausweichend, im Frühstadium einer revolutionären Entwicklung seien bestimmte politische Erscheinungsformen unvermeidlich. Doch ließ er vorsichtig durchblicken, daß die gegenwärtigen politischen Verhältnisse im Ulbricht-Staat nicht unveränderbar seien. Ich warnte meinen sowjetischen Gesprächspartner davor, den Faktor Stalinismus in der DDR bei den deutsch-sowjetischen Verhandlungen zu unterschätzen, d.h. zu glauben, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion trotz der Ulbrichtschen Politik verbessert werden könnten. Schtscherbakow lakonisch: es sei sicherlich gut, harte Wahrheiten auszusprechen.

Sonntag, den 8. April 1962

Am Abend ein Anruf von Gentner: Mende bitte mich für Montag zur Klausurtagung des Fraktionsvorstandes. Ich solle dort mein Deutschlandpapier vortragen! Das hätte ich Mende gar nicht zugetraut. Wie aber werden wohl die hohen Herren auf meine häretischen Überlegungen reagieren?

Montag, den 9. April 1962

Mit zwiespältigen Gefühlen von der Klausurtagung zurück. Mein morgendlicher Auftritt vor dem Fraktionsvorstand brachte keine Klarheit, ob und wie weit die Fraktionsführung überhaupt bereit ist, meinen Gedankengängen zu folgen. Kühlmann, der als erster nach meinem Vortrag das

¹⁴ Nikolaj Poljanow: „Der Wahrheit ins Gesicht“ in *Iswestija* vom 30.3.1962. Darin hatte der Verfasser scharf gegen die Tendenz in der Bundesrepublik polemisiert, die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau von den politischen Zuständen in der DDR abhängig zu machen.

Wort ergriff, stellte nur Fragen. Dehler bekannte, was ich vorgetragen habe, gehe „an den Nerv“. Er habe ernste verfassungsrechtliche Bedenken gegen mein Konzept. Diese hatte auch Mende, stimmte jedoch darüber hinaus meinen Überlegungen „im Prinzip“ zu. Aber: natürlich könne man nicht „deutlich werden lassen, was Schollwer gesagt habe“.

Danach Döring. Erst eine kurze Lageanalyse aus seiner Sicht (niemand im Westen hält eine Wiedervereinigung für möglich – was in Berlin gegenwärtig geschehe, sei eine Kapitulation in Raten). Dann: eine Wiedervereinigung sei heute überhaupt nur noch über eine Konföderation möglich. Was in der Verfassung stehe, interessiere um uns herum im Grunde keinen Menschen. Er schlage eine gemeinsame Analyse der Lage mit dem Koalitionspartner vor. Darüber hinaus müsse die FDP versuchen, in der Bundesrepublik ein größerer Machtfaktor zu werden. Bis dahin sei es zweckmäßig, an unserer alten „Schachteltheorie“ (Deutschlandplan von 1959) festzuhalten. – Also Verschieben der Diskussion?

Nun erging sich Scheel in längeren Betrachtungen über den Stand der Europa-Politik und legte dabei ein klares Bekenntnis zur Westintegration ab. Im übrigen sei es abwegig, Politik auf eine Verfassung „im Jahre X“ hin zu machen. Wichtig sei, daß man vor zweiseitigen Gesprächen mit Moskau erst einmal selbst wisse, was man eigentlich wolle. Nachdem sich Dehler – wie immer temperamentvoll – gegen Scheels Plädoyer für eine Europa-Politik gewandt hatte („Es ist eine Illusion zu glauben, daß die Europa-Politik für die Wiedervereinigung günstig sein könne“), bekräftigte Flach die Notwendigkeit dieser Diskussion, weil sich CDU und SPD „in einem Zustand des geistigen Verfalls“ befänden und wir seit dem vergangenen Herbst Mitglied einer CDU-Regierung („mitgefangen – mitgehangen“) seien. Zur Verklammerung der beiden Teile Deutschlands sprach sich Flach für einen „gesamtdeutschen Zweckverband“ aus und lehnte – aus völkerrechtlichen Gründen – eine Konföderation ab. – Dann begab man sich zu Tisch. Am Nachmittag wurde über Organisationsfragen gesprochen.

Mendes Verhalten und seinem Auftrag, den abwesenden Vorstandsmitgliedern bzw. Ministern ein Exemplar meiner Studie (streng vertraulich – persönlich) zuzuleiten, entnehme ich, daß mit dieser Runde die Diskussion über mein Deutschlandpapier noch nicht beendet ist. Das wäre mehr, als ich zu hoffen wagte.¹⁵

¹⁵ An der Vormittagssitzung nahmen teil: Der Fraktionsvorsitzende Mende, die stellv. Vorsitzenden Bucher, Döring und von Kühlmann-Stumm, die Parlamentarischen Geschäftsführer Zoglmann und Dürr, Dr. Dehler als Bundestagsvizepräsident sowie die Bundesminister Lenz und Scheel. Außerdem die Mitarbeiter von Partei und Fraktion: Brodesser, Flach, Genscher, Gentner und Schollwer.

Die FDP-Bundesminister Mischnick, Stammberger und Starke, die an der Klausurtagung nicht teilnehmen konnten, erhielten mit Schreiben vom 10.4.1962 je ein Exemplar der Urfassung der Deutschlandstudie des Verf. Am gleichen Tage übr-

Freitag, den 13. April 1962

Am Nachmittag gab Mende vor dem Bundesvorstand einen ausführlichen Bericht über seine Amerika-Reise. Die USA richte sich auf Erhaltung des Status quo ein, denn die Wiedervereinigung sei für Washington keine in überschaubarer Zeit lösbare Frage. Man bemühe sich jedoch um neue vertragliche Grundlagen für Berlin und um eine Stärkung Europas. Die Amerikaner seien dabei, den Sowjets Vorschläge für eine Internationalisierung der Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Berlin zu machen. Dabei müßten freilich die originären Rechte der Westmächte unberührt bleiben. Danach machte Mende einige Bemerkungen, die wohl nicht nur mich aufhorchen ließen: Nach amerikanischen Vorstellungen sollten in einer internationalen Behörde auch DDR-Vertreter sitzen. Für die USA sei sogar die de-facto-Anerkennung der DDR entschieden im Sinne „der Notwendigkeit der Hinnahme dieses Faktums“, wie Mende sich ausdrückte. In Washington habe man sich auch mit einem separaten Friedensvertrag zwischen Pankow und Moskau abgefunden. Auf der anderen Seite sei Amerika bereit zu einer ständigen Deutschlandkonferenz der Vier Mächte, mit drei Kommissionen im Botschafterrang. Weder im State Department noch im Pentagon denke man daran, amerikanische Positionen in Europa aufzugeben, auch nicht um den Preis einer Wiedervereinigung Deutschlands. In den USA gebe es indessen auch keine Mehrheit für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Man sei vielmehr sogar bereit, sich gegenüber Moskau zu verpflichten, den Deutschen keine Atomwaffen zu geben.

Leider machte M. keine näheren Angaben darüber, welcher seiner amerikanischen Gesprächspartner was gesagt hatte. Dennoch sind seine Ausführungen für mich eine unerwartete Bestätigung dessen, was ich jüngst dem Fraktionsvorstand als notwendige Konsequenz der sich verändernden weltpolitischen Lage vortrug.

Vor Beginn der Tagung rief mich Döring zu sich, um mir Anerkennen- des über meine Studie zu sagen und seine völlige Übereinstimmung mit meinen Auffassungen kundzutun. Während der Aussprache über Mendes Lagebericht äußerte sich D. dahingehend, daß nach einem Scheitern neuer Deutschlandverhandlungen eine neue Wiedervereinigungspolitik notwendig werden könnte; dabei schaute Döring Zustimmung heischend zu mir herüber. Ähnlich argumentierte auch Mende.

Nachdem die Abberufung General Clays aus Berlin die veröffentlichte Meinung in der vergangenen Woche bereits mächtig bewegt hatte, geriet die Presse am Wochenende völlig aus dem Häuschen. Was Mende noch

Fortsetzung Fußnote von Seite 47

gens auch Döring mit der Bitte, die Studie nach Einsichtnahme „an die anderen Herren des Fraktionsvorstandes weiterzureichen“. Auf Wunsch Mendes war das Papier während der Klausurtagung an die Teilnehmer nicht verteilt worden.

am Freitag dem Vorstand vertraulich mitteilte, formt sich jetzt zur offiziellen Planung Washingtons für Berlin, durch eine Indiskretion in die deutsche Presse lanciert. Da ist alles wieder da: eine internationale Kontrollbehörde für den Berlinverkehr, Kommissionen aus Vertretern der Bundesrepublik und der DDR, Garantie des Status quo in Mitteleuropa und keine Weitergabe von Atomwaffen an die Bundesrepublik. Die amerikanische Regierung soll wütend sein auf Bonn, weil es diese Pläne ausplauderte. Bonn bestreitet indessen energisch, daß diese Indiskretionen von Regierungsseite in der Bundeshauptstadt kommen.

In der FDP herrscht die Ansicht vor, daß die bekanntgewordenen amerikanischen Vorschläge weitgehend den Erfordernissen der Lage entsprechen und zu den deutschen Interessen nicht im Widerspruch stehen. Um so schlimmer, daß exponierte Persönlichkeiten in der Bundesrepublik offenbar daran interessiert waren, einen konstruktiven Beitrag des Westens zur Deutschlandpolitik durch vorzeitige Bekanntgabe zum Scheitern zu bringen.

Mittwoch, den 25. April 1962

Während in Moskau und Washington verhaltener Optimismus hinsichtlich der weiteren Behandlung der Berlin-Frage laut wird, gerät Ostberlin bei dem Gedanken an eine Ost-West-Einigung über Berlin mehr und mehr in Panik. Insbesondere die von Washington in Erwägung gezogene Kontrollbehörde zur Überwachung der Zugangswege läßt die Funktionäre drüben ihre Fassung verlieren. Diese Idee wird von der SED in Grund und Boden verdammt und die Bundesrepublik wieder einmal mit Beschimpfungen überschüttet, hinter denen sich m. E. nackte Angst vor Lösungen zulasten des Ulbricht-Staates nur mühsam verbirgt.

In der Bundesregierung werden alle Gerüchte über dramatische Entwicklungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen nachdrücklich dementiert. Doch ist das Schweigen der Regierung zu Meldungen auffällig, Bonn habe sich gegen die Vorstellung Washingtons gewandt, eine solche Kontrollbehörde mit Beteiligung der Bundesrepublik und des Zonenregimes zu errichten. Auch ist die Rolle Friedensburgs bei seiner Reise nach Washington nicht ganz klar: Emissär des Kanzlers zur Abwehr der amerikanischen Berlin-Pläne oder Eigeninitiative mit gleicher Zielsetzung¹⁶? So scheint denn die FDP – neben einigen Sozialdemokraten – die einzige Gruppierung in ganz Deutschland zu sein, die den gegenwärtigen Bemühungen Washingtons zur Beilegung der Berlin-Krise Sympathien entgegenbringt.

¹⁶ Ferdinand Friedensburg, Bundestagsabgeordneter der CDU, hatte vor der Presse erklärt, er sei auf Bitten Adenauers nach Washington gereist, um dort die deutsche Kritik an der zu milden Reaktion der USA auf den Mauerbau zu überbringen (*General-Anzeiger* vom 25.4.1962).

Mittwoch, den 2. Mai 1962

Begrüßung eines neuen Kollegen in unserer Pressestelle und Abschied von Flach. F. beendet seine Tätigkeit offiziell erst in zwölf Tagen, doch wird er bis dahin nicht mehr amtieren. Von seiner neuen Tätigkeit als innenpolitischer Ressortchef bei der *Frankfurter Rundschau* versprechen wir uns viel – wir haben so wenig zuverlässige Freunde bei der Presse. Am Samstag wird der Bundesvorstand erneut über das Thema „neuer Bundesgeschäftsführer“ zu beraten haben, es ist bereits der dritte Anlauf. Da müßte es nun eigentlich klappen.

Samstag, den 5. Mai 1962

In Bonn herrscht jetzt spürbare Erleichterung, nachdem Schröder nach einem zweistündigen Gespräch mit Rusk hat mitteilen können, die USA würden keinen der bereits in der Öffentlichkeit erörterten Vorschläge den Sowjets unterbreiten, ohne zuvor die Zustimmung der Bundesregierung gefunden zu haben¹⁷. So sehr man die Genugtuung unserer Regierung über dieses Gesprächsergebnis verstehen kann, so unbestreitbar ist andererseits die beklagenswerte Tatsache, daß die Meinungen im westlichen Lager über die richtige Strategie und Taktik in der Berlin- und Deutschlandpolitik noch weit auseinanderklaffen.

Mittwoch, den 9. Mai 1962

Am Morgen zum Lehrgang nach Rengsdorf. Wieder sehr sachliche Diskussionen über die Deutschland- und Berlinpolitik. Meine positive Beurteilung der amerikanischen Berlin-Politik fand Zustimmung.

Am Sonntag kam es auf dem Landesparteitag der DPS/FDP in Saarbrücken in Anwesenheit Mendes zu teilweise tumultuarischen Szenen. Die Saardemokraten reagierten empfindlich auf den Hinweis eines Delegierten, die FDP sei 1961 im Bundestagswahlkampf durch Horten finanziert worden. Damit schien für unsere Parteifreunde erwiesen, daß der „Umfall“ Mendes in der Kanzlerfrage mit diesem Finanzgeschäft zusammenhängt. M. hatte Mühe, die Parteifreunde durch ein – teilweises – Offenlegen der Wahlgelder und die Bemerkung zu beruhigen, Horten habe nur „einen Bruchteil“ dessen gespendet, was der Landesverband von der Bundespartei für diesen Wahlkampf bekommen habe¹⁸.

¹⁷ Am 3.5. hatten Schröder und Dean Rusk sich am Rande der NATO-Ministerkonferenz in Athen getroffen (ADG 1962, S. 9846).

¹⁸ Vgl. Rundschreiben des Parteivorsitzenden Nr. BV 68/62 vom 9.5.1962. Bei dem Delegierten, der den „Fall Horten“ in die Diskussion warf, handelte es sich lt. o.a. Rundschreiben um einen Rechtsanwalt, der gleichzeitig Sozius in der Anwaltspraxis von Heinrich Schneider war.

Sonntag, den 13. Mai 1962

Drei Tage Berlin. Am Vorabend des Landesparteitages eine Veranstaltung der LDP-Flüchtlinge am Fehrbelliner Platz. Mein Referat über das Berlin-Problem im Sinne der jüngsten fdk-Veröffentlichungen schien Hucklenbroich in seinen nachfolgenden Ausführungen zu noch heftigeren Attacken gegen die westliche Berlin-Politik inspiriert zu haben. Er drosch in einer Weise auf die Amerikaner ein, daß einem angst und bange werden konnte. Die Berliner haben sich vom Mauerschock noch längst nicht erholt und seit dem 13. August ein wenig den Blick für politische Proportionen verloren. Die LDP-Freunde waren von dieser forschen Rede jedoch offensichtlich angetan. Wenn die wüßten, was der Vorredner inzwischen konzipierte, und was der Arbeitskreis morgen abend beraten soll ...

Wohlthuend sachlich dagegen die Rede Hoppes am Samstag auf dem Parteitag im „Haus der Kaufleute“. Am Schluß seiner etwa halbstündigen Ausführungen auch einige Bemerkungen zur Koalitions politik der FDP, die aufhorchen ließen. Auch das ist Berlin!¹⁹

Mittwoch, den 16. Mai 1962

Die erste außenpolitische Aussprache der Fraktion seit der Bundestagswahl machte eine gewisse Ratlosigkeit und Verwirrung angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Berlin- und Deutschlandpolitik deutlich. Während der etwa zweieinhalbstündigen Debatte gestern abend schälte sich noch kein brauchbares Konzept für die Bewältigung aktueller Probleme heraus. Weder Kohuts Zwischenruf „Wir brauchen ein neues Rapallo!“ wie von Mühlens ebenso unzutreffende wie banale Feststellung über das Ergebnis der vorangegangenen Arbeitskreissitzung: „Wir sind übereingekommen, daß das oberste Ziel die Wiedervereinigung ist“ konnten jene beruhigen, die wie Rieger zu der Erkenntnis gelangt sind, daß wir jetzt „auf den Trümmern einer zwölfjährigen falschen Außenpolitik“ stehen.

Doch gab es auch nüchterne, realistische Diskussionsbeiträge: Bucher zum Beispiel und Scheel, vor allem aber Mende trugen mit ihren Äußerungen dazu bei, verwirrte Parteifreunde wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen. Der Parteivorsitzende war gestern gut in Form. Seine desillusionierenden Bemerkungen zur Deutschlandpolitik lassen hoffen, daß die Diskussion über mein Deutschlandpapier trotz der unglücklichen Arbeitskreissitzung vorgestern doch noch nicht beendet ist.

¹⁹ Hoppe erklärte wörtlich: „Wenn wir uns zum Dreiparteien-System bekennen, so müssen wir auch gleichzeitig anerkennen, daß es auf die Dauer nur dann lebensfähig ist, wenn alle drei Parteien unabhängig und nach allen Seiten hin koalitionsfähig sind. Gerade die Freien Demokraten dürfen sich die Bewegungsfähigkeit nicht rauben lassen oder gar durch einseitige Festlegungen selbst verbauen. Die Freiheit des Entschlusses bei der Bildung politischer Zweckgemeinschaften auf Zeit schließt auf der anderen Seite die unbedingte Loyalität zu dem gewählten Koalitionspartner ein.“

Denn als ich am späten Montagabend das Bundeshaus verließ, schien der Vorstoß für neue deutschlandpolitische Überlegungen bereits gescheitert. Mein Einleitungsreferat vor dem Arbeitskreis über die Deutschland- und Europapolitik hatte im wesentlichen nur eine Konsequenz: einen wilden Zornesausbruch Dehlers, der mich minutenlang mit Vorwürfen und Anklagen geradezu überschüttete. Kleinmut, Übernahme der Außenpolitik Adenauers – das waren noch die mildesten Charakterisierungen meiner Ausführungen. Während Herr von Mühlen Dehler sofort „hundertprozentig“ zustimmte und empfahl, meine „Resignationsthesen“ (sic!) nicht zu diskutieren, nahmen mich Bucher, Starke, Lüders und Sonnenhol gegen die Beschuldigungen Dehlers in Schutz. Dörings Haltung blieb undurchsichtig, auch gestern in der Fraktion. Er taktiert und laviert „zwischen den Fronten“, vielleicht, weil er meine Chancen – wohl zu Recht – sehr gering einschätzt. Gestern während der Fraktionssitzung lobten Kreitmeyer, Borm und Supf unter vier Augen meinen Vortrag im Arbeitskreis, nicht ohne jedoch zugleich ernste Zweifel an der Verwirklichung meiner Vorstellungen sowie deren Nutzen für die Partei anzumelden²⁰.

Zu Beginn der Fraktionssitzung hatte Mende über sein Gespräch mit Adenauer am 11. Mai berichtet. Dabei sprach man auch über die in der CDU erkennbaren Bestrebungen, eine Allparteienregierung zu bilden. Adenauer soll sich zu diesen Plänen sehr drastisch geäußert und Mende versichert haben, er sei in dieser Frage „Verbündeter der FDP“. A., der übrigens die Koalitionszusammenarbeit recht positiv bewerte, wolle mit der FDP demnächst die Neuorganisation des Bundespresseamts besprechen. Dafür aber dürfte es nun nach dem Weggang Flachs eigentlich schon zu spät sein. Oder glaubt Mende, daß bei der bevorstehenden Wachablösung an der Spitze des Amtes für uns noch etwas „drin“ ist²¹?

Freitag, den 18. Mai 1962

Am späteren Abend zu Sonnenhol in dessen Godesberger Wohnung. Wir erörtern das von der Fraktion beschlossene Berlin-Papier – völlige Übereinstimmung im Grundsätzlichen. Übers Wochenende werde ich einen Vorentwurf fertigen²².

²⁰ Döring behauptete zwar, weitgehend mit der Lagebeurteilung übereinzustimmen, fügte jedoch hinzu: „Hat sich eine politische Entwicklung ergeben, die uns zwingt, unsere bisherige außenpolitische Linie zu verlassen? Ich möchte diese Frage verneinen“. D. forderte, den Gedanken einer Deutschlandkonferenz der vier Mächte „erneut zu forcieren“. Damit hatte er sich – zumindest taktisch – auf die Position Dehlers begeben.

²¹ Mende teilte in diesem Zusammenhang mit, daß der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, von Hase, als Nachfolger Felix von Eckardts in der Leitung des BPA vorgesehen sei und sein Amt am 1.7. antreten werde.

²² Die FDP-Bundestagsfraktion hatte am 15.5. nach ihrer außenpolitischen Debatte die Bildung eines kleinen Gremiums beschlossen, dem Scheel, Sonnenhol,

Samstag, den 19. Mai 1962

Flach hat heute in der *Rundschau* seinen ersten Artikel veröffentlicht, er heißt „Kanzlerdämmerung“. F. beschreibt Adenauers Spätphase so, wie es nur ein unabhängiger Journalist tun darf, ohne Floskeln, Verzierungen und parteitaktische Rücksichtnahme. Der Schlußabsatz enthält eine deutliche Warnung an die eigene Partei. Mende wird es bald bereuen, Flach nicht im BPA untergebracht zu haben.

Das Berlin-Memorandum ist geschrieben. Nach dem Parteitag werde ich es auf den Weg bringen, damit es in dem kleinen, von der Fraktion beschlossenen Gremium beraten werden kann²³. Nach einer heute bekanntgewordenen Meinungsumfrage steht für die Bevölkerung der Bundesrepublik und Westberlins die Wiedervereinigung zwar eindeutig im Vordergrund aller Probleme, zugleich aber halten 63% der Befragten deren Aussichten für schlecht oder sehr schlecht. Erstaunlicherweise waren fast ebenso viele für direkte Beziehungen der Bundesregierung zur Zonenregierung. Das sollte eigentlich unseren Parteitaktikern zu denken geben und ihre panische Angst, das „Udenkbare“ zu denken, etwas mildern.

Freitag, 25. Mai 1962

Der 13. Bundesparteitag der FDP verlief ohne dramatische Höhepunkte, spannungsarm und auch ein bißchen langweilig. Die Partei wollte durch Geschlossenheit und Sachlichkeit verdrossene Wähler zurückgewinnen.

Mende insbesondere konnte mit dieser mehr einer Kundgebung als einem Parteitag ähnelnden Veranstaltung zufrieden sein. Das Ergebnis der Vorstandswahlen vom Donnerstag vormittag war für Mende überraschend günstig, wenn auch Lenz und Leverenz noch etwas besser abschnitten²⁴. Die freundlich aufgenommene Eröffnungsrede des Parteivor-

Fortsetzung Fußnote von Seite 52

Rauch und Schollwer angehören sollten und das u. a. die Aufgabe hatte, FDP-Vorschläge zur Berlinpolitik zu erarbeiten.

²³ „Vorentwurf für ein Memorandum der FDP zur Berlin-Frage“ (ohne Datum), 10 Seiten. Das Papier nimmt ausdrücklich bezug auf den von der US-Regierung am 8. 5. geäußerten Wunsch nach konkreten Gegen- und Ergänzungsvorschlägen zum amerikanischen Berlin-Plan. Es unterbreitet Ergänzungs- bzw. Abänderungsvorschläge zu folgenden Punkten: Zur Kompetenz und Zusammensetzung einer internationalen Zugangsbehörde; zur Idee des Austauschs von Nichtangriffserklärungen zwischen NATO und Warschauer Pakt; zur Nichtweitergabe von Atomwaffen an Drittländer. Zusätzlich schlug der Verf. eine „Wirtschaftshilfe für die Sowjetzone mit politischen Bedingungen“ sowie den Ausbau Gesamt-Berlins zur „Welthauptstadt der Wissenschaften“ vor. Am 1.6.1962 übersandte Schollwer je ein Exemplar dieses Entwurfs an Mende, Scheel, Sonnenhol und Rauch.

²⁴ Bei den Vorstandswahlen erhielt Mende 242 Stimmen bei 11 Nein-Stimmen und 25 Enthaltungen. Mendes Stellvertreter erzielten folgende Ergebnisse: Lenz 271:6:17, Leverenz 265:10:17 und Döring 242:13:30.

sitzenden war in ihren Rückblicken auf die Koalitionsverhandlungen etwas lang geraten, fand in ihrem außenpolitischen Teil dafür um so mehr meine Zustimmung: M. hatte meinen Entwurf ohne jede Kürzung übernommen. Die Schlagzeilen am Donnerstag drückten das aus, was mit diesem Teil der Rede beabsichtigt war: Vertrauen der FDP zu den USA in der Berlin-Politik, aber auch neue Wege in der Deutschlandpolitik (wenn auch zunächst nur vorsichtig angedeutet).

Nicht nur via Mende gelang es in Düsseldorf, neue Akzente in der Deutschland- und Außenpolitik zu setzen. Auch auf der Tagung des außenpolitischen Arbeitskreises am Donnerstag nachmittag waren Formulierungen zu hören, die hoffen lassen. Sonnenhol hatte Scheel in dessen Referat einige deutschlandpolitische Passagen hineingeschrieben, die mit meinem Deutschlandpapier durchaus harmonieren. Dafür schien mir anderes in dieser Rede eher fragwürdig zu sein, insbesondere Scheels so völlig vorbehaltloses Bekenntnis zur Westeuropa-Politik²⁵. Es wurde freilich von den meisten Parteifreunden beifällig aufgenommen. Achenbach hatte zur Sitzung eine elfseitige „außenpolitische Bestandsaufnahme“ vorgelegt, die nur einen einzigen konkreten Punkt enthielt: die Forderung nach neuen Viermächte- und Friedensverhandlungen.

Montag, den 4. Juni 1962

„Deutschland, Europa und die freie Welt“, so hieß das Referat, das Außenminister Schröder heute nachmittag in Dortmund hielt. Im Silbersaal der Westfalenhalle tagte der gleichnamige Arbeitskreis des 11. CDU-Bundesparteitages. Was Schröder etwa 200 Delegierten und Journalisten vortrug, war ganz akzeptabel: eine vernünftige (wenn auch nicht sehr tief-schürfende) Analyse der weltpolitischen Lage und vor allem gegen Ende der Rede einige Passagen zur Ostpolitik, die aufhorchen ließen²⁶. Während jedoch Gradl und Blumenfeld in die gleiche Kerbe hieben, gaben Marx, Guttenberg und vor allem Brentano ihrem Mißfallen an der politischen Tendenz dieser Rede deutlichen Ausdruck. Marx plädierte – unter Beifall – erneut für die von den Amis längst begrabene Roll-back-Politik; Guttenberg kritisierte indirekt den amerikanischen Berlin-Kurs und sprach sich für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus. Besonders lauten Beifall erhielt jedoch Schröders Vorgänger Heinrich von Brentano

²⁵ Vgl. ADL A 1–197, Bestand Bundesparteitag: Scheel leitete vor dem außenpolitischen Arbeitskreis des Parteitages einen Kurswechsel in der Europapolitik der FDP ein, die von der bis dahin skeptischen bis ablehnenden Einstellung zur eindeutigen Bejahung der westeuropäischen Integrationspolitik auf der Basis der römischen Verträge führte.

²⁶ Vom 2. bis 5.6. fand in Dortmund der 11. Bundesparteitag der CDU statt. In der von Schollwer erwähnten Passage hatte Schröder die Notwendigkeit der geistigen Auseinandersetzung und des kulturellen und wirtschaftlichen Austausches mit den Staaten Osteuropas betont.

für seine bestürzenden Tiraden gegen jegliche wirtschaftliche Beziehung zu Mitteldeutschland, solange dort die Kommunisten herrschen.

Freitag, den 8. Juni 1962

Die Frage eines Milliardenkredits für die Zone ist für mich nicht die Sanierung eines stalinistischen Regimes. Denn ein solcher Kredit müßte selbstverständlich mit politischen Auflagen verbunden sein, die der Sicherung des Friedens und der Stärkung der Freiheit in Deutschland dienen. Wenn das SED-Regime ein solches Geschäft ablehnt, so sind wir jedenfalls aus dem obligo. Die Haltung von Bundesregierung und CDU/CSU jedoch, solche Verhandlungen über einen von Ostberlin gewünschten Kredit von vornherein abzulehnen, zeugt nicht von einem klaren politischen Willen zur Änderung der Situation im geteilten Deutschland.

Mittwoch, den 13. Juni 1962

Die Forderung der Beamten nach höheren Gehältern hat in der Koalition einen Konflikt heraufbeschworen. Während Adenauer dazu neigt, den Wünschen von Beamtenbund und Gewerkschaften nach Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst zu Lasten anderer Haushaltspositionen nachzugeben, vertrat Starke mit der FDP bisher den m.E. gerechtfertigten Standpunkt, daß dieses Verfahren unakzeptabel und eine Tariferhöhung wegen der augenblicklichen Währungssituation vor dem 1. Januar 1963 nicht möglich sei. Gestern nachmittag hat nun die Fraktion gemeinsam mit dem Bundesvorstand stundenlang die prekäre Lage beraten – prekär für eine Partei, die auf Beamtenwähler angeblich angewiesen ist. Starke setzte sich, gemeinsam mit Döring, Bucher, Atzenroth u. a. noch einmal entschieden dafür ein, Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst zu diesem Zeitpunkt abzulehnen. Nur unser Beamten-Lobbyist Mießner plädierte für sechs Prozent. Jedoch Mende, der zuvor von Reinhold Maier „geimpft“ worden war, machte sich zusammen mit Achenbach und Zoglmann bereits für einen Kompromiß stark. Gegen neun Uhr am Abend gab es dann eine heftige Diskussion wegen der angeblich „weichen Haltung“ der Kabinettsmitglieder. Starke, wie üblich ständig im Sitzungssaal hin- und herlaufend, wies – gemeinsam mit Mende – diese Vorwürfe temperament- und ein-drucksvoll zurück. Mende: die FDP habe ein Gespräch mit Adenauer noch vor der Kabinetts-Sitzung verlangt, das nach einigem Zögern vom Kanzler auch für Mittwoch vormittag konzedierte worden sei. Adenauer habe Journalisten erzählt, das Kabinett sei sich in dieser Frage völlig einig und er – der Kanzler – habe sich auch bereits mit Starke abgestimmt.

Die Fraktion stellte abschließend für die heutigen Verhandlungen mit dem Kanzler fest, seit dem 15. März sei kein neues Argument hinzugekommen, das geeignet sei, die damals beschlossene Haltung im Koalitionsausschuß zur Frage der Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst zu

verändern. In einer Pressemitteilung der Fraktion ist dieser Standpunkt heute noch einmal vorsichtig bekräftigt worden mit dem Hinweis, daß die FDP-Minister bei dem Kabinettsbeschluß „der jetzt durch Streikdrohung im Öffentlichen Dienst erzwungenen Mehrausgaben“ überstimmt worden seien. Wer schaut da noch völlig durch? Ich nicht.²⁷

Freitag, den 15. Juni 1962

Dem Bundesvorstand berichtete Erich Mende vor Eintritt in die Tagesordnung heute nachmittag über sein Gespräch mit Smirnow am 4. d. M. Die Einladung zu diesem Gespräch erhielt Mende durch Wladimirow. Dieser habe erklärt, der Botschafter habe dem FDP-Vorsitzenden wichtige Mitteilungen zu machen, die dieser an Adenauer weiterleiten solle. Der Kanzler habe gegenwärtig keine Zeit und kein Interesse an einem solchen Gespräch. – Während des dreistündigen Mittagessens habe Smirnow erneut mit dem Abschluß eines Separatfriedensvertrages mit der „DDR“ gedroht, der nicht mehr lange hinausgeschoben werden soll.

Die Gespräche zwischen der Sowjetunion und den USA über Berlin hätten sich festgefahren. Moskau sehe in der Idee internationaler Zugangswege nach Berlin eine Kompromißlösung und lehne die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage ab. – M. sah sich zu diesem Bericht genötigt, weil *UPI* heute mittag mit einer Meldung über das Mende-Smirnow-Gespräch herausgekommen war.

Döring informierte den Vorstand über den Tarifikampf und die Streikdrohung im Öffentlichen Dienst. Die Entwicklung treibe nun auf eine Steuererhöhung zu. Döring: diese Regierung ist im Augenblick nicht stabil, sie schwankt permanent, weil der Kampf in der CDU um die Nachfolge Adenauers voll entbrannt ist. Es sei ein Kampf „aller gegen alle“. Die FDP sei jetzt „der einzige stabile Faktor in der Koalition überhaupt“, sie sei jedoch zugleich auch „Leidtragende dieser Entwicklung“. Diese Ansicht vertrat auch Hoppe: Es gebe nur noch Entscheidungen gegen die FDP. Allmählich bilde sich im Parlament faktisch eine Koalition CDU/SPD, um die Regierungsbildung nach Adenauer vorwegzunehmen. Die FDP jedoch lasse sich durch diese schwarz-rote Koalition erpressen: Während Leuze abwiegelte und behauptete, die Partei habe „an sich“ eine gute Position, ging Leverenz mit Starke scharf ins Gericht, rügte dessen „taktisches Ungeschick“ und seine Neigung, sich alle Tage nach vorn zu schieben und zuviel zu „tönen“. Doch ist es m. E. nicht ganz gerecht, Starke die

²⁷ Am 15.3.1962 hatte der Koalitionsausschuß den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, Besoldungserhöhungen auf 1963 zu verschieben. Im Mai hatte dann der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, eine Erhöhung der Beamtengehälter um 7,7% gefordert. Gegen die Stimmen der FDP-Minister hatte das Bundeskabinett am 13.6. eine sechsprozentige Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte im Öffentlichen Dienst beschlossen. Die von Schollwer erwähnte Presserklärung in fdk (T) Nr. 71/62.

Alleinschuld für die derzeitigen Fehler der FDP anzukreiden. Wir sind wohl insgesamt mal wieder ein wenig aus dem Tritt geraten.

Am Mittwoch, bei einem Essen mit Sweet im amerikanischen Club, lud mich der Professor offiziell zu einem Besuch der USA im Herbst ein.

Mittwoch, den 20. Juni 1962

Am Wochenende bei den Coburger Jungdemokraten. Ich referierte über Rapacki-Plan und Disengagement, danach sehr lebhaft und vorurteilsfreie Diskussion über die deutschen Probleme. Ähnliche Erfahrungen gestern in der Kölner Uni. Die Reaktion der Studenten, die sich Ost- und Westpreussen verbunden fühlen, war verblüffend positiv²⁸. Offenbar sind die (jungen) Menschen in unserem Lande sehr viel vernünftiger, als wir Politiker in Bonn ahnen.

Heute mittag Aufnahme einer Rundfunkdiskussion mit Gradl und Sännger über die sowjetisch-amerikanischen Berlin-Verhandlungen. Das Gespräch war etwas zäh, weil wir alle im Grunde einer Meinung waren. Aber Gradl ist halt nicht die CDU, insbesondere kein Adenauer.

Samstag, den 23. Juni 1962

Das schmachliche Ende des Fibag-Untersuchungsausschusses hat Rutschke zu einem vertraulichen Rundschreiben an die Fraktionsmitglieder veranlaßt. Darin wird die Fragwürdigkeit dieses Beschlusses detailliert nachgewiesen (Beweisaufnahme nicht abgeschlossen, keine Gegenüberstellung oder Vereidigung von Zeugen, Beweiswürdigung nur im engsten Kreis unter Ausschluß der anderen Ausschußmitglieder usw.). Leider hängt auch Dahlgrün mit drin²⁹. Nach unserer nicht gerade eindrucksvollen Vorstellung in der Tarifrfrage nun auch das noch. Wir kommen immer mehr ins Schlittern.

Dienstag, den 26. Juni 1962

Die Malaise der Koalition und das gegenwärtige Formtief der FDP waren gestern in der Bundestagsfraktion Gegenstand erregter Debatten. Die Ta-

²⁸ Vor der „Vereinigung Ostpreußischer Studenten“ und der „Gemeinschaft Danzig-Westpreußischer Studenten“ an der Universität zu Köln sprach Schollwer am 19.6. zum Thema „Die Politik der Wiedervereinigung Deutschlands – gestern und heute“. Auch in diesem Referat plädierte er für eine De-facto-Anerkennung der DDR.

²⁹ Dahlgrün hatte als ordentliches Mitglied des Ausschusses mit den CDU-Mitgliedern für die Einstellung der Arbeit gestimmt. D. war auch der Berichterstatter des Ausschusses. Zur Haltung Dahlgrüns und Rutschkes in dieser Affäre siehe *Der Spiegel* Nr. 27 vom 4.7.1962 („Bonn – Strauß – Kalt genießen“ und „So grün war mein Dahl“).

rifsituation im Bergbau bildete den Ausgangspunkt der Aussprache³⁰. Wiederum ist die CDU/CSU nicht bereit, den währungspolitischen Vorstellungen der FDP und ihres Finanzministers Starke auch nur einen Schritt entgegenzukommen. Erneut stehen wir vor der fatalen Alternative: nachgeben oder die Koalition verlassen. Einige Abgeordnete sprachen sich deutlich für die Beendigung der Koalition aus und geißelten das „dauernde Umfallen“ der FDP in Fragen der Währungsstabilität (Rutschke). Wenn wir das so weitermachten, werde bald kein Hund mehr ein Stück Brot von uns nehmen, meinte Mertes. Bucher stellte bitter fest, nach unserem „ersten Sündenfall“ (Öffentlicher Dienst) habe die Union erkannt, daß sie „das mit uns machen kann“. Wenn wir jetzt die Koalition nicht verließen, müßten wir uns überlegen, was wir künftig noch alles mitmachen wollten (ironische Zurufe: „Alles, alles!“). Als dann Dörinkel prophezeite, Starke werde schließlich auch noch Steuererhöhungen zustimmen, versuchten Lenz und Mende den Aufruhr mit der Beschwörung unseres traditionellen Schreckgespenstes zu ersticken: der „schwarz-roten Koalition“. Schließlich warnte auch Döring davor, jetzt aus dem Regierungsbündnis auszusteigen. Es werde dann eine Minderheitenregierung unter Adenauer geben, die einen Streik verhindern werde. So schluckte man schließlich seinen Zorn hinunter und beschloß, trotz allem weiterzumachen.

Donnerstag, den 28. Juni 1962

Am Vormittag hat die Fraktion ihren momentanen Schwächeanfall in der Fibag-Geschichte wieder gutgemacht. Ihr Antrag, den Dahlgrün-Bericht an den Untersuchungsausschuß zurückzuverweisen, ging mit zwei Stimmen Mehrheit gegen die Voten der Unionsabgeordneten durch. Damit ist die FDP rehabilitiert, Dahlgrün indessen blamiert. Vor allem aber haben wir uns den Zorn unseres ungeliebten Koalitionspartners zugezogen. So fragte mich denn auch heute Schtscherbakow beim Mittagessen interessiert, welche Folgen die heutige Bundestagssitzung wohl für die Koalition und Strauß haben werde. Wenn man das wüßte ...

Mich interessierte, von dem sowjetischen Diplomaten zu erfahren, ob Ulbrichts Erklärung vom Mittwoch als eine vorweggenommene Antwort der Sowjetunion auf die letzten Berlin-Noten des Westens zu betrachten

³⁰ Nachdem das Kabinett gegen die Stimmen der FDP-Minister einer Lohn- und Gehaltserhöhung im Öffentlichen Dienst zugestimmt hatte, verlangte nun auch die IG Bergbau höhere Löhne. In einer Urabstimmung beschloß die Gewerkschaft, ihren Forderungen durch den Beschluß, ab 27. 6. zu streiken, Nachdruck zu verleihen. Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen an Rhein und Ruhr beschloß Starke, 200 Mio. DM für eine „Rationalisierungshilfe“ an den Bergbau zur Verfügung zu stellen. Daraufhin zog die IG Bergbau ihre Streikdrohung zurück. (Siehe dazu: *Der Spiegel* Nr. 29 vom 18. 7. 1962: „Bonn – Koalition – Kleine Brötchen“).

seien³¹. Schtsch. bestätigte meine Vermutung indirekt. Seine Regierung werde Vier-Mächte-Verhandlungen über die Mauer vermutlich ablehnen und die Amerikaner direkt an Pankow verweisen. Im übrigen böte sich ja für die westlichen Außenminister demnächst in Genf Gelegenheit, über das Berlin-Problem zu sprechen. Die Sowjetregierung sei nach wie vor bereit, die Berlin-Frage zu lösen. –

Dehler bat mich, ihm Einblick in meinen Briefwechsel mit Rauch über die Berlin- und Deutschlandpolitik zu geben. Rauch hatte sich in einem längeren Schreiben kritisch zu meinem Berlin-Memorandum wie auch zum Deutschlandpapier geäußert. Seine Darlegungen offenbaren einen erschreckenden Mangel an Realitätssinn (z. B. seine Idee, heute noch EWG und NATO als Kaufpreis für eine Wiedervereinigung einsetzen zu können). Doch werden Dehler solche Illusionen gewiß mehr behagen als meine „resignierenden“ Gedanken über ein Minimal-Programm.

Montag, den 2. Juli 1962

Die Fibag-Abstimmung im Bundestag macht noch immer Furore. Insbesondere Strauß zeigt sich als miserabler Verlierer. Die Rückverweisung des Dahlgrün-Berichtes an den Untersuchungsausschuß ist für unseren Verteidigungsminister das Resultat einer vom Osten ferngesteuerten Diffamierungskampagne. Daß wir darauf noch nicht gekommen sind! Leider erwies sich inzwischen, daß die Haltung der FDP in der Fibag-Abstimmung doch nicht ganz so überzeugend war, wie es zunächst schien. Zehn Abgeordnete fehlten oder enthielten sich der Stimme³².

Spiegel-Affäre. Kuba-Krise. Koalitionsquerelen

Montag, den 9. Juli 1962

Am Sonntag erhielten wir in Nordrhein-Westfalen die Quittung für unsere tarifpolitischen Eiertänze während der letzten Wochen: Fünf Prozent unserer Wähler haben uns dort seit dem 17. September den Rücken gekehrt und sind offenbar zu den Sozialdemokraten übergelaufen³³. Diese Ansicht vertrat heute nachmittag auch Mende vor dem Bundesvorstand. Döring

³¹ Am 25.6. hatten die drei Westmächte der Sowjetunion Viermächte-Verhandlungen der Stadtkommandanten zur Verhinderung weiterer Schießereien an der Mauer vorgeschlagen (ADG, S. 9, 944f.).

³² Die FDP-Minister Mischnick, Starke und Scheel waren der Abstimmung ebenso ferngeblieben wie ein großer Teil der FDP-Abgeordneten. Lenz und Stammberger stimmten für die Zurückweisung des Antrages.

³³ Bei den Landtagswahlen in NRW am 8.7.1962 erhielt die FDP 6,9% der Stimmen gegenüber 7,1 im Jahre 1958 und 11,8 bei der letzten Bundestagswahl. Die SPD bekam 43,3% (39,2; 37,3) und die CDU 46,4% (50,5; 47,6). Die CDU verlor ihre absolute Mehrheit und einigte sich am 12. Juli mit der FDP über eine Koalition unter Ministerpräsident Franz Meyers.

fügte hinzu, daß man uns wohl ebenso die Vorgänge um die Regierungsbildung im Herbst nicht vergessen habe („Haltungswechsel in der Kanzlerfrage“). Kritik übte D. allerdings auch an Mende, der durch sein *Bild*-Interview (die „dummen Wähler“) die Verdrossenheit des Wahlvolkes gegenüber der FDP noch verstärkt habe¹. Zudem müsse man sich fragen, ob eine kleine Partei wie die unsere eine solche Finanzpolitik machen könne, wie Starke sie praktiziere, ohne Rückschläge zu erleiden.

Dann unterhielt man sich über die Konsequenzen. Die Ansicht überwog, daß man zwar durch das Eindringen der SPD in bürgerliche Wählerschichten für Koalitionsverhandlungen künftig mehr Bewegungsfreiheit habe, dennoch in Düsseldorf wiederum eine bürgerliche Koalition anstreben sollte. Einige (z. B. Bucher und Kastenmeyer) plädierten für ernsthafte Überlegungen in Richtung auf eine SPD/FDP-Koalition an Rhein und Ruhr; auch Achenbach, der im übrigen wieder seine alte Platte mit der „Friedensinitiative“ spielte, scheint mit solchen Ideen zu liebäugeln. Doch solche Ansichten setzten sich im Vorstand nicht durch.

Dem schloß sich eine allgemeine Manöverkritik an der Koalition in Bonn an: sie war überwiegend negativ. Aufhänger war Adenauers Europa-Politik und des Kanzlers jüngste Paris-Reise². Mende äußerte sich verbittert über die CDU-Methode, ihre Nachfolge-Probleme „auf dem Rücken“ der FDP auszutragen. Er habe mit seiner öffentlichen Erklärung zur Koalitionssituation am Freitag erreichen wollen, daß CDU/CSU und FDP in nächster Zeit zu einer gemeinsamen Planung ihrer Regierungsarbeit kommen³. Entweder bekämen wir in den nächsten acht Tagen eine entsprechende klare Entscheidung der CDU oder die Koalition müsse aufgelöst werden. Mende: „Ich würde keinen Finger rühren, wie ich es noch 1961 getan habe; die Partei ist mir wichtiger als die Koalition“.

Starke unterstützte Mendes Absichten. Er klagte, die Regierung sei führerlos geworden, die CDU wisse nicht mehr, was sie wolle. Die „Diado-

¹ Sechs Wochen vor der Landtagswahl hatte sich Mende gegenüber der *Bild*-Zeitung wie folgt geäußert: „Wer die FDP nur gewählt hat, damit wir Adenauer abschießen, der hat dumm gewählt. Auf dumme Wähler verzichte ich gern“. (*Der Spiegel* Nr. 29 vom 18.7.1962: „Bonn – Koalition – Kleine Brötchen“).

² In der Sorge, Adenauer könne sich bei seiner Parisreise (3.–8.7.) allzusehr vor den Karren de Gaulles spannen lassen, besonders bei dessen Politik gegenüber Großbritannien und der NATO, hatte die FDP-Bundestagsfraktion am 29. Juni dem Kanzler einen Brief zugeleitet, in dem sie noch einmal ihren Standpunkt zu den genannten Problemen erläuterte. Vgl. fdk 13/51 vom 3.7.1962, W. Schollwer: „Rückenstärkung“.

³ Vor der Presse in Düsseldorf hatte Mende am 6.7. das Klima in der Bonner Koalition als „unerträglich“ bezeichnet und erklärt, die Bundesregierung befinde sich in einer schweren Koalitionskrise, in der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht mehr möglich sei. Er begründete seine Äußerungen u. a. mit dem Versuch des Ministerpräsidenten Meyers, Minister Starke für einen Bergarbeiterstreik an der Ruhr verantwortlich zu machen, und der Erklärung Würmelings, die Kritiker von Strauß in der Fibag-Affäre seien „Bolschewistenknechte“.

chenkämpfe“ der Union würden durch den Finanzminister bezahlt. Bis zum September müsse ein Arbeitsprogramm fertig sein, damit der Haushalt aufgestellt werden könne. Neun Milliarden DM stünden an, die nicht bezahlt werden könnten; selbst 6 Milliarden wären nicht zu verkraften. Die FDP müsse entweder aus der Koalition heraus oder mit Härte einen festen Standpunkt vertreten.

Döring zeigte sich gleichfalls pessimistisch. Er habe große Sorge, daß die FDP ihren sozialpolitischen Kurs nicht durchhalten werde. Die Angst der CDU vor der SPD sei ungeheuer gewachsen. Sie werde darum versuchen, den Sozialdemokraten in der Sozialpolitik den Rang abzulaufen: „Entweder verrät die FDP ihre Wähler oder sie läuft von Gesetzentwurf zu Gesetzentwurf hinterher“. Diese Zerreißprobe, meinte D., hielten wir auf die Dauer nicht durch. Er warnte davor, mit großen Illusionen in das Mittwoch-Gespräch hineinzugehen⁴. Adenauer werde dort Versprechungen machen, und in vierzehn Tagen komme dann ein neuer Gesetzentwurf auf den Tisch mit Blick auf die bayerischen Wahlen. „Mit diesem Kanzler, der so operiert, sind keine Vereinbarungen möglich – er wird uns immer im Stich lassen. Das ist meine persönliche Überzeugung!“

Darauf Mende: jetzt sind wir an dem entscheidenden Punkt. Entweder nachgeben oder festbleiben – und dann zu einem ungünstigen Zeitpunkt ausscheiden. Es sei die Frage, ob wir von Monat zu Monat in eine neue Koalitionskrise stolpern werden. Er sage: lieber ein Ende mit Schrecken als eine latente Krise! – Doch auf diese dramatischen Sätze gingen die nachfolgenden Diskussionsteilnehmer nicht ein. Die Aussprache verflachte, man spürte die Unlust zu dramatischen Entscheidungen. So lenkte Mende schließlich selbst mit der Bemerkung ein, er denke nicht daran, die Koalition „leichtfertig aufzukündigen“. Das obliege im übrigen der Entscheidung des Hauptausschusses. Vielleicht wolle auch die CDU die Regierung umbilden. Und Döring fügte hinzu: wir sollten am Mittwoch ganz offen sagen, daß wir einem Kanzlerwechsel nicht im Wege stünden. Je schneller dieser Wechsel komme, um so besser. – Also warten wir auf den Mittwoch!

Am Schluß der Vorstandssitzung noch eine kleine interne Kontroverse: Mende verlas eine vom engeren Vorstand ausgearbeitete Liste der neuen Ausschußvorsitzenden. Danach soll Mende künftig selbst den Außenpolitischen Ausschuß übernehmen. Achenbach protestierte: Bisher seien außenpolitischer Arbeitskreis und Ausschuß identisch gewesen. Mende entgegnete, der Schwerpunkt der Außenpolitik liege nach Meinung der

⁴ Für den 11. Juli nachmittags war im Bundeskanzleramt ein Koalitionsgespräch unter Leitung Adenauers zur Beilegung der koalitionsinternen Streitigkeiten verabredet. Über den Verlauf dieses Gesprächs siehe *Der Spiegel* Nr. 29 vom 18.7.1962 (Titelgeschichte).

Partei zu sehr bei der Fraktion. Auch solle die Ausschußarbeit mehr aktiviert werden⁵. Die Entscheidung wurde vorerst zurückgestellt.

Donnerstag, den 12. Juli 1962

Döring hat Recht behalten: die gestrige „Friedenskonferenz“ der beiden Koalitionsparteien im Palais Schaumburg brachte die erwartete „Versöhnung“⁶. Wie lange sie andauern wird, weiß jedoch kein Mensch.

Samstag, den 14. Juli 1962

Obwohl der erweiterte außenpolitische Arbeitskreis am 12. Juni auf Vorschlag Dehlers beschlossen hatte, auf der heutigen Sitzung Rauch und mich zur Deutschland- und Berlin-Politik zu hören, erteilte Achenbach lediglich R. das Wort und übersah in der anschließenden Diskussion geflissentlich alle meine Wortmeldungen. Rauch lag wiederum völlig auf der Achenbach'schen Linie, stellte den Abschluß eines Friedensvertrages in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen und gab Einzelheiten kund über den von ihm erdachten „Wiedervereinigungs-Verlauf“. Glücklicherweise nahm Mende zeitweilig an der Sitzung teil. Er wies die Ausführungen Rauchs als illusionär zurück und plädierte für ein zeitliches „Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten“. Die einzige Möglichkeit einer Wiedervereinigung ergebe sich „durch wechselseitiges Zurückziehen gewisser Exponenten wie Adenauer und Ulbricht“. Döring meinte, es stelle sich die Frage, ob die Vorstellungen und Methoden, die wir vor fünf Jahren hatten, heute noch realistisch seien und stimmte im übrigen Mende zu. Diese Interventionen sowie ein bemerkenswerter Beitrag von Parteifreund Sommerlatte brachten Dehler in Rage: „Ich pfeife auf die FDP, wenn wir so weit sind ... Mit meinem Namen wird diese Politik nicht gedeckt!“ Schon zu Beginn der Aussprache hatte sich D. gegen die West-Integrationspolitik gewandt und dann auch mich noch einmal auf die Hörner genommen. Mende blieb jedoch bei seinen Auffassungen (langfristige Zusammenarbeit zwischen Bonn und Pankow zum Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands), die auch der Ansicht der Mehrheit des Arbeitskreises zu entsprechen scheint. Dehler hatte inzwischen grollend den Raum verlassen⁷.

⁵ Praktisch hatte der Außenpolitische Ausschuß in den letzten Jahren nur noch auf dem Papier existiert; er war zu keiner Sitzung mehr einberufen worden. Damit hatte sich die außenpolitische Tätigkeit der Partei völlig auf die Fraktion und ihren Arbeitskreis verlagert, dem Achenbach vorstand.

⁶ In einem Kommuniqué der Koalitionsparteien wurde vereinbart, daß Bundeskanzler Adenauer in regelmäßigen Abständen Koalitionsbesprechungen abhalten sollte, weil der sog. Koalitionsausschuß die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt habe.

⁷ Aus Schollwers Notizen geht hervor, daß sich Sommerlatte „als Wirtschaftler sehr nachdrücklich“ für die europäische Integration ausgesprochen hatte. Dehlers

Mittwoch, den 25. Juni 1962

Am späten Nachmittag war Rauch bei mir, zu einem „Friedensgespräch“, wie er sagte. Offenbar hat ihn nun doch die Kritik Mendes und Dörings beeindruckt. Er trug mir jedenfalls einen Alternativplan zu seinem am 14. d. M. vorgelegten Maximalprogramm vor, der eine auffallende Ähnlichkeit mit den Tendenzen meines bisher von ihm bekämpften Deutschland-Konzepts hat. Man soll die Hoffnung doch niemals aufgeben ...

Achenbach läuft indessen noch immer auf der alten Schiene. In recht großzügiger Interpretation des Ausgangs unserer letzten Arbeitskreis-Sitzung leitete er dem Bundesaußenminister inzwischen eine Aide memoire zu, das nur einen konkreten, dafür aber nicht neuen Vorschlag enthielt: den Wiederzusammentritt der 1959 „nur unterbrochenen“ Außenministerkonferenz.

Freitag, den 27. Juli 1962

Die heutige Bundesvorstandssitzung fand unter zeitweiligem Ausschluß der Mitarbeiter statt. Man befürchtete neue Indiskretionen wie die nach der letzten Tagung des Vorstandes. Dabei ist die undichte Stelle mit Sicherheit nicht in der Bundesgeschäftsstelle zu finden.

Mende unterrichtete den Vorstand über das „Friedensgespräch“ am 11. Juli. Er habe zu Adenauer gesagt, seit dem Wahlsonntag fürchte die FDP die Drohung mit dem Mehrheitswahlrecht nicht mehr. Nachdem die SPD die CDU-Wahlkreise erobert habe, dürfte ein solches Wahlsystem Adenauers Partei mehr schaden als der FDP. Die (auch vom *Spiegel* verbreitete) These, die FDP setze alles daran, um Adenauer zu halten, selbst über den Herbst 1963 hinaus, sei eine glatte Erfindung, sagte Mende. Sollte die Union nicht bereit sein, zu diesem Zeitpunkt Adenauer zurückzuziehen, so müsse unsere Partei ihre fünf Minister aus dem Kabinett zurückziehen. Der späteste Termin sei Herbst 1963. „Lieber eine schwarzrote Koalition als sich zum zweiten Male durch Adenauer unter das Joch beugen lassen“ (Beifall).

Döring meinte, Adenauer müsse bereits bis Mitte 1963 zurücktreten, und im Herbst dieses Jahres sollten entsprechende Verhandlungen darüber mit den Unionsparteien beginnen. Adenauer denke jedoch überhaupt nicht daran, freiwillig das Feld zu räumen. Dufhues habe Döring erklärt, bis 1965 werde von der CDU kein anderer Kandidat als Erhard präsentiert werden; E. sei jedoch nur ein Übergangskandidat (!).

Kühlmann übte scharfe Kritik am Fraktionsvorstand, weil er seinen

Fortsetzung Fußnote von Seite 62

Replik dazu wurde ebenfalls von Schollwer mitgeschrieben: „Jeder Tag der europäischen Integration nimmt uns die Chance einer deutschen Integration ... Kollege Schollwer hat auf Wunsch Mendes bereits einmal ein Konzept vorgetragen, das völlige Resignation bedeutet“.

Vorschlag zurückgewiesen habe, auf der „Friedenskonferenz“ einen Termin für den Rücktritt Adenauers zu fordern. Mende konterte, der Vorstand habe diesen Vorschlag abgelehnt, weil er ihn für taktisch unklug hielt.

Auch während dieser Sitzung war das Unbehagen der Vorstandsmitglieder über die mangelhafte Führung der Partei wieder deutlich spürbar. Was freilich zahlreiche Parteifreunde nicht davon abhielt, die Sitzung vorzeitig zu verlassen. – Am Rande der Tagung erfuhr ich, daß mein Berlin-Artikel vom Dienstag am Tag darauf Diskussionsgegenstand bei einer Unterredung zwischen Schröder und Vertretern der drei Bundestagsparteien war. Carstens habe die Tendenz meines Kommentars nachdrücklich zurückgewiesen. Dieser Artikel hatte auch in der Presse etwas Furore gemacht und damit seine Aufgabe erfüllt.

Montag, den 13. August 1962

Am Wochenende mit Mende in Berlin. Zum Jahrestag der Mauer unterrichtete sich der Parteivorsitzende an Ort und Stelle über den gegenwärtigen Stand des Berlin-Problems. Freitag vormittag ein einstündiges Gespräch mit Bürgermeister Amrehn im Schöneberger Rathaus. A. lobte die Tätigkeit Leopolds (Treuhandstelle für Interzonenhandel) und wünscht dessen stärkere Einschaltung. Andererseits lehnte der CDU-Politiker jede Verhandlungsinitiative des Westens in der Berlin- und Deutschlandfrage ab. Die Sowjets, so Amrehn, würden dadurch nur Hoffnung schöpfen, doch noch mit ihren Plänen durchzukommen. Es sei jetzt eine harte Haltung des Westens nötig, die Kennedy-Regierung sei viel zu nachgiebig. Jeder Versuch des Ostens, eine Aufwertung der DDR zum Beispiel durch Austausch irgendwelcher Schriftstücke zwischen den deutschen Verwaltungen (mit „verfänglichen Formulierungen“ und damit eine De-facto-Anerkennung) zu erschleichen, müsse abgewehrt werden. A. lehnte Friedenskonferenzen ebenso ab wie ständige Deutschlandkonferenzen mit gesamtdeutschen Kommissionen. Er hält dafür einen separaten Friedensvertrag zwischen Moskau und Pankow offenbar für unvermeidbar.

Mende – und auch Borm, der an dem Gespräch teilnahm – waren wie ich von der politischen Einfallslosigkeit dieses Berliner Spitzenpolitikers beeindruckt. Daß der Berliner Senat die Amrehnschen Auffassungen wohl nicht ganz teilt, verrieten Äußerungen von SPD-Senatsdirektor Klein, der uns am Freitag morgen vom Flugplatz abholte. K. unterrichtete Mende über ein Gespräch mit dem sowjetischen Diplomaten Michailow, bei dem sich interessante Ansätze für eine allmähliche Entspannung in Berlin sowie für eine spätere Lösung auch des deutschen Problems ergeben hätten. Die Sowjets seien über die Mißerfolge Ulbrichts und seines Regimes sehr ungehalten. Wenn die Bundesregierung bereit wäre, Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion für Schäden aus dem 2. Weltkrieg in gro-

Bem Umfange zu leisten (Kredite, Warenlieferungen etc.), so werde die Sowjetunion zu einer Korrektur ihrer Deutschlandpolitik bereit sein. So- gar die Frage der Oder/Neiße-Grenze sei dann noch nicht völlig aus der Diskussion. – So Michailow angeblich zu Klein.

Samstag früh war Mende allein bei von Eckardt. Anschließend ein Pres- segespräch mit den Berliner Chefredakteuren im Hotel Kempinski. M. teilte einige Einzelheiten seiner Gespräche mit Smirnow, Rusk und Lord Home mit. Danach sei im Herbst dieses Jahres oder im kommenden Früh- jahr mit dem Abschluß eines Separatvertrages zwischen Moskau und Pan- kow zu rechnen. Bei dieser Gelegenheit wandte sich M. u. a. gegen die Äußerung Schröders, ein solcher Vertrag werde juristisch ein „Nullum“ sein. Ich hörte das mit Vergnügen, nachdem mich Mende während unse- res Fluges nach Berlin auf Bitzers Bericht in der *FAZ* vom gleichen Tage über die Reaktion der FDP auf Äußerungen des Außenministers zum Se- paratvertrag angesprochen hatte. Als ich bekannte, der Urheber dieser Meldung zu sein, meinte M. etwas nervös, ob es denn nötig gewesen sei, diese Sache so hoch zu spielen. Nun spielt er vor der Presse selbst mit⁸.

Am frühen Samstag nachmittag Mauerfahrt mit Mende in einem Se- natswagen: Potsdamer Platz, Brandenburger Tor, Reichstag, Bernauer Straße. Dort in einer Nebenstraße die Eingeschlossenen aus den Fenstern in Richtung Westberlin schauend, politische Gefangene ohne Hoffnung auf baldige Befreiung. Wer wollte angesichts solchen Elends noch immer glauben, man könne die Berlin- und Deutschlandfrage „auf Eis“ legen und abwarten, bis für den Westen und seine Ziele einmal bessere Zeiten kommen? Am Freitag abend auf einer FDP-Mitgliederversammlung im Studentenhaus am Steinplatz forderte Mende den Ausbau Berlins zu einem Zentrum der internationalen Wissenschaft und die Einsetzung ge- samtdeutscher Kommissionen unter einem Viermächtedach. Auf die Frage Kruspis, ob denn die FDP nicht die Koalition verlassen müsse, wenn die CDU nicht bereit sei, ihren Immobilismus in der Berlin- und Deutschlandpolitik aufzugeben, gab der Parteivorsitzende freilich keine Antwort. Er wußte warum...

⁸ „FDP über die Äußerungen Schröders verstimmt – Mende will mit dem Kanzler sprechen – Vorbehalte gegen Hallstein-Doktrin“ in *FAZ* vom 10.8.1962. Eberhard Bitzer, Bonner *FAZ*-Korrespondent, hatte mit dem Verf. am 9.8. ein längeres Tele- fongespräch über die Reaktionen der FDP auf Schröders Vorstoß geführt. Der Bun- desaußenminister und der CDU-Abgeordnete Majonica hatten an dritte Staaten die Warnung gerichtet, nicht den angekündigten Separatvertrag mit der DDR zu unter- schreiben, weil andernfalls die Bundesregierung diplomatische und wirtschaftliche Konsequenzen ziehen müsse. Der Verf. hatte wegen zu erwartender negativer Fol- gen für die Außenpolitik Bonns vor einem solchen Verfahren gewarnt. Diese War- nung wiederholte Mende in Berlin, indem er vor der Presse erklärte: „Wir haben ... mit gewissem Unbehagen gesehen, daß der Bundesaußenminister in der Öffentlich- keit eine Drohung gegenüber neutralen und Entwicklungsländern ausgesprochen hat, falls sie den Separatvertrag mitmachen sollten“.

Freitag, den 17. August 1962

Heute nachmittag ist wieder ein Flüchtling an der Mauer verblutet. Vopos verhinderten mit Rauch- und Tränengas, daß westliche Passanten dem schwerverletzten jungen Mann zu Hilfe eilten. Welche Barbarei⁹!

Mittagessen mit Schtscherbakow. Der rechnet vorerst mit keinem neuen Gesprächsangebot Moskaus an Bonn wegen dessen ablehnender Haltung. Am Mittwoch, als ich Sweet im Club auf die Notwendigkeit solcher Gespräche hinwies, hatte ich den Eindruck, daß die Amerikaner diesem Gedanken keineswegs völlig ablehnend gegenüberstehen. Bei dieser Gelegenheit gab ich dem amerikanischen Diplomaten meine Studie zur vertraulichen Lektüre.

Dienstag, den 21. August 1962, De Koog (Texel)

Wegen des Flüchtlingsmordes soll es in Westberlin zu Demonstrationen gegen das Ulbricht-Regime gekommen sein. Daß den Berlinern allmählich der Kragen platzt, wer wollte es ihnen verübeln?

Samstag, den 25. August 1962, De Koog (Texel)

Berlin ist nach wie vor in den Schlagzeilen. Die *Welt* berichtet über die neuerliche Forderung der Westmächte nach einer Viererkonferenz über Berlin. Werden die Sowjets dieses Mal zustimmen? Die CDU hat z. Zt. offenbar ganz andere Sorgen: Brentano forderte in Lübeck ein reines Mehrheits-Wahlsystem, weil jede Koalition „von Übel“ sei¹⁰. Das ist wohl die Rache für seinen Sturz im vergangenen Herbst.

Sonntag, den 2. September 1962

Nach Alkmaarer Käsemarkt und Amsterdamer Rijksmuseum wieder in Bonn. Hier macht zur Zeit ein Fernseh-Interview des Kanzlers Furore. Nun wissen es die Briten ganz genau: unser „großer Europäer“ möchte England nicht in der geplanten politischen Union Europas haben. Die britische Regierung hat sogleich Adenauers Behauptung zurückgewiesen, Großbritannien wolle sich ja auch selbst gar nicht in Europa politisch engagieren. Auch Schröder hat seinem Kanzler bereits öffentlich widersprochen. Nur General de Gaulle dürfte mit seinem alten Freund Konrad sehr zufrieden sein. Ein passender Auftakt für den Staatsbesuch¹¹.

⁹ Bei dem Flüchtling handelte es sich um Peter Fechter.

¹⁰ „Brentano: Jede Koalition ist von Übel“ in: *Die Welt* vom 25.8.1962.

¹¹ De Gaulle besuchte vom 4. – 9. 9. die Bundesrepublik. Die erwähnten Äußerungen Adenauers fielen am 28.8. im Rahmen einer Pressekonferenz des SFB.

Dienstag, den 11. September 1962

De Gaulles Triumphzug durch die Bundesrepublik hat sicherlich nicht nur im Osten unbehagliche Gefühle hervorgerufen. Auch bei einigen unserer westlichen Nachbarn dürfte die demonstrative Herausstellung der Sonderbeziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik die Sorge einer deutsch-französischen Vormachtstellung in Europa belebt haben. Hinzu kommt, daß – nach meinem Geschmack – der Jubel unserer Bevölkerung über die politischen Platitüden des langen Generals und seine Lobhudeleien eher peinlich wirkte.

Samstag, den 15. September 1962

Peter Hopen hat mit seinem heutigen Aufmacher im *Mittag* einen großen Wirbel verursacht¹². Bis zum frühen Nachmittag hatte ich in der Geschäftsstelle und im Bundeshaus zu tun, um die Reaktionen auf den Knüller abzufangen. Die angebliche Forderung der FDP nach schneller Ablösung Adenauers schon vor dem Herbst 1963 hat die Parteiführung vermutlich weniger aufgeschreckt als Hopens Berichte über Erwägungen in der Bundestagsfraktion, Mende als Fraktionsvorsitzenden abzulösen und durch Döring zu ersetzen.

Genscher bestätigte mir gegenüber diese Version. Auf der heutigen Landesausschußsitzung in Bochum sei Mende heftig angegriffen worden. Man habe dort auch Überlegungen angestellt, ob man E. M. auf einen Minister- oder Botschafterposten abschieben könne. Mendes mangelnde Führungskraft läßt solche Reaktionen begreiflich erscheinen. Darum hat Hopen nicht recht, wenn er schreibt, daß die Person Mendes „vorläufig außerhalb der Debatte“ sei. – Wir haben noch am späten Vormittag eine Stellungnahme Dörings zum Adenauer-Komplex (nicht zum Mende-Problem!) herausgegeben, die den *Mittag*-Bericht weder bestätigt noch dementiert, dafür jedoch die völlige Einigkeit der FDP in dieser Frage bezeugt¹³. Das muß wohl so sein.

¹² „FDP fordert schnelle Ablösung Konrad Adenauers – Der Kanzler lehnte schon ‚mit Nachdruck‘ ab“ in: *Der Mittag* vom 15.9.1962. Diesem Bericht zufolge soll Döring „vor etwa 10 Tagen“ diese Forderung dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Brentano vorgetragen haben. Wenige Tage später habe B. erklärt, Adenauer werde und könne solange im Amt bleiben, wie er wolle. Weiter hieß es in dem Hopen-Bericht: „Mit der Verbitterung über Adenauer war überdies auch Unmut über den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Erich Mende verbunden. Die ‚Rebellen‘ diskutieren bereits die Möglichkeit, Mende als Fraktionsvorsitzenden abzuwählen und durch Döring zu ersetzen“.

¹³ Diese Stellungnahme Dörings wurde in der fdk nicht abgedruckt, sondern von der FDP-Pressestelle nur per Zehnerblock am 15.9. an die Agenturen verteilt. In der Bochumer Erklärung Dörings hieß es u. a.: „Die Frage der Nachfolge im Bundeskanzleramt wird in beiden Koalitionsfraktionen erörtert. Diese Erörterung wurde nicht zuletzt durch die unrichtige Behauptung des stellv. CDU-Vorsitzenden ... von Hassel ausgelöst, die FDP wolle Konrad Adenauer länger als die CDU im Amt be-

Freitag, den 21. September 1962

Nun hat auch die CDU in der Frage der Adenauer-Nachfolge Klarheit geschaffen. Dufhues und von Hassel teilten gestern mit, Adenauer werde im kommenden Jahr zurücktreten. Diese Aussage erfolgte nicht ganz freiwillig, denn das Thema hat in dem jetzt zu Ende gehenden Wahlkampf in Schleswig-Holstein eine gewisse Rolle gespielt. Die Union fürchtet wohl Stimmenverluste am Sonntag, falls das Brentanowort von der unbefristeten Tätigkeit des Kanzlers Adenauer im Raum stehen bleibt. Nachfolger Adenauers soll nach einer Mitteilung Majonicas Ludwig Erhard werden. Damit wäre den Wünschen der FDP endlich Rechnung getragen.

Neuerliche Indiskretionen über die sowjetisch-amerikanischen Berlingespräche haben die Bundesregierung alarmiert. Der Epstein-Bericht scheint auf undichte Stellen in unserer Washingtoner Botschaft hinzuweisen¹⁴. Norbert Tönnies meinte heute im *General-Anzeiger*, es habe den Anschein, „als ob einige bundesrepublikanische Diplomaten den staatsrechtlichen Status der Bundesrepublik, nämlich den Status der Freiheit, verwechseln mit persönlichem Geltungsbedürfnis“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Montag, den 24. September 1962

Auch in Schleswig-Holstein bekamen wir den Unmut unserer Bundestagswähler zu spüren: fast 6% Verlust gegenüber 1961¹⁵. Immerhin konnten unsere Parteifreunde im Norden gegenüber den letzten Landtagswahlen einige Punkte gutmachen und zwei Sitze hinzugewinnen. So sind wir – wie Moersch es heute abend in der Wessel-Runde so hübsch ausdrückte – „mit einem kleinen blauen Auge davongekommen“.

Dieses „Unter uns gesagt“ mit Zimmermann, Barsig, Moersch und drei Journalisten brachte nur eine interessante Feststellung: die Entschlossenheit der SPD, via Große Koalition so bald wie möglich an die Macht zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 67

lassen. Wie abwegig eine solche Behauptung ist, ergibt sich schon daraus, daß von anderer Seite der FDP vorgeworfen wird, sie wolle jetzt Adenauer stürzen“ (Text in: Handakten Schollwer, ADL 6953/36).

¹⁴ Am 31.8.1962 hatte der amerikanische Publizist Epstein im *Rheinischen Merkur* einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich auf Grund bisher unveröffentlichter Dokumente mit den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen der USA und Großbritanniens einerseits und der Bundesregierung andererseits über die Deutschlandfrage beschäftigte. Bundesaußenminister Schröder veranlaßte am 12.9. die Bundesanwaltschaft zur Untersuchung der Frage, ob die Epstein-Veröffentlichung, die vom *Spiegel* in seiner Nr. 37 vom 12.9. ebenfalls publiziert worden war, auf Materialien beruhe, die dem Verfasser durch Indiskretion deutscher Stellen zugänglich geworden sei.

¹⁵ Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 23.9.1962 erhielten die CDU 45,0 (1958: 44,4; 1961: 41,8), die SPD 39,2 (35,9; 36,4) und die FDP 7,9 (5,9; 13,8) Prozent der Stimmen.

gelangen. Allerdings schränkte der wieder einmal recht grobschlächtig argumentierende Barsig das sozialdemokratische Streben nach Regierungsämtern mit der Bemerkung ein: „Mit der Spitze Adenauer nicht“. Gegenteilige Äußerungen Wehners in Nürnberg seien ein „grauenhafter Irrtum“. Wessel ließ es sich nicht nehmen, der FDP einiges auszuwischen und durch Brüskierung Moersch's seine unveränderte Abneigung gegen die Liberalen zum Ausdruck zu bringen¹⁶. M. hat sich im Rahmen des Möglichen trotzdem sehr gut geschlagen.

Montag, den 1. Oktober 1962

Heute vormittag Referat vor dem Rengsdorfer Seminar. Ich hatte bereits für Münster ein neues Manuskript ausgearbeitet, in dem alle die Fakten aufgeführt werden, die mich zum Überdenken unserer Deutschlandpolitik veranlaßten. Die anschließende Diskussion verlief sehr sachlich, sie war zudem relativ kurz. Kuschnitzky unterstützte vorsichtig meine Ansichten und behauptete ein „festes Interesse Rußlands, sich mit Deutschland über seine Zukunft zu einigen“. Das glaube ich auch.

Der *Spiegel* fährt heute fort, in der neuesten Strauß-Affäre herumzustochern. Nachdem der Minister seine Absicht, Regierungschef in Bayern zu werden, aufgegeben hat, scheint Augstein entschlossen, durch die Aufdeckung von höchst undelikatsten Rüstungsgeschäften Herrn Strauß doch noch zur Strecke zu bringen¹⁷. Die Fibag-Geschichte hat sich ja leider im Sande verlaufen.

Mittwoch, den 3. Oktober 1962

Auf einer vielstündigen außenpolitischen Klausurtagung der Fraktion sind gestern keine wirklichen Fortschritte im Sinne eines aktuellen, realistischen Deutschlandkonzepts erzielt worden. Die wenig überzeugende Formel Achenbachs, daß die Genfer Konferenz nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen sei, bestimmte das Denken der meisten Abgeordneten. Immerhin fand Achenbachs Lieblingskind, die „Friedenskonferenz“, keine breite Zustimmung. Insbesondere Mende meldete erneut Bedenken an (aus Friedenskonferenz könne sich leicht eine Reparationskonferenz entwickeln). Dehler, der Achenbach in nahezu allen Punkten seines Einleitungsreferates zustimmte, stieß sich lediglich an der europäischen „Verpackung“ der Vorschläge des AK-Vorsitzenden. Zweifel wurden

¹⁶ Kurt Wessel sagte zu Moersch, der für ein Vorstandsmitglied eingesprungen war, er schätze ihn (den FDP-Pressechef – d. Ver.) zwar sehr, wisse aber eines nicht: „Machen Sie die Politik der FDP oder ist es nicht Ihre Aufgabe ..., allein für die Propagierung und Verbreitung der FDP-Politik zu sorgen?“.

¹⁷ Nach einem Bericht des *Spiegel* (Nr. 39 vom 26.9.1962) hatte Strauß zwei Monate lang den Gedanken erwogen, sich nach Bayern zurückzuziehen und dort das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Nach einigem Hin und Her – auch in seiner eigenen Partei – beschloß Strauß jedoch am 17.9. in Bonn zu bleiben.

auch laut über Achenbachs recht gewagten Vergleich der gegenwärtigen Situation mit der von 1939¹⁸. Strittig blieb, ob ein neuer Vorstoß der FDP in Richtung Viermächte-Verhandlungen trotz jüngster Gradl-Äußerungen in der Koalition wirklich Chancen habe. Bucher meinte sogar, ein Gespräch mit der CDU über solche deutschlandpolitischen Initiativen sei „verlorene Liebesmüh“, solange der Bundeskanzler Konrad Adenauer heißt.

Kühlmanns überraschender Vorschlag, von meiner Studie auszugehen und „das noch mal zu Ende zu diskutieren“, wurde von der Fraktion überhört. Nur Dehler fühlte sich offenbar alarmiert: er attackierte Kühlmann und behauptete, „wir haben den Plan Schollwers nicht behandelt, weil wir übereinstimmend sagten, das ist ein Plan der Resignation“. Meinte Hermann Dürr, zu mir gewandt: „Ich hatte nicht den Eindruck, daß Sie damals so durchgeflogen sind!“ Ich auch nicht.

Freitag, den 5. Oktober 1962

Schtscherbakow stellte mir gestern seinen Nachfolger vor: Albert Dimitrijew, einen Mann Mitte dreißig, der schon einmal in der Bundesrepublik Dienst getan hat. Beim gemeinsamen Mittagssmahl im „Asia“ wurde diesmal wenig politisiert. Interessant die Reaktion Schtscherbakows auf meine Frage nach der Beurteilung des Botschafterwechsels in Moskau. Schtsch. zeigte sich demonstrativ uninteressiert: man wisse nicht, ob Groepper bereits in Moskau sei bzw. wann er komme; G. sei ein so unbekannter Mann. Ich hatte den Eindruck, die Sowjets sind gekränkt, daß man sie nach einem Mann wie Kroll nun mit einem wenig profilierten Diplomaten abspeist.

Mittwoch, den 10. Oktober 1962

Heute den ganzen Tag im Bundeshaus, vormittags im Arbeitskreis, am Nachmittag zur Fraktionssitzung. In beiden Gremien große Verbitterung über Adenauers gestrige Regierungserklärung. Achenbach sprach vom „Bruch des Koalitionsabkommens“ und Mende beklagte, daß der Kanzler es abgelehnt habe, die FDP zuvor über den Inhalt seiner Erklärung zu informieren. Auch die von der FDP vorgetragenen speziellen Wünsche wurden nicht berücksichtigt¹⁹. Man war sich schließlich im Arbeitskreis

¹⁸ A. erklärte, er habe im Außenpolitischen Ausschuß an 1939 erinnert, als Hitler sagte, der Westen sei knieweich und tue nichts. Die Folge sei gewesen, „daß der Westen schoß“. Eine Parellele zu 1939 sei jetzt gegeben. „Wenn nichts geschieht, müssen wir in den nächsten Monaten mit dem Krieg oder mit einer schimpflichen Kapitulation rechnen“.

¹⁹ Mende hatte, wie er dem Arbeitskreis berichtete, Adenauer u. a. aufgefordert, zur Wiedervereinigung und Selbstbestimmung Stellung zu nehmen. Der Kanzler habe das zugesagt, dann aber doch nicht Wort gehalten. Mende habe ferner Ade-

darüber einig, daß Mende morgen in der Debatte auf die Erklärung des Regierungschefs nicht eingehen, sondern lediglich den Standpunkt der FDP vortragen solle. Bei dieser Gelegenheit soll sich M. auch noch gleich von den fragwürdigen Äußerungen Brandts zur Berlin-Frage „staatsmännisch distanzieren“²⁰. Döring machte sehr pessimistische Äußerungen über die Zukunft dieser Koalition und Sonnenhol, der Scheel in die USA begleitet hatte, wußte Alarmierendes aus Washington zu berichten: die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien auf einem bisher nie erreichten Tiefpunkt angekommen. Die USA hätten „das Theater, das seit einem Jahr gespielt wird, zutiefst satt“, seien aber für jeden vernünftigen Vorschlag Bonns aufgeschlossen. Für Washington stehe im übrigen jetzt Kuba im Vordergrund. Sollten die Russen dort Raketen landen, so könnten wir damit rechnen, „daß es bumst“. – Mein Entwurf für den außenpolitischen Teil der Mende-Rede wurde mit einigen Ergänzungen und Verbesserungen akzeptiert. Schärfster Kritiker war Dehler (diesmal wohl zu Recht), der es sich im übrigen nicht verkneifen konnte, mich wegen der Adenauerschen Regierungserklärung in nicht ganz fairer Weise anzupflaumen.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Kuba wirkt der Bericht des *Spiegel* über das Resultat der Stabsrahmenübung der NATO („Fallex 62“) doppelt beunruhigend. Wenn das alles stimmt, hat diese Bundesregierung die Bevölkerung über die wahre Sicherheitslage unseres Landes bisher bewußt getäuscht. Um so unverständlicher die markigen Sprüche unserer Unionschristen. Aber vielleicht gleichen sie nur dem Pfeifen ängstlicher Kinder im dunklen Wald²¹?

Freitag, den 12. Oktober 1962

Die zweitägige außenpolitische Debatte hat heute eine Koalitionsentschließung gezeitigt, in der eine gemeinsame ständige Konferenz zur Lösung der deutschen Frage gefordert wurde. Damit ist der Dissens allerdings nur scheinbar zugedeckt, der sich in der Deutschlandpolitik zwischen dem Kanzler auf der einen sowie der FDP und einigen CDU-Abgeordneten auf der anderen Seite in den letzten Tagen erneut aufgetan hat.

Fortsetzung Fußnote von Seite 70

nauer gebeten, etwas über die Viermächteverantwortung für Deutschland zu sagen. Daraufhin soll A. erklärt haben: „Wollen Sie wieder wie in Genf dasselbe? Das war doch blamabel – wir an den Katzentischen!“

²⁰ Brandt hatte am 8. Oktober in Berlin über seine zwei Tage zuvor beendete Amerika-Reise berichtet und erklärt, es müsse den Sowjets klar sein, daß die Preisgabe Berlins kein Preis für die Erhaltung des Friedens sei. Die USA hätten ihr Schicksal mit Entschlossenheit an das der Berliner gebunden. Wenn Chruschtschow den Konflikt haben wolle, werde er ihn bekommen“. (ADG, S. 10175).

²¹ Anspielung auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 9.10.1962, in der er die Hallstein-Doktrin erneut bekräftigt hatte (vgl. ADG 1962, S. 10171 ff.).

Solche Diskussionen dienen mehr der Verschleierung als der Aufdeckung harter politischer Fakten. Aber wir haben wenigstens unser Gesicht dabei gewahrt – hoffentlich!

Wie stark der Ärger der FDP-Führung über Adenauers Verhalten in dieser Woche ist, zeigte sich heute nachmittag im Bundesvorstand. Im Zusammenhang mit einer leicht gereizten Diskussion über die nach wie vor offenbar ungeklärte Frage, ob Scheel nun stellvertretender Außenminister sei oder nicht (Scheel: eine solche Position habe es nie gegeben), meinte Döring, wenn es uns nicht gelänge, innerhalb der nächsten vier bis sechs Monate eine entsprechende Lösung dieses Problems mit Adenauer zu vereinbaren, „bin ich überzeugt, daß es in der Koalition zum Knall kommen muß“. Mende habe gestern in seiner Rede unsere außenpolitischen Grundsätze festgelegt, die im „eklatanten Widerspruch zur Haltung der CDU“ gestanden hätten²². – Sie fanden denn auch ein breites Presseecho, wobei in den heutigen Ausgaben der Blätter die Kommentierungen freilich noch fehlen. Im Plenum selbst hatte Mende leider kein sehr aufmerksames Auditorium.

Freitag, den 19. Oktober 1962

Die jüngste Bundestagsentschließung, in der die Einsetzung einer ständigen Konferenz der Vier zur Lösung der deutschen Frage gefordert worden war, hat in Washington und Moskau ein recht unterschiedliches Echo gefunden. Kennedys Sicherheitsbeauftragter Bundy nannte am vergangenen Sonntag die Forderung des Parlaments einen „vernünftigen Vorschlag“, der genau geprüft werden solle. Die *Iswestija* schrieb dagegen gestern, dieser Vorschlag sei „unannehmbar“. Er habe lediglich den Zweck, die westdeutsche „Obstruktion“ gegen jede Regelung der Berlin-Frage zu tarnen. Damit hat sich Moskau nun schon zum zweiten Male negativ zur Resolution geäußert. So kommen wir offenbar nicht weiter.

Am Dienstag abend gab der Presseclub dem Fraktionsvorstand ein Essen, zu dem auch ich geladen war. Rapp hielt eine ironische Begrüßungsrede, in der die Skepsis des Bonner *FAZ*-Bürochefs gegenüber dem gegenwärtigen Kurs Mendes klar zum Ausdruck kam. Unser Vorsitzender hob sofort – sichtlich irritiert – zu einer langen Verteidigungsrede an, mit viel Pathos und einer Fülle deutscher und lateinischer Zitate. Adenauers jüngstes Bekenntnis zur Alleinvertretungsdoktrin erwies sich inzwischen als ein Rohrkrepierer. Damaskus jedenfalls hat jetzt den Spieß umgekehrt und versucht, uns mit der Drohung einer Anerkennung der „DDR“ zu

²² Auf der Abteilungsleiter-Besprechung am 15.10. meinte Mende, der außenpolitische Teil seiner Rede sei für ihn ein „Slalomlauf“ gewesen. Minister Lemmer habe ihm anschließend gesagt: „Das war immer an der Grenze, aber ausgezeichnet differenziert“.

erpressen²³. Genau dieses haben wir ja immer befürchtet. Nun bleibt Bonn offenbar nichts anderes übrig, als der Erpressung nachzugeben. Wenn das Schule macht ...

Dienstag, den 23. Oktober 1962

Wir stehen am Rande eines Krieges. Die sowjetische Kuba-Politik hat Kennedy in der vergangenen Nacht zu einem dramatischen Schritt veranlaßt: Er gab eine Blockade gegen die Zuckerinsel und die Entschlossenheit der USA bekannt, jede von Kuba abgefeuerte Rakete auf eine Nation der westlichen Hemisphäre als Angriff der Sowjetunion auf die Vereinigten Staaten zu betrachten und entsprechend zu vergelten²⁴.

Die Lage in der Karibik hatte sich in den letzten Tagen verschärft, nachdem bekannt geworden war, daß die Sowjets auf Kuba eine Reihe von offensiven Raketenbasen errichten. Chruschtschow scheint dabei die Toleranzgrenze der Amerikaner völlig falsch eingeschätzt zu haben. So brachte er Kennedy in einen unvermeidlichen Zugzwang. Beide Weltmächte kämpfen um ihr Prestige. Hoffentlich gibt es noch einen Ausweg aus diesem Dilemma, sonst droht uns ein Dritter Weltkrieg und mit ihm das atomare Chaos.

Die Bonner Reaktion auf diese jüngste und vielleicht gefährlichste Krise der Nachkriegszeit ist nur nach außen hin gelassen. Im Arbeitskreis der Fraktion gab es heute vormittag eine ziemlich konfuse Diskussion darüber, wie man die durch die Kuba-Krise entstandene zusätzliche Gefährdung von Westberlin politisch abwehren könne. Achenbach rief prompt wieder nach seiner „Friedenskonferenz“. Mende meinte dagegen, ein solches Unternehmen würde zu diesem Zeitpunkt die deutsch-amerikanischen Beziehungen „schwer belasten“. Kreitmeyer forderte schließlich die FDP auf, Minister Schröder zu fragen, was geschehe, falls „die Sowjets in Berlin das gleiche tun wie die Amerikaner in Kuba“. Sein Vorschlag: notfalls müßten wir „Adenauer und Schröder zum Teufel jagen“. Doch dazu zeigten sich die anderen Parteifreunde wenig geneigt. Es erwies sich erneut, daß unser bisheriges Instrumentarium in der Berlin- und Deutschlandpolitik zumindest in solchen Situationen nicht ausreicht. – Im übrigen aber beschäftigte sich die Fraktion vor allem mit Themen wie Lohnfortzahlung und dem Sozialpaket.

²³ In der syrischen Presse war die Behauptung lanciert worden, Syrien wolle die DDR anerkennen, falls die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Syrien über die Finanzierung des Euphrat-Staudammes scheitern sollten. Daraufhin erklärte die Bundesregierung am 17.10. ihre Bereitschaft, die Verhandlungen mit Damaskus über den gewünschten Kredit fortzusetzen (Vgl. ADG 1962, S. 10183).

²⁴ Vgl. ADG 1962, S. 10193 ff., hier auch Dokumentation der Kennedyrede.

Donnerstag, den 25. Oktober 1962

Zwei Tage waren die beiden Supermächte stramm auf Kollisionskurs, seit gestern abend hat sich die Krise leicht entspannt. Ein Teil der mit Raketen beladenen Sowjetfrachter soll seinen Kurs geändert haben und nun nicht mehr in Richtung Kuba laufen. So könnte der allseits gefürchtete Zusammenstoß zwischen Sowjets und Amerikanern in der Karibik vielleicht doch noch vermieden werden.

Dennoch bleibt die Lage ernst. Auch Dimitrijew, mit dem ich heute ein erstes längeres, politisches Gespräch hatte, äußerte sich zwar sehr zurückhaltend zu dem sowjetisch-amerikanischen Konflikt, bezeichnete aber andererseits die Situation als unverändert „sehr ernst“; er hoffe jedoch, daß eine friedliche Lösung dieser Frage erreicht werde.

Im Gegensatz zur Koalitionsentschließung scheint Mendes Rede im Bundestag von den Sowjets positiv aufgenommen worden zu sein. Auf jeden Fall von der Botschaft in Bonn, was heute Dimitrijew bestätigte. Insbesondere die Äußerungen M.s zu der Berlin-Erklärung von Brandt sei in Rolandseck zustimmend vermerkt worden. Die FDP sei die einzige Partei in der Bundesrepublik, die all die Jahre hindurch eine konsequente außenpolitische Linie vertreten haben, meinte der sowjetische Diplomat.

Montag, den 29. Oktober 1962

Während die Welt mit Erleichterung die Nachricht hörte, daß Chruschtschow sich in letzter Minute entschlossen habe, Kuba wieder zu räumen, wird die politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik durch Meldungen alarmiert, wonach die westdeutsche Justiz in einer großangelegten Aktion Augstein und zwei leitende Redakteure des *Spiegel* verhaftet und die Hamburger Zentralredaktion des Nachrichtenmagazins besetzt hat. Zahlreiche Unterlagen der Redaktionen in Bonn und Hamburg sind beschlagnahmt worden. Die Verhafteten stehen unter dem Verdacht des Landesverrates und der aktiven Bestechung. Anlaß dieses befremdlichen Vorgehens der Bundesanwaltschaft sowie der Bonner Sicherungsgruppe soll der fast drei Wochen zurückliegende *Spiegel*-Bericht über die NATO-Übung sein. In Bonn läuft bereits das Gerücht um, Strauß sei in die Aktion eingeweiht gewesen; man munkelt sogar, dies sei die Rache des Bundesverteidigungsministers für Fibag und „Onkel Aloys“²⁵.

Mittwoch, den 31. Oktober 1962

Seit Mittag tagt der Fraktionsvorstand hinter geschlossenen Türen. Stammberger hat heute die Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß er als für Justizaktionen verantwortlicher Minister erst mit großer Verspä-

²⁵ Den Quellen- und Forschungsstand zur „Spiegel-Affäre“ faßt zusammen: H.-P. Schwarz, *Die Ära Adenauer 1957–1963* (Geschichte der Bundesrepublik Bd. 3), Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 261 ff.

tung über die gegen das Nachrichtenmagazin eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet wurde: er hat seinen Rücktritt angeboten²⁶.

Freitag, den 2. November 1962

Sieben Stunden tagten heute Bundesvorstand und Fraktion gemeinsam im Bundeshaus, um die nächsten Schritte der FDP in der *Spiegel*-Sache zu beraten. Den Beratungen lag u. a. ein Schreiben Adenauers zum Rücktritt Stammbergers zugrunde²⁷. Stammberger, Döring und Weyer berichteten ausführlich über die *Spiegel*-Affäre sowie über die Lage in der Koalition²⁸. Adenauer, von den Freien Demokraten gestellt, schlägt wie üblich Haken, bläst Nebel ab und verweist mal wieder auf den Ernst der Lage, die natürlich einen Rücktritt des Verteidigungsministers gar nicht zulasse.

Die Stimmung war gereizt; Stammberger zankte sich mit Kohut, der durch seine Fragen Stammbergers Anwesenheit im Parlament während der kommenden Fragestunde notwendig macht, obwohl er – St. – sich dringend in ärztliche Behandlung begeben müsse²⁹. Auch sonst verlief die

²⁶ Mende gab Vorstand, Fraktion und Parteiverbänden der FDP am 31.10. mit Eilrundschriften bekannt, daß Stammberger „heute den Fraktionsvorstand darüber unterrichtet (habe), daß er dem Bundeskanzler seinen Rücktritt erklärt habe“. Der Fraktionsvorstand habe sich lt. Mende nicht in der Lage gesehen, „dem Bundesjustizminister zu einer Überprüfung dieser Entscheidung zu raten, bevor nicht die Verantwortlichen für die Nichtunterrichtung des Bundesjustizministers über die gegen das Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel‘ geplanten Maßnahmen zur Verantwortung gezogen sind“. – Stammberger erfuhr erst zwölf Stunden nach Beginn der *Spiegel*-Aktion durch Pressemeldungen, daß etwas gegen das Nachrichtenmagazin im Gange war. Sein Staatssekretär Walter Strauß (CDU) hatte ihn nicht unterrichtet, weil der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Volkmar Hopf, ihn angewiesen hatte, die Aktion völlig geheimzuhalten. Siehe dazu: „Was da passiert ist“, in: *Der Spiegel* Nr. 45 vom 7.11.1962.

²⁷ Wie Mende berichtete, soll Adenauer am Abend des 1. Nov. in einem Brief an die FDP erklärt haben, er halte es für ungerecht, den Staatssekretär Strauß in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen; er sei auch nicht in der Lage, die Entlassung Stammbergers aus dem Amt des Justizministers zu genehmigen. Mende solle diesen seinen (Adenauers) Standpunkt gegenüber seinen FDP-Parteifreunden vertreten. Auch habe der Kanzler dem FDP-Vorsitzenden mitteilen lassen, US-Botschafter Dowling habe Adenauer gegenüber erklärt, in dieser schwierigen Zeit sei eine solche Entwicklung „schädlich“. Siehe auch: H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 785f.

²⁸ Döring informierte u.a. über das Verfahren Adenauers, die Abwesenheit der FDP-Minister im Kabinett am Mittwoch zu benutzen, um das zwischen den Koalitionsparteien umstrittene sog. „Sozialpaket“ schnell zu verabschieden. Gegen ihn, Döring, sei inzwischen eine Aktion via *DPA* gestartet worden: dort habe man ihn am Mittwoch beschuldigt, geheime Informationen an den *Spiegel* gegeben und damit Landesverrat begangen zu haben. Wie Moersch dem Verf. damals berichtete, soll diese Meldung von *DPA*-Korrespondent Franz Hange stammen, dem sie von einer der FDP unbekannten Seite zugespielt wurde.

²⁹ Stammberger hatte einige Wochen zuvor einen schweren Autounfall gehabt und seine dabei erlittenen Verletzungen nicht auskuriert. Am Abend vor der Frage-

Diskussion ziemlich wirr. Viele Vorstands- und Fraktionsmitglieder hatten offensichtlich Schwierigkeiten, sich auf das Kernproblem (rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik) zu konzentrieren und verbissen sich immer wieder in Einzel- und Nebenfragen. Obwohl Mende diesmal zu Beginn den richtigen Diskussionsleitfaden gegeben hatte. Im Laufe der Stunden lief die Meinungsbildung in den Führungsgremien immer mehr auf die Forderung nach Rücktritt der beiden in die Affäre verwickelten Staatssekretäre Strauß und Hopf hinaus. Nur wenige, wie Eisenmann, Döring, Ertl und Schultz, forderten härtere Konsequenzen. Besonders Maier und Imle warnten vor einer Identifizierung der FDP mit den *Spiegel*-Leuten und dementsprechend vor einem harten Kurs. Gegen 19 Uhr verlas Mende die inzwischen vorbereitete Stellungnahme der Partei, welche die konkreten, an Adenauer gestellten Forderungen nicht erwähnt und darum recht nichtssagend ausgefallen ist³⁰. Als Moersch wenig später das Resultat unserer Bemühungen den wartenden Journalisten bekanntgab, quittierten die das äußerst diplomatisch formulierte Statement „mit brüllendem Gelächter“ (Dorn). Danach telefonierte Zoglmann mit seinem Jagdfreund Gerstenmaier. G. soll – wie Zoglmann uns berichtete – von dessen Argumenten „sehr beeindruckt“ gewesen sein. G. habe dem CDU-Präsidium, das zur gleichen Zeit tagte, dargelegt, was geschähe, wenn sich die anderen FDP-Minister Stammlinger anschließen. Dann käme eine Minderheitenregierung und/oder ein konstruktives Mißtrauensvotum der FDP, dem die SPD beitreten werde. G. habe wissen wollen, ob die FDP mit ihren Schritten den Kanzlerwechsel erzwingen wolle; er, Zoglmann, habe diese Frage verneint. Z. schlug nun vor, den Brief an Adenauer in Durchschrift auch den Mitgliedern des CDU-Präsidiums bekanntzumachen, damit der Alte seine Leute nicht erneut hinters Licht führen könne³¹.

Die Diskussion begann nun zu zerflattern. Starke äußerte sich resigniert über die Zukunft dieser Koalition („Vertrauensgrundlage ist weitgehend weg“), Mende bekannte zum wiederholten Male, nicht an dieser Koalition zu hängen, Kreitmeyer sprach wie üblich über die verfehlte Wehrpolitik von Strauß und Mende warnte vor der Großen Koalition. Schließlich verlas Mende um 21.30 Uhr den Brief an Adenauer, der bis auf eine Ausnahme keinen Widerspruch fand.

Fortsetzung Fußnote von Seite 75

stunde, am 6.11., erlitt er einen Kreislaufkollaps und mußte sich deshalb am nächsten Tag im Parlament durch Höcherl vertreten lassen.

³⁰ Diese Stellungnahme findet sich in der fdK (Bundestagsfraktions-Pressestelle) vom 2.11.1962. Darin wird im wesentlichen nur mitgeteilt, daß die Führungsgremien von dem Schreiben Adenauers an Mende „nicht befriedigt“ seien und dem Kanzler „noch heute abend eine schriftliche Antwort“ zuleiten würden.

³¹ Adenauer hatte – wie Zoglmann nach seinem Telefonat mit Gerstenmaier berichtete – dem Präsidium seinen Brief an die FDP vorgelesen. Z. habe G. darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Brief Unwahrheiten enthalte. G. habe daraufhin erklärt, bis zum Beweis des Gegenteils müsse er – Gerstenmaier – die Äußerungen des Kanzlers als wahr unterstellen.

Dienstag, den 6. November 1962

Nachdem angekündigt worden ist, daß Hopf und Staatssekretär Strauß aus ihren Ämtern scheiden, hat Stammlberger gestern sein Rücktrittsverlangen zurückgezogen. Dabei ist Hopf lediglich beurlaubt worden. Mit ihm ist – so Mende vor der Fraktion – auch nach Gerstenmaiers Auffassung möglicherweise der Falsche getroffen worden. Döring ergänzte: Krone und Gerstenmaier hätten gestern bei einem Gespräch mit ihm und Zoglmann im Bundeskanzleramt prophezeit, daß voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche „der eigentlich Verantwortliche“ vor die Flinte komme, und zwar im Zusammenhang mit den Vorgängen um Ahlers in Spanien. Dennoch habe er – Döring – diesem Kompromiß zugestimmt, weil sonst behauptet worden wäre, die Koalition wäre an der Haltung des Augsteinfreundes „in die Luft geflogen“. Man war sich einig, daß der Hauptverantwortliche Franz Josef Strauß sei (Mertes: „Strauß guckt gerade noch aus dem Sumpf heraus, und schon reißt er das Maul wieder auf, obwohl er es voller Dreck hat ...“). Doch in der Bewertung der gegen den *Spiegel* erhobenen Vorwürfe wie auch des neuen „Friedensschlusses“ zwischen CDU/CSU und FDP gingen die Meinungen auseinander. Insbesondere Stammlberger erhob massive Vorwürfe gegen das Nachrichtenmagazin und warnte die Fraktion davor, Verteidiger des *Spiegel* zu sein³². Mende und Köhlmann plädierten dafür, fortan das Wort Krise nicht mehr zu verwenden, und Kohut verließ schließlich unter Protest den Sitzungssaal mit dem Ausruf: „Ich schäme mich, in der FDP zu sein!“. Am Ende der Debatte sprach sich Mertes gegen eine Abstimmung über das Verhandlungsergebnis von gestern aus, um in der Öffentlichkeit keinen Anlaß zu Mißdeutungen zu geben.

Donnerstag, den 8. November 1962

Nicht Adenauers skandalöse Rede im Bundestag am Mittwoch, auch nicht Dörings eindrucksvolle Replik beschäftigte heute die Fraktion auf ihrer Vormittagssitzung, sondern Oswald Kohut³³. Seine Bemerkungen zur SS-Zugehörigkeit von Gutachtern in der gestrigen Fragestunde erregten die Gemüter. Was hier an Argumenten vorgebracht wurde, war teilweise so schlimm, daß es besser ist, darüber zu schweigen. Besonders fatal die Lektion eines Kabinettsmitgliedes: sie lief praktisch auf eine völlige Entmündigung von Koalitionsabgeordneten und den Rausschmiß Kohuts aus der

³² Stammlberger: „Wenn Sie die Dinge kennen würden, wären Sie erschüttert. Was man alles beim *Spiegel* gefunden hat, man langt sich an den Kopf“. Später räumte Stammlberger freilich ein, daß man einen konkreten Verdacht der aktiven Bestechung durch *Spiegel*-Journalisten „bis zur Stunde“ nicht habe.

³³ Kohut hatte in der Fragestunde am 7. 11. Strauß um Auskunft darüber gebeten, ob es stimme, daß der Gutachter, der das *Spiegel*-Gutachten für die Bundesstaatsanwaltschaft bearbeitet habe, einen hohen Rang in der SS bekleidet habe.

Fraktion hinaus. Das alarmierte Mende. Er warnte davor, in diesem Stil weiter zu argumentieren, denn: „In dem Augenblick, in dem Kohut uns verläßt, stünde in der ganzen Auslandspresse: FDP trennt sich von Kohut, weil er sich gegen die SS ausgesprochen hat – FDP schließt einen *Antinazi aus!*“ Das wirkte. Nun verlegte man sich auf Beschwörungen, die Kohut schließlich zum Einlenken, zum „pater peccavi“ veranlaßten.

Ein zweites Thema: Der Bericht der *Frankfurter Rundschau* und Flachs über die angebliche Reaktion Mendes auf Dörings gestrige Bundestagsrede. M. wies diese Darstellung als „völlig aus der Luft gegriffen“ zurück. „Ich habe Döring nur gesagt: nichts über die Nachrichtendienste aussagen. Ich habe gesagt: Wolfgang, kein Wort über das, was Du weißt!“ Döring bestätigte Mendes Version. Er werde heute noch dem Blatt mitteilen, daß seine Darstellung nicht den Tatsachen entspreche.

Samstag, den 10. November 1962

Am dritten Tage der *Spiegel*-Debatte wurde es endlich offenbar. Auf Erlers Fragen mußte Strauß zugeben, im Falle Ahlers persönlich tätig geworden zu sein. Die SPD hat daraufhin den Rücktritt des Ministers gefordert und Schröder den Madrider Botschafter von Welck aufgefordert, sofort seinen Urlaub abzubrechen. Allmählich beginnt sich der Nebel zu lichten.

Mittwoch, den 14. November 1962

Der jüngste Affront Adenauers (Rückkehr von Hopf in das Bundesverteidigungsministerium) hat die Fraktion in helle Aufregung versetzt. Selbst Mende sprach von „ganz toller Provokation“. Des Kanzlers Ankündigung kurz vor Antritt seiner Amerikareise erfolgte ohne Wissen und Zustimmung der Kabinettsmitglieder. Mende schlug gestern nachmittag in der Fraktionssitzung vor, auf Grund der neuen Entwicklung nach Rückkehr Adenauers alle FDP-Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen, um eine Regierungsumbildung zu ermöglichen. Die Meinung im Fraktionsvorstand zu diesem Vorschlag sei allerdings geteilt: einige fürchteten für diesen Fall eine Allparteienregierung. Er habe aber die Sorge, daß „allzu bescheidene Forderungen der FDP an Adenauer die Verwirrung in der Partei noch vergrößern würden. Sollen wir wieder nachgeben? Diesmal ohne mich!“ (Beifall).

Döring stimmte Mende zu, machte jedoch darauf aufmerksam, daß man im Falle einer Regierungsumbildung dann nicht Adenauer in einem halben Jahr schon „den Wechsel präsentieren“ könne. Auch die CDU habe „schreckliche Angst“ vor einer Lösung, die die Stellung des Kanzlers zementiere. Sie hoffe auf einen Anstoß seitens der FDP.

In der anschließenden Diskussion wurde überwiegend der sofortige Rücktritt von Strauß gefordert. Aber soll man diese Forderung schon jetzt erheben, während der Abwesenheit des Kanzlers („Burgfrieden“)? Unschlüssigkeit machte sich wieder breit, zumal die Hauptbetroffenen, unsere Kabinettsmitglieder, lange Zeit beharrlich schwiegen.

Als Starke schließlich, von Eisenmann dazu aufgefordert, das Wort ergriff, trug sein Beitrag zunächst eher zur Verwirrung als zur Klärung der Lage bei. Doch zum Schluß schien es, als bevorzuge St. sogar eine härtere Reaktion als die von Mende empfohlene: nicht nur Minister zurückziehen, sondern Koalition aufkündigen, falls Strauß nicht zurücktritt. Doch dafür war kaum ein Abgeordneter. Auch Dehler plädierte nachdrücklich gegen ein solches Verfahren; ihm schloß sich Scheel an. Mende schlug sich auf die Seite der Falken: Wenn unsere Forderung nach Rücktritt von Strauß nicht erfüllt werde, dann gebe es nur eine einzige Konsequenz – den Austritt aus der 4. Bundesregierung!

Merkwürdig unschlüssig zeigte sich Döring. Er trug wiederholt Bedenken gegen so ziemlich alle vorgeschlagenen Lösungen vor, pendelte sich aber endlich weitgehend auf die behutsame Dehler-Linie ein³⁴. Nach 68 (!) Wortmeldungen verabschiedete die Fraktion ein Communiqué, das mit Rücksicht auf Adenauers Auslandsreise die Positionen der Partei nur vorsichtig andeutet. Als die Fraktion kurz vor 23.30 Uhr auseinander ging, hatte man die Entscheidung auf den kommenden Montag in Nürnberg vertagt.

Das Hintergründige am *Spiegel*-Fall offenbart eine Information, die Döring gestern der Fraktion gab: am Montagabend habe Höcherl beim Stammtisch Bonde-Henriksens zugegeben, daß man die *Spiegel*-Aktion aus militärpolitischen Gründen bewußt während der Kuba-Krise begonnen habe. So ist es wohl auch verständlich, wenn der Fahndungseifer gewisser Leute und deren Suche nach dem wirklich Verantwortlichen den Unionspolitikern allmählich auf die Nerven fällt. Genscher berichtete heute morgen in der Referentenbesprechung über ein Gespräch zwischen Zoglmann und dem CSU-MdB Wachter. Der habe sich bei Z. über meinen *Spiegel*-Artikel vom Freitag vergangener Woche beschwert, weil die Presse insbesondere von dem letzten Absatz meines Kommentars „negativ beeinflusst“ worden sei. Zoglmann habe Wachter daraufhin gefragt, warum sich die CSU denn diesen Schuh anziehe.

³⁴ Gegen Ende der Fraktionssitzung äußerte sich Döring zum weiteren Verfahren wie folgt: „Wir sind uns über zwei Dinge einig: Der Strauß soll gleich weg, der Kanzler etwas später“. Aber die CDU/CSU werde nicht bereit sein, der FDP-Forderung nach Rücktritt von Strauß nachzukommen, da dieser Parteivorsitzender sei. Die FDP solle darum weder von Strauß noch von Adenauer reden. „Wer glaubt, daß der Weg, Strauß zu beseitigen, der leichtere ist, der irrt. Dieser Weg geht in das eigene Auge. Wir verhandeln dann mit der CDU/CSU bis nach den bayerischen Wahlen“.

Dienstag, den 20. November 1962

Der Weg zur Regierungsumbildung ist frei. Der in Nürnberg fast einstimmig beschlossene Rücktritt unserer Kabinettsmitglieder zwingt Adenauer zur Initiative. Wie das aussehen wird, ist nach einem zweistündigen Gespräch der Fraktionsführung mit dem Kanzler am vergangenen Samstag nicht mehr zweifelhaft. Wie Genscher per Telefon gegen 16 Uhr nach Regensburg durchgab, zeigte sich Adenauer bei diesem Treffen über die FDP-Forderung nach dem Rücktritt von Strauß keineswegs überrascht und habe sie praktisch akzeptiert. So erfährt meine etwas vorwitzige Bemerkung gegenüber der *Abendpost* vom Montag voriger Woche noch nachträglich ihre Bestätigung³⁵.

Die gemeinsame Sitzung von Vorstand und Fraktion im Nürnberger Grand-Hotel ging früher zu Ende als geplant. Sieben Stunden waren für die Beratungen vorgesehen, aber schon nach knappen drei war man sich einig. Genscher hatte ein Kommuniqué vorbereitet, das vom Fraktionsvorstand am Montag morgen bereits gebilligt worden war. Es ist wesentlich milder formuliert als mein Entwurf und darum wohl auch geeigneter, der Union zu gestatten, ohne Gesichtsverlust das Notwendige zu tun. Die apodiktische Feststellung im Genscher-Entwurf „... die der Freien Demokratischen Partei angehörenden Bundesminister sind heute zurückgetreten“ stieß bei einigen Teilnehmern zunächst auf Widerspruch. Mende polemisierte – unter Zitierung angeblicher amerikanischer Stimmen – am lebhaftesten dagegen. Haußmann wollte sich mal wieder ein Hintertürchen offenlassen und Leuze sorgte sich um das Ansehen unserer Kabinettsmitglieder (als ob ein Ministerrücktritt etwas Unehrenhaftes wäre!). Dagegen war Starke der Rücktritt noch nicht genug: er lehnte sogar zeitweilig die weitere Geschäftsführung seines Ministeriums ab.

Aber Mende hatte einen guten Tag, und Reinhold Maier zog diesmal mit³⁶. Kaum jemand schien sich von den umlaufenden, vielfältigen Ge-

³⁵ „Adenauer holt den Sündenbock zurück – FDP-Sprecher: Hat er vielleicht beschlossen, Strauß abzuschießen?“ in *Abendpost* vom 13.11.1962. Unter dieser Schlagzeile hieß es: „Die über Adenauers überraschende Wendung gestern höchst erstaunten Freien Demokraten zur jüngsten Lage (FDP-Pressechef Schollwer): möglicherweise sei Adenauer zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich bei Verteidigungsminister Strauß um den Alleinschuldigen handele. Schollwer wörtlich: ‚Vielleicht hat Adenauer inzwischen beschlossen, Minister Strauß abzuschießen.‘“

³⁶ Mende hatte bereits am Vorabend der Nürnberger Tagung vor der Presse angekündigt, daß er am anderen Tage den Führungsgremien der Partei vorschlagen werde, die fünf der FDP angehörenden Minister aus dem Kabinett Adenauer zurückzuziehen. Damit hatte M. die FDP praktisch festgelegt und die Entscheidung vom 19.11. präjudiziert. Dementsprechend agierte der FDP-Vorsitzende auch auf der Nürnberger Tagung. – Maier stimmte zwar mit Mendes Konzept überein, wünschte allerdings eine Neuformulierung des entscheidenden Satzes im Kommuniqué, wonach die FDP-Minister „unverzüglich zurücktreten werden“. Es müsse

rüchten beeindrucken zu lassen³⁷. Als kurz vor 14 Uhr zum zweiten Male über das Kommuniqué abgestimmt wurde, enthielt sich nur noch Leuze der Stimme. In der anschließenden Pressekonferenz, die Moersch in einem viel zu kleinen Sitzungszimmer des Hotels geben mußte, versuchten die Journalisten unseren Pressechef über die Formulierungen des Kommuniqués hinaus festzulegen. Natürlich fiel auf, daß unsere Mitteilung den Namen Strauß nicht enthält. Doch das hat nur taktische, keine prinzipiellen Gründe.

Allerdings ist damit die Schlacht noch nicht geschlagen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorstand hat heute in einer Erklärung die FDP sehr massiv angegriffen, zugleich aber auch die Rücktrittsbereitschaft der Unionsminister mitgeteilt, um die Voraussetzungen „für eine Wiederherstellung der Koalition zu erleichtern“. Nach Angaben des *Deutschland-Union-Dienstes* soll der Vorschlag zu diesem Schritt nicht nur von Dufhues, sondern auch von F. J. Strauß gekommen sein. Flucht nach vorn oder ein neuer taktischer Winkelzug unseres bayerischen „Staatsmannes“?

Dienstag, den 27. November 1962

Der Ausgang der bayerischen Landtagswahlen war für uns etwas enttäuschend. Offensichtlich hat die demagogische Propaganda der CSU ihre Wirkung auf die Wähler im südlichsten Bundesland nicht ganz verfehlt. Immerhin: in den Großstädten, beim aufgeklärteren Publikum, wurde unsere Haltung in der Strauß-Affäre – wenn auch in bescheidenem Maße – honoriert³⁸.

Mende sprach sich heute vor der Fraktion unter dem Beifall der Abgeordneten gegen eine Koalition mit der CSU in Bayern aus.

Sein Bericht über den Stand der Koalitionsgespräche zeigte, daß der Fall des Bundesministers Strauß nach wie vor in der Schwebe ist. Adenauer laviert, verweist die Freien Demokraten stereotyp auf den „Ernst der Lage“ und scheint vor allem zu befürchten, daß die Ziele der FDP weitgesteckter sind als nur bis zum Sturz des Verteidigungsministers. Zudem droht der Alte indirekt mit dem Hinweis auf angebliche Absichten seiner Parteifreunde, die SPD zum Koalitionspartner zu gewinnen³⁹.

Fortsetzung Fußnote von Seite 80

die äußere Form gewahrt werden. Mit dieser Ansicht konnte sich Maier jedoch nicht durchsetzen.

³⁷ Gemeint sind Gerüchte über die Bildung einer Großen Koalition.

³⁸ Bei den Landtagswahlen in Bayern am 25. 11. erhielt die FDP 5,9% der Stimmen gegenüber 5,6% bei den Landtagswahlen 1958 und 8,8% bei den Bundestagswahlen 1961.

³⁹ In der Zeit vom 26. 11. bis 6. 12. 1962 verhandelten tatsächlich Vertreter der CDU/CSU und der SPD über die Bildung einer Großen Koalition. Diese Runde endete mit einem Gespräch zwischen Adenauer und Ollenhauer am 6. 12. Die SPD-Bundestagsfraktion zeigte sich nach einigem Hin und Her jedoch nicht bereit, unter

Das führte zu einer längeren Diskussion über unsere weitere Koalitionstaktik und -strategie. Achenbach plädierte erneut für eine Allparteien-Regierung, Aschoff war für den Fall eines Scheiterns der gegenwärtigen Verhandlungen eher für ein Gespräch mit der SPD. Mende versuchte die Fraktion mit einem Stimmungsbericht aus Wirtschaftskreisen zu beeindrucken, die einer Großen Koalition zuneigten und unsere negative Meinung über Strauß nicht teilten. Als M. sich dafür aussprach zu prüfen, ob wir Strauß nur als Verteidigungsminister oder überhaupt nicht mehr im Kabinett haben wollten, entstand erhebliche Unruhe. Rutschke, Mischnick, sogar Zoglmann forderten, wir sollten uns eine Tür für Koalitionsverhandlungen mit der SPD offenhalten. Döring bremste jedoch und warnte davor, schon jetzt „Planspiele“ zu veranstalten (er kennt die Labilität unseres Vereins!). Die Unsicherheit über das weitere Vorgehen drückte sich schließlich in einer längeren, erregten Debatte über die Formulierung unseres Sitzungskommuniqués aus. Einige Parteifreunde wollten der CSU dabei gerne heimzahlen, daß sie in ihrer heutigen Presseerklärung (Döring: „Eine schlichte Unverschämtheit“) unsere Partei erneut in übelster Weise attackierte. Aber die Besonnenen setzen sich schließlich durch. Moerschs ausgewogener, im Grunde freilich auch nichtssagender Entwurf wurde schließlich akzeptiert. Damit haben wir unsere Handlungsfreiheit voll erhalten – jedenfalls hoffen wir das.

Donnerstag, den 29. November 1962

Was Mende uns am Montag im „Team“ bereits ankündigte, hat er heute vor den Landesgeschäftsführern der Partei noch einmal bekräftigt: seine Absicht, in das Kabinett Adenauer einzutreten. Im übrigen war der Lagebericht ziemlich dramatisch: In der CDU/CSU-Fraktion sei es gestern zu schweren Auseinandersetzungen mit „Radau- und Brüllszenen“ gekommen. Die CSU habe damit gedroht, eine CDU-FDP-Regierung lediglich tolerieren und die Kanzlerfrage stellen zu wollen. Nach Rückkehr Lübkes aus Asien werde wahrscheinlich die Wende zur Allparteienregierung kommen. In dem Augenblick, da Adenauer den SPD-Vorsitzenden zu sich bäte, werde die FDP „am nächsten Tag“ Verhandlungen mit der SPD aufnehmen. Es sei zu erwarten, daß Stammberger von sich aus (aus gesundheitlichen Gründen) auf ein Ministeramt verzichte. „Ich könnte mir denken, daß Thomas Dehler das Justizministerium übernimmt“⁴⁰. Starke habe zwar „außerordentliche Verdienste“, doch zwänge ihn die Ausweitung des Haushaltes auf 60 Milliarden zu der Entscheidung, ob er das noch mitmachen wolle. Man müsse sich fragen, ob wir überhaupt das Finanzministe-

Fortsetzung Fußnote von Seite 81

einer Kanzlerschaft Adenauers in die Regierung zu gehen sowie der von den Unionsparteien vorgesehenen Wahlrechtsänderung zuzustimmen.

⁴⁰ Mende teilte im Laufe der Sitzung weiterhin mit, daß Ewald Bucher und Bernhard Leverenz ebenfalls denkbare Kandidaten für dieses Amt seien.

rium behalten sollten. Mende gab zu erwägen, statt dessen das Innenministerium zu übernehmen. Das Vertriebenen- solle mit dem Gesamtdeutschen Ministerium zusammengelegt werden. Mit dem Entwicklungsressort sei nicht viel zu gewinnen: Scheel könne vielleicht Verkehrsminister werden.

In der Sache Adenauer machte sich Mende stark: eine Verlängerung der Amtszeit des derzeitigen Bundeskanzlers sei „völlig ausgeschlossen“; es komme höchstens eine Verkürzung in Frage. Die CDU drohe nun mit Neuwahlen – das aber sei für uns nicht günstig. Aber wie könne man das verhindern? Vielleicht durch ein konstruktives Mißtrauensvotum?

In der Diskussion warnte Rieger davor, den Fall Strauß auf Adenauer auszudehnen („sonst werden wir als maßlos angesehen“). Dieses Problem solle die CDU gefälligst allein lösen. Jede Regierungsbeteiligung der SPD werde übrigens allein die Sozialdemokraten aufwerten.

Interessante Debattenbeiträge gab es zum Selbstverständnis der FDP. Mende hatte sie durch seine überraschende Bemerkung ausgelöst, wir müßten „weniger sozialreaktionär und weniger mittelstandsfreundlich“ sein, weniger Interessenpolitik und dafür eine bessere Sozialpolitik treiben. In die gleiche Kerbe hieben auch Döring, Rieger und Hummel. Der letzte attackierte den Mittelstand besonders heftig, da er für die FDP keinen Nutzen bringe. Was der Franz Joseph Strauß und die bayerischen Wähler so alles zuwege bringen!

Gestern nachmittag, bei einem Treffen mit Dimitrijew, sprach mich der sowjetische Diplomat auf Mendes Vorschlag an, General Foertsch zum Nachfolger von Strauß zu machen. D. gab zu verstehen, daß man in Rolandseck gegen diese Lösung Bedenken habe. Wir haben sie auch – Mende ist bereits in der Fraktion mit diesem Plan völlig aufgelaufen⁴¹. – Dann sprachen wir über Chruschtschows Rede vor dem Plenum des ZK der KPdSU. D. meinte, die Partei werde sich künftig fast ausschließlich mit ökonomischen Fragen zu beschäftigen haben. Auf meine Frage, was aus den Wirtschaftsthesen des Charkower Professors Liberman werde, gab D. als seine ganz persönliche Meinung kund: Diese Theorien seien zwar von Liberman zuerst aufgestellt, von vielen anderen jedoch inzwischen diskutiert worden. Er glaube, daß man in einer späteren Phase der ökonomischen Entwicklung noch auf Liberman zurückkommen werde. Zunächst müsse man jedoch erst einmal sehen, wie die nach ökonomischen Gesichtspunkten ausgerichtete Parteiorganisation funktioniere⁴².

⁴¹ Schollwer bezieht sich hier auf eine Bemerkung Dörings in der Fraktionssitzung vom 27.11., in der dieser nach den Notizen Schollwers erklärt hatte: „Es ist die klare Auffassung des Fraktionsvorstandes: Verteidigungsminister kann nur ein Zivilist und ein Parlamentarier sein.“

⁴² Am 19.11.1962 hatte Chruschtschow vor dem Plenum des ZK der KPdSU über das Thema „Die Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR und die Anleitung der Volkswirtschaft durch die Partei“ referiert und dabei einen grundlegenden Umbau

Samstag, den 1. Dezember 1962

Gestern unterrichtete uns Genscher bei einer Redaktionskonferenz über die Absicht des Fraktionsvorstandes, Mende als Innenminister ins Adenauer-Kabinett zu entsenden, falls bei den gegenwärtigen Koalitionsverhandlungen eine Vereinbarung über den genauen Rücktrittstermin Adenauers nicht möglich sei. Bökel, Aldenhoven und ich äußerten Bedenken. Denn ein solcher Schritt würde nur die Zweifel an unserer Standfestigkeit und Glaubwürdigkeit verstärken⁴³.

Obwohl Strauß gestern endlich auf ein Ministeramt verzichtet hat, halten die Spannungen zwischen der CDU/CSU und uns offenbar unvermindert an. Das verpatzte Abendessen am Donnerstag wirft ein bezeichnendes Licht auf das menschliche Klima in der alten Koalition. Ihre Erneuerung scheint immer problematischer⁴⁴.

Dienstag, den 4. Dezember 1962

Das Koalitionsgemauschele der Union mit der SPD, in das sich nun auch Adenauer einschaltet, beherrschte heute nachmittag die Beratungen der Fraktion⁴⁵. „Sie haben eine sehr ernste Lage zu verhandeln und zu entscheiden“, begann Mende kurz nach 15 Uhr seinen Bericht über die innenpolitische Lage. A. will nicht mehr mit Starke zusammenarbeiten, dagegen bezeichnete er Dehler am Donnerstagabend als einen „juten Mann“ und, wie Moersch berichtete, Döring als „Nazi“ und „Chef des britischen Geheimdienstes“. Kein Wort Adenauers zu Mende über das Gespräch, das er am Montag mit Lücke über die Verhandlungen mit der SPD geführt hat. Mende: „Die CDU/CSU ist ernsthaft gewillt, mit der SPD eine Koalition zu schließen“. Wehner und Erler hätten nicht nur die Bereitschaft der SPD zur unbefristeten Kanzlerschaft Adenauers, sondern auch zur Änderung des Wahlgesetzes erkennen lassen⁴⁶. Die SPD-Füh-

Fortsetzung Fußnote von Seite 83

der Wirtschaftsstruktur gefordert. Der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler Prof. Jewgej Liberman hatte am 9.9.1962 in der *Prawda* die sowjetische Planwirtschaft attackiert („Plan, Gewinn, Prämie“) und mehr Entscheidungsfreiheit für die Chefs und Direktoren vor allem in der sowjetischen Industrie verlangt.

⁴³ In einem Rundschreiben des Landesverbandes NRW der FDP (A 57/62) vom 3.12.1962 wurde ein Fernschreiben des Bundesvorsitzenden mitgeteilt, in dem es unter Pkt. 3 hieß: „Meldungen, der Bundesvorsitzende beabsichtige, in ein Kabinett Adenauer einzutreten, entbehren ... jeglicher Grundlage“.

⁴⁴ Anlässlich des ersten Koalitionsgespräches nach dem Rücktritt der FDP-Minister am 29.11. hatte die FDP eine Einladung Adenauers zu einem Abendessen wegen der Teilnahme von Strauß ausgeschlagen. Das führte zu einer sehr scharfen Reaktion der CDU/CSU-Fraktion.

⁴⁵ Am 4.12. verhandelte Adenauer am Vormittag zwei Stunden lang mit den SPD-Politikern Ollenhauer, Wehner und Erler. Nachmittags empfing er die FDP.

⁴⁶ Für diese Behauptung Mendes gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Sowohl nachfolgende, ganz anders lautende Äußerungen Dörings als auch entsprechende

rung sei dabei, ihre Partei zu verraten, vor allem aber die FDP, indem sie sich gegen uns einspannen lasse. Einige CDU-Leute sagten voraus, daß die heutigen Verhandlungen Adenauers mit der SPD nur kurz sein würden, da A. uns „abservieren“ wolle. Aber es gäbe auch Stimmen, die nach wie vor für eine CDU/FDP-Koalition einträten. Wenn der Kanzler jetzt mit der SPD verhandle, dann sei das eine Regierungsneubildung – und dann sei auch die FDP frei, mit der SPD zu verhandeln. „Ich bin der letzte, der eine SPD/FDP-Koalition wünscht. Wenn die FDP aber vor einer Wahlrechtsänderung steht, dann nicht ohne Kampf! Dann nur nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten! Zug um Zug Pressure mit Pressure, Pokerspiel mit Pokerspiel beantworten!“

Nach diesen markigen Worten unseres Vorsitzenden meldete sich Döring zu Wort. Er gab eine wesentlich präzisere Darstellung des Donnerstag-Gesprächs mit dem Alten. Alle Behauptungen, er (Döring) habe A. in unziemlicher Weise angegangen, seien falsch. Der Kanzler erregte sich nicht über die Form, sondern über die Sache. Er gab sein „übliches außenpolitisches Panorama“ (Kuba-Raketen, Indien usw.). Die Bundesrepublik brauche eine handlungsfähige Regierung. Dann Darlegungen der koalitionspolitischen Situation „mit einer großen Tirade gegen unseren Fraktionskollegen Starke. Ein Lamento, das darin gipfelte, man müsse eine Änderung herbeiführen und Scheel und Vialon mit der Führung dieses Ministeriums betrauen“. Darauf habe Döring den Kanzler gefragt: Wie stellen Sie sich zu dem Communiqué Ihrer Fraktion (Verhandlungen nach beiden Seiten)⁴⁷? Ihr Verhältnis zu uns ist ein anderes als zur SPD. Da sei Adenauer das erste Mal hochgegangen. Diese Fragen wolle er nicht beantworten, die FDP wolle ihm nur „die Daumenschrauben ansetzen“, dann habe er keinen Spielraum mehr. Weitere Frage an A.: Wie stehen Sie zu den Äußerungen von Dufhues in Berlin, daß die Koalition beendet sei und alle Vereinbarungen damit hinfällig? Bezieht sich das auch auf die Koalitionsvereinbarung? Meine Dufhues damit auch das Agreement zwischen FDP und CDU über Adenauer selbst? Adenauer: Natürlich sei damit die Vereinbarung hinfällig; diese Frage sei taktlos. Döring: „Er wurde ganz wütend: Meine Herren, ich bin Bundeskanzler, und dann versuchen Sie mich doch mal mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum mit der SPD wegzuwählen, und sehen Sie dann, wie Ihre Wähler das honorieren werden!“ – Erhard habe heute zu Döring gesagt, eine CDU/SPD-Koalition sei noch eine offene Frage. Die CDU sei allein deshalb dafür, um das Mehrheitswahlrecht einzuführen. Erhard habe davor gewarnt, Adenauer zu provozieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 84

Presseberichte lassen vermuten, daß Mende mit solchen Unterstellungen lediglich die in der Fraktion wachsende Tendenz zu Koalitionsverhandlungen mit der SPD konterkarieren wollte.

⁴⁷ Gemeint ist der Beschluß der Führungsgremien der CDU vom 3. 12., offizielle Koalitionsverhandlungen mit der SPD aufzunehmen.

In einem weiteren Diskussionsbeitrag korrigierte Döring die Äußerungen Mendes über die SPD-Absichten. Er habe mit Wehner und Erler gesprochen und beide hätten erklärt, für die SPD komme nur eine Allparteienregierung in Frage.

Man sprach nun ausgiebig darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen die FDP mit der SPD verhandeln solle. Es zeigte sich, daß offenbar beide Seiten darauf bedacht sind, nicht den ersten Schritt zu Verhandlungen machen zu müssen. Soll unsere Delegation für Verhandlungen nach beiden Seiten Generalvollmacht bekommen, wie Scheel es wünscht, oder doch lieber nicht, wie Dehler vorschlug. Schließlich beschloß man, die Delegation solle von der CDU verlangen: keine Gespräche mit der SPD, solange zwischen CDU und FDP verhandelt werde. Mit dieser Weisung ging unsere Verhandlungsdelegation um 17 Uhr zu Adenauer⁴⁸. – Die Fraktion setzte inzwischen ihre Beratungen fort, da Mende die Verhandlungsdauer beim Kanzler auf 30 Minuten bis höchstens eine Stunde geschätzt hatte. Als die Herren nach drei Stunden noch immer nicht zurückgekehrt waren, vertagte man sich. Morgen werden wir im Vorstand weitersehen.

Mittwoch, den 5. Dezember 1962

Die *Bild*-Zeitung jubelt: „Wir stehen an einem Wendepunkt!“ Endlich zeichne sich eine Große Koalition ab. *Bild*-Leser dürfen abstimmen, ob sie das schwarz-rote Bündnis haben wollen oder nicht. So manipuliert man die öffentliche Meinung.

Heute morgen vor dem Bundesvorstand behauptete Mende, die SPD kenne keine Grenzen ihrer Koalitionsbereitschaft. Sie sei sogar bereit, Strauß als Minister zu akzeptieren. Dafür scheint zu sprechen, daß die Sozialdemokraten gestern darauf verzichtet haben, ihren Antrag auf Entlassung von Strauß auf die Tagesordnung der nächsten Bundestagssitzung zu setzen. Mommer zur Begründung dieser überraschenden Entscheidung: „Die Landschaft hat sich so verändert, daß der Antrag im Augenblick nicht hineinpaßt“.

Dann berichtete M. über die Verhandlungen mit Adenauer gestern abend. Sie dauerten vier Stunden. Adenauer begann wie üblich mit Vorwürfen gegen die FDP, vor allem gegen Döring. A. habe erklärt, von Lükkes Verhandlungen mit der SPD gar nichts gewußt und erst im zweiten Teil dieser Gespräche informiert worden zu sein. Wenn diese Koalition fortgeführt werden solle, meinte A., dann müßten wir versuchen, künftig Krisen zu vermeiden. Er, Mende, habe das ihm von der Fraktion aufgetragene Konzept des „Entweder – oder“ nicht vertreten können, sonst wären die Verhandlungen „nach fünf Minuten beendet gewesen“. Döring ergänzte; es habe gestern abend drei kritische Punkte gegeben: 1. Adenauer

⁴⁸ Dieser Delegation gehörten an: Mende, Döring, von Kühlmann, Bucher, Dürr und Zoglmann.

habe Mendes Verlangen, die Verhandlungen mit der SPD abubrechen, abgelehnt. 2. Die Dufhues-Erklärung in Berlin, daß nun alle Vereinbarungen mit der FDP hinfällig seien, wäre nichtig. 3. „Starke ist ein casus belli“. Bei dem CDU/SPD-Gespräch am Dienstag habe Adenauer erklärt, die FDP sei völlig unzuverlässig. Man müsse im Interesse des Staates an eine Große Koalition denken. Die SPD habe dagegen für eine Allparteienregierung plädiert, was von der CDU abgelehnt worden sei. Die SPD wolle in die Regierung eintreten, am liebsten jedoch ohne Adenauer. Sie wolle aber die gleichen Bedingungen stellen, auf die sich A. gegenüber der FDP eingelassen habe. Dazu der Kanzler: der Rücktrittsbrief, den er an Krone geschrieben habe, gelte auch für die SPD. Erler und Leber hätten gestern abend zu Döring gesagt, sie lehnten eine Wahlrechtsänderung ab. An der Forderung, das Wahlrecht zu ändern, würde der Plan einer CDU/SPD-Regierung scheitern. Die SPD wäre sicher bereit, eine Koalition mit der FDP ins Auge zu fassen, sie habe aber Bedenken, ob wir das durchhielten. Döring warnte vor der Fortsetzung der Koalition „unter diesem Kanzler Adenauer“ – sie hielte „vier Wochen und nicht länger!“.

Es folgte eine kleine Kontroverse zwischen Mende und Döring darüber, wie das Verhalten der SPD zu beurteilen sei. Rubin unterstützte temperamentvoll Dörings Thesen: „Wir werden mit Adenauer pausenlos von einer Krise in die andere stürzen! Wer das nicht begreift, der versündigt sich an der Partei und am Staat!“. Weyer sprach sich für eine Allparteienregierung aus, Dehler warf der Parteiführung (sprich Mende) Versagen vor, lehnte aber Verhandlungen mit der SPD ab. Einige verteidigten die Haltung der Sozialdemokraten: Weyer, Engelhard. Achenbachs Alternative: Entweder Allparteienregierung unter einem anderen Bundeskanzler oder SPD/FDP-Koalition. „Die Meinungen gehen weit auseinander“, stellte Mende fest, als man zum Mittagessen auseinanderging.

Am Nachmittag dann eine gemeinsame Sitzung mit der Fraktion. Wieder Mendes Lagebericht, ergänzt durch eine interessante Information über das Gespräch mit Erler, Brandt und Schöttle heute nachmittag. Mende: er habe erklärt, auch für die FDP sei nun das „Ende eines Tabus“ gekommen. Er sei für wechselseitige loyale Information, um zu verhindern, daß der eine gegen den anderen ausgespielt werde. Er habe zwei Fragen an die SPD: „Warum akzeptieren Sie Adenauer unbefristet, nachdem Sie uns 1961 Vorwürfe machten wegen der befristeten Kanzlerschaft Adenauers?“ Und die zweite Frage: Jaeger habe erklärt, Bedingung für eine SPD/CDU-Koalition sei die Zustimmung der SPD zur Wahlrechtsänderung.

Erler zur ersten Frage: die SPD wolle einen honorigen Abgang für A. Er (Erler) sei deshalb bereits in der eigenen Fraktion beschimpft worden. Es „sträube sich etwas bei der SPD“, A. so gehen zu lassen. Die Vereinbarungen über den Rücktritt des Kanzlers seien genau so präzise wie die der FDP (ob das ironisch gemeint war?). Man wolle die FDP-Vereinbarung übernehmen. Mende habe eingeworfen, die FDP-Vereinbarung betraf den

Herbst 1963, den Zeitpunkt nach der Sommerpause. Das sei für die SPD interessant gewesen, denn sie hätte sich mit der CDU nur auf die im Brief an Krone schriftlich niedergelegte Version verständigt⁴⁹.

Erl er zur zweiten Frage: die SPD werde sich nicht mißbrauchen lassen, um die FDP zu erpressen. Das Wahlrecht sei für die SPD nicht tabu; aber wenn eine Änderung, dann müsse sie 1965 für 1969 entschieden werden. Das sei auch keine Bedingung für den Koalitionseintritt.

Erl er habe Mende gefragt, wie er die Möglichkeit einer Allparteienregierung beurteile. Antwort: Nur ohne Adenauer. Dafür habe die SPD Verständnis gezeigt.

Dann sei man auf das Thema konstruktives Mißtrauensvotum gekommen. M. habe erklärt, die FDP prüfe zur Zeit diese Möglichkeit. Erl er habe gefragt: „Glauben Sie, daß wir drei Jahre zusammenbleiben können?“ Mende: Erl er halte die Anwendung des Artikels 67 noch für möglich, nicht aber eine Zusammenarbeit mit der FDP⁵⁰. Es sei ein „loyales, sachliches, ein sehr sauberes Gespräch“ gewesen.

Döring ergänzte: Erl er habe wissen wollen, wie man bei der FDP die Prioritäten für mögliche Koalitionen sähe. D.: eine CDU/FDP-Koalition ohne Adenauer werde am leichtesten zu verkraften sein. Eine CDU/SPD-Regierung mit Adenauer wäre für uns am zweitgünstigsten; die drittbeste Lösung sei eine FDP/SPD-Koalition, gegen die es sowohl bei den Wählern als auch in der Partei Bedenken gäbe. Vierte Möglichkeit: eine Allparteienregierung.

Nun wiederholte sich – in extenso – im wesentlichen noch einmal die Diskussion vom Vormittag. Wieder wurde bei einer Anzahl von Parteifreunden die Neigung zur Allparteienregierung deutlich. Dagegen sprachen sich vor allem Müller-Link, Diemer-Nicolaus und Borm aus, indirekt aber auch Mende und Sander, da sie die Fortsetzung unserer Koalition mit der CDU forderten. Mende schien die Unentschlossenheit der Führungsgremien ganz genehm. Er wandte sich gegen „voreilige Entscheidungen“ und „ultimative Forderungen“.

Als Mende dann gegen 19.25 Uhr den weiteren Verlauf der Verhandlungen zwischen CDU und SPD schilderte, war ein großer Teil der Vorstands- und Fraktionsmitglieder bereits gegangen (!). Mende: Erhard sagte mir, es gäbe noch eine Chance für die CDU/FDP-Koalition. Morgen nachmittag will man die Beratungen in der Fraktion fortsetzen. Eine Erklärung wurde nicht abgegeben, nur intern von Döring. Der wieder-

⁴⁹ Adenauer hatte sich im Herbst 1961 in einem Brief an Krone zu einer Formulierung bereitgefunden, die ein vorzeitiges Ausscheiden des Kanzlers aus seinem Amte noch während der Legislaturperiode beinhaltete. Ein genaues Datum war jedoch nicht gesetzt. Siehe auch die Darstellung bei H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann a.a.O., S. 673 ff.

⁵⁰ Artikel 67 des Grundgesetzes regelt das sogenannte konstruktive Mißtrauensvotum.

holte am Schluß der Sitzung seine Auffassung, daß die Fortsetzung der Koalition mit Adenauer unmöglich sei. Kurz vor 20 Uhr verließen wir nach fast elfstündigen Beratungen erschöpft das Bundeshaus.

Donnerstag, den 6. Dezember 1962

Am Nikolaustag drei Stunden Fraktionssitzung. Es gab eigentlich keinen neuen Gedanken, sondern lediglich eine Fortsetzung der gestrigen, ganztägigen Diskussion. Mende ließ das Palaver wieder laufen. Ist das System? Nach 33 Diskussionsbeiträgen faßte der Vorsitzende zusammen: Er werde heute Lübke mitteilen, daß eine Allparteienregierung unter Adenauer für die FDP nicht in Frage komme. Und eine solche ohne Adenauer sei gegenwärtig nicht aktuell⁵¹. Als Mende erklärte, die bisherige Koalition mit der CDU solle gemäß den Beschlüssen der FDP-Führungsgremien fortgesetzt werden, meldeten Opitz, Dorn, Schneider und Kohut Widerspruch an. Auch Dehler protestierte, jedoch nur gegen die Absicht Mendes, einer Zusammenlegung von Ministerien zu Lasten der Partei nicht zu widersprechen. Was die Adenauer-Frage anbetreffe, so sei die FDP damit einverstanden, daß dies die Angelegenheit der CDU sei, meinte Mende. Doch habe die Verhandlungsdelegation die CDU-Politiker darauf hingewiesen, daß die FDP ihren Eintritt in die Regierung von einer entsprechenden Regelung abhängig mache. Er, Mende, denke an einen Brief an Gerstenmaier mit dem Vorschlag, einen Termin für die Neuwahl des Bundeskanzlers festzulegen.

Samstag, den 8. Dezember 1962

Mende scheint Recht zu behalten: die Aussichten für eine Fortsetzung der bisherigen Bonner Koalition zwischen CDU und FDP haben sich seit Donnerstag spürbar verbessert. Wie der *General-Anzeiger* gestern berichtete, soll sich bei der SPD inzwischen eine klare Mehrheit gegen die Zusammenarbeit mit Adenauer herausgebildet haben. Hierin hatte Mende also Unrecht.

Heute wiederum eine mehr als siebenstündige Beratung der Koalitionsprobleme durch Vorstand und Fraktion. Gleich zu Beginn der Sitzung wurden die Referenten und Abteilungsleiter ausgeschlossen. Nur Moersch und ich hatten das Vergnügen, den wie immer recht unkonzentriert diskutierenden Parteifreunden zu lauschen. Das geschah diesmal so ziel- und

⁵¹ Am 8.12. berichtete Mende auf der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion über dieses Gespräch mit dem Bundespräsidenten u. a. so: Lübke ließ erkennen, daß er nach wie vor Anhänger einer Allparteienregierung ist. Er, Mende, habe erklärt, eine solche Koalition unter Adenauer sei für die FDP ausgeschlossen, über eine Allparteienregierung ohne Adenauer habe die FDP noch nicht entschieden. Lübke habe durchblicken lassen, daß er bei Zuspitzung der außenpolitischen Lage dennoch eine Allparteienregierung versuchen werde, eventuell bei dem für Herbst 1963 vorgesehenen Kanzlerwechsel.

planlos, daß Döring nach etwa einer Stunde der Kragen platzte. Er schlug vor, die Debatte lieber ganz zu beenden als in diesem Stil fortzufahren. Zugleich versuchte D., der Aussprache Struktur zu geben⁵². Es gelang jedoch nur unvollkommen. Am Ende kam es zum Eklat, der unsere Verhandlungsdelegation zu sprengen drohte.

Der Grund für diese überraschende Entwicklung war Starke bzw. die von Adenauer überdeutlich aufgeworfene Frage nach der Zweckmäßigkeit einer weiteren Tätigkeit unseres Parteifreundes als Finanzminister. Mende, der offensichtlich Adenauers Abneigung gegen Starke teilt, zumindest aber an dieser Frage die schnelle Wiederherstellung der alten Koalition auf keinen Fall scheitern lassen will, berichtete genüßlich (wie mir schien) über des Kanzlers Starke-Schelte⁵³. Das war übrigens auch der Grund für den Ausschluß der Mitarbeiter aus der Sitzung. Mendes Darstellung führte zu einer stundenlangen Diskussion darüber, ob und in welcher Form die Partei sich hinter bzw. vor Starke stellen und dessen Wiederberufung als Finanzminister zur *conditio sine qua non* machen sollte. Als schließlich Bucher nach langen Debatten einen Antrag vorlegte, in dem Starke ausdrücklich das Vertrauen der Fraktion ausgesprochen wurde⁵⁴, ging Mende wie eine Rakete in die Luft. Er forderte von Starke und Stammberger (den A. ebenfalls nicht mehr haben will), sie sollten eine Erklärung abgeben, daß die Verhandlungen mit der CDU an Personenfragen nicht scheitern dürften. Wenn schon Vertrauenserklärung, dann bitte für alle fünf Minister. Da meldete sich Kühlmann zu Wort und verlas einen weiteren Antrag, in dem die Verhandlungsdelegation aufgefordert wurde, mit dem Ziel weiterzuverhandeln, Starke in seinem Ressort zu belassen⁵⁵. Auch dagegen votierte Mende lebhaft. Döring, der in einem län-

⁵² Döring wies darauf hin, daß die FDP zwischen drei Möglichkeiten zu wählen habe: 1. Fortsetzung der CDU/FDP-Regierung; 2. eine SPD/FDP-Regierung und 3. eine Allparteienregierung. In diesem Zusammenhang erklärte D. wörtlich: „Diese Koalition (CDU/FDP – der Verf.) ist nicht nach meinem Geschmack, aber ich gehe nicht mehr am Dienstag (zu den abschließenden Verhandlungen mit der CDU – der Verf.) in irgendein Abenteuer. Ich bin bereit zur Koalition mit der SPD und zur Opposition. Aber ich habe Bedenken, ob man einen solchen Weg gehen kann, ob wir eine SPD/FDP-Koalition durchhalten“.

⁵³ Laut Aussagen Mendes vom 8. 12. soll sich Adenauer am Tage zuvor gegenüber dem FDP-Vorsitzenden über Finanzminister Starke u. a. wie folgt geäußert haben: Er habe sehr große Bedenken gegen die „Amtsführung persönlicher Art“ Starkes. Die Zustände im Bundesfinanzministerium seien „unerträglich“ geworden, niemand wolle mehr Staatssekretär werden. Auf Grund der schlechten Gesundheit und der Kontaktarmut Starkes sei ein Weiteramtieren des Ministers nicht mehr möglich.

⁵⁴ Bucher stellte folgenden Antrag: Die Fraktion stellt fest: Grundlage für die Gespräche mit Adenauer ist eine Konfliktsituation, die darin besteht, daß Dr. Starke das Vertrauen der Fraktion besitzt, offenbar jedoch nicht das Vertrauen Dr. Adenauers. – Dieser Antrag wurde bei zwei Stimmenthaltungen (Starke, Zoglmann) angenommen.

⁵⁵ Kühlmann stellte den Antrag, die Fraktion solle beschließen, daß weiter mit dem Ziel verhandelt werde, Starke in seinem Ressort zu belassen. Zweitens solle die

geren Beitrag selbst vor dem Beschluß „Starke bleibt – und nichts anderes“ gewarnt hatte, war inzwischen aus dem Sitzungsraum verschwunden. Mende teilte der Versammlung mit, daß D. aus der Verhandlungsdelegation entlassen werden wolle. „Ich schließe mich an“, rief Zoglmann sogleich in den Saal. So endete das siebenstündige Palaver in Unfrieden. Trotz der Abstimmungen über die beiden Anträge blieben viele Fragen offen: Soll Mende nun ins Kabinett oder nicht, was wird mit Stammberger, wie wird die Wahlrechtsfrage in einer neuen Koalitionsvereinbarung geregelt usw.⁵⁶. Die Partei macht zur Zeit einen beängstigend verwirrten Eindruck.

Dienstag, den 11. Dezember 1962

Sieben Stunden saßen gestern die Verhandlungsdelegationen von FDP und CDU zusammen, bis man eine grundsätzliche Einigung über die Bildung des fünften Kabinetts Adenauer erzielte. Auch heute wurde noch einmal vier Stunden lang getagt: es ging um die Verteilung der Kabinettsposten. Bucher wird nun Stammberger, Dahlgrün wird Starke ablösen. Mende war an sich dagegen, daß die FDP wieder das Finanzministerium übernahm, aber die Fraktion hat es so gewollt.

Kurz nach 16 Uhr berichtete M. über den Stand der Koalitionsverhandlungen. Er habe Adenauer noch einmal auf das Thema Wahlrechtsänderung angesprochen, nachdem Lücke am vergangenen Freitag in Wesel dazu provokante Bemerkungen gemacht hatte⁵⁷. A. flunkerte, solche Äußerungen seien (entgegen Presseberichten) nicht gefallen. Solange die Koalition bestehe, werde selbstverständlich über das Wahlrecht nicht gesprochen. Dann habe A. seine Bedenken gegen Starke wiederholt.

Die Ministerliste umfaßt sieben neue Namen⁵⁸, wobei einige Kandidaturen offenbar noch nicht endgültig geklärt sind. Auch Mischnick scheint zur Zeit noch keineswegs entschlossen, ins Kabinett zurückzukehren. Er

Fortsetzung Fußnote von Seite 90

Verhandlungsdelegation ermächtigt werden, der CDU mitzuteilen, daß die FDP keine Einwendungen gegen die Besetzung der den Unionsparteien zufallenden Ressorts machen werde. Der erste Teil dieses Antrags wurde gegen die Stimmen von Mende, Weyer, Emde und drei weiteren Vorstands- bzw. Fraktionsmitgliedern angenommen. Der zweite Teil wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

⁵⁶ Eine Reihe der Vorstandsmitglieder und Abgeordneten drängte darauf, die Wahlrechtsfrage in eine neue Koalitionsvereinbarung mit der CDU hineinzunehmen. Andere meinten, dies sei nicht erforderlich, weil ein Wiederaufgreifen dieser Frage durch die CDU die Koalition ohnehin beenden würde.

⁵⁷ Auf dem rheinischen CDU-Parteitag in Wesel hatte Bundesminister Lücke am 7.12. die FDP heftig attackiert und u.a. erklärt: „Die Schlacht um das Mehrheitswahlrecht ist nicht verloren, sie ist nur noch nicht gewonnen“ („Lücke: FDP ist nicht koalitionsfähig“ in *General-Anzeiger* vom 8./9.12.1962).

⁵⁸ Neu auf der Kabinettsliste waren die FDP-Politiker Bucher und Dahlgrün sowie die CDU-Politiker Barzel, Dollinger, von Hassell, Heck und Niederalt.

verlangt zuvor eine eindeutige Erklärung, wie die Flüchtlingsgesetzgebung finanziert werden soll⁵⁹.

In der Fraktion herrscht teilweise Verstimmung darüber, daß unsere Delegation unter Mißachtung der Fraktionsmeinung bereits eine Kabinettsliste vorlegte. Starke zeigte sich relativ gefaßt, wies Adenauers Vorwürfe erneut zurück und erklärte: „Für mich ist eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Dr. Adenauer nach dem, was er gesagt hat, nicht möglich... Sie wissen, ich bin kein Sozialfall. Ich bin bereit, Sie zu unterstützen“. Ihm schloß sich Stammlinger an, das zweite Opfer dieses Koalitionshandels.

Döring erläuterte die gewundenen Wege der FDP-Verhandlungsdelegation in diesen letzten Sitzungen, machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und versuchte, den Blick der Abgeordneten nach vorn zu richten. Später kam von seiner Seite eine Bemerkung, die aufhorchen ließ: Wenn er dem Fraktionsvorstand einen Fehler vorzuwerfen habe, dann den, daß „aus persönlicher Rücksichtnahme“ nicht das der Fraktion vorgetragen worden sei, was man seit Beginn der *Spiegel*-Aktion im Fraktionszimmer besprochen habe. „Darüber müssen wir noch einmal im Fraktionsvorstand sprechen und dann der Fraktion in einer Geheimsitzung vortragen“. Es gab ratlose und betretene Gesichter. Mende versprach, die Fraktion über „Fragen allerpersönlichster Art“ zu unterrichten, die angeblich im Zusammenhang mit Stammlinger stehen sollen.

Bei der Schlußabstimmung über den Bericht der Verhandlungsdelegation und seine Billigung votierten Schmidt, Ertl, Kohut, Weber und Dorn mit Nein, sechs Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Das von Moersch vorbereitete Pressecommuniqué, in dem Starke und Stammlinger noch einmal „Dank und Anerkennung für die von ihnen geleistete Arbeit“ ausgesprochen wurde, wurde bei nur einer Gegenstimme und drei Enthaltungen gebilligt.

Am Freitag soll das neue Kabinett vereidigt werden. Wie lange wird der Kitt halten? Wie sagte doch Margulies heute so richtig? „Solange Adenauer Kanzler ist, werden wir mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen haben wie bisher“.

Samstag, den 15. Dezember 1962

Dahlgrün wird zur Amtseinführung gleich mit unangenehmen Forderungen unserer amerikanischen Freunde konfrontiert. McNamara hat gestern in Paris die europäischen Verbündeten zu größeren Rüstungsanstrengun-

⁵⁹ Dies war wohl nicht der einzige Grund für Mischnicks Zögern. An anderer Stelle der Debatte erklärte M. nämlich, er sei nicht der Auffassung, daß es für die FDP nützlich wäre, dieses Ministerium zu behalten: „Es wäre besser, das Ressort aufzugeben und mich wieder in der Fraktion arbeiten zu lassen“. M. übernahm dennoch wieder sein altes Ressort, machte dann allerdings Mende Platz, der am 15.10.1963, nach dem Rücktritt Adenauers, Minister wurde.

gen aufgerufen. Während die meisten NATO-Staaten Europas auf diese Anzapfung mit Zurückhaltung reagierten, hat die Bundesregierung den Verteidigungshaushalt bereits um 1,1 Milliarden DM erhöht. Das geschah – wenn man der SPD Glauben schenken darf – am Parlament vorbei. Kein guter Start des neuen Adenauer-Kabinetts.

Im Frühjahr werde ich nach Amerika reisen. Die Dinge sind mit der Botschaft und mit der Parteileitung soweit abgeklärt, wenn auch die formelle Genehmigung Mendes bzw. Genschers noch aussteht. Mit Sweet besprach ich am Donnerstag bei einem Essen bereits Details meines USA-Trips. Eine wirkliche Vorfreude auf meine erste Reise über den Atlantik will sich jedoch vorerst nicht einstellen.

Sonntag, den 23. Dezember 1962

Adenauer und Strauß dürften Schwierigkeiten haben, in die richtige Weihnachtsstimmung zu kommen. Nach den Aufregungen der letzten Monate haben sie offenbar Nachrichten aus den USA irritiert, denen zufolge Kennedy in einer vorweihnachtlichen Konferenz mit Macmillan die Grundlagen für eine multilaterale Kernwaffenstreitmacht der NATO gelegt hat. Der Entschluß der USA aber, „in der Frage der atomaren Zuständigkeit völlig klare Verhältnisse zu schaffen“ (*General-Anzeiger*), indem sie zunächst die Briten, später vielleicht auch noch die Franzosen mit ihrem atomaren Potential unter amerikanisches Oberkommando stellen, läßt für die atomaren Träume unseres Kanzlers und seines immer noch amtierenden Verteidigungsministers keinen Raum. A. soll die Absicht haben, sich dieserhalb umgehend mit dem amerikanischen Präsidenten in Verbindung zu setzen. Ob der ihm doch noch ein Atomraketchen als Spielzeug geben wird?

Freitag, den 28. Dezember 1962

Noch drei Tage, dann geht eines der turbulentesten Jahre seit dem Kriege zuende. Überall in der Welt, auch bei uns, ist die Politik in Bewegung geraten. In der Deutschlandpolitik setzt sich mehr und mehr eine realistische Betrachtungsweise über Wege zur Überwindung der Spaltung durch. Die Bundesregierung beginnt sich endlich auf die amerikanische Berlinpolitik einzustellen. Und im Osten schreitet die Entstalinisierung rasch voran.

Was sich in Bonn im letzten Viertel des alten Jahres abspielte, dürfte für die deutsche Innenpolitik weitreichende Folgen haben. 1963 ist das letzte Adenauer-Jahr. Auch hier ist ein Wendepunkt erreicht. Die FDP wird zu strampeln haben, um nach ihren beiden Schwächeperioden 1961 und 1962 wieder ganz in Form zu kommen. Mendes Ansehen in der Partei hat zweifellos gelitten, Dörings Renommé dagegen zugenommen.

Meine eigene Position hat sich wieder gefestigt. Die Zusammenarbeit mit Moersch klappt reibungslos, auch mit Mende gibt es gegenwärtig

keine Schwierigkeiten. Das hat zur Folge, daß ich mich für Stellungsangebote von dritter Seite nicht recht erwärmen kann. Aber vielleicht zwingen mich die Ereignisse des kommenden Jahres, doch noch mit meiner gegenwärtigen Tätigkeit Schluß zu machen?